

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

fowie der  
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 S.

## Vermittlungsversuche.

Die Einigungsversuche haben eigentlich keinen Augenblick geruht. Besonders waren es Gewerbe-gerichte und Stadtverwaltungen, die sich oft eifrig bemüht haben, den bestehenden Kampf durch eine Einigung zu beenden. Soweit diese Versuche auf eine zentrale Einigung hinielen, sind sie über die ersten Stadien nicht hinausgekommen und so sie sich von vornherein auf den örtlichen Konflikt beschränkten, sind sie meist nach einer einzigen Verhandlung als aus-sichtslos aufgegeben worden. Das war für einen Kenner der Verhältnisse keine Ueberraschung. Wir haben darum auch von diesen Verhandlungen nur zum Teil Notiz genommen, denn von größerer Bedeutung waren sie meistens nicht.

Jetzt wird von zwei Vermittlungsversuchen berichtet, die ihrem Ursprunge nach eine größere Beachtung beanspruchen können.

In der sächsischen Kammer erklärte der Staats-minister Bismuth v. Eckardt in Beantwortung einer sozialdemokratischen Interpellation, der Wunsch nach Vermittlung in der Angelegenheit sei der Regierung noch von keinem der beiden Teile geäußert worden. Sollte ein solcher Wunsch an die Regierung herantreten, so würde sie zuerst prüfen, ob ihre Vermittlung auch Erfolg verspräche. Neuerdings schwebten Vorbesprechungen darüber, ob und auf welchem Wege in Einigungs-verhandlungen einzutreten sei. In Arbeiterkreisen besteht Neigung, sich auf solche Verhandlungen einzulassen. Von den Arbeitgebern sei aber eine solche Neigung bisher nicht bekundet worden. Es sei jedoch im Verlaufe der nächsten Woche eine Entscheidung darüber zu erwarten, ob die Regierung den Wunsch aussprechen solle, daß auch die Arbeitgeber eine entgegenkommende Haltung beweisen und diese Verhandlungen nicht ablehnen möchten. So hoffe sie, daß die Verhandlungen von einem verständlichen Geiste getragen werden und daß der Friede wieder hergestellt werde.

Weiter greift ein Versuch der bayerischen Staatsregierung. Dieser hatte der Gerichtsdirektor Dr. Brenner folgendes Gesuch unterbreitet:

Die vom Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe verhängte Ausperrung der Bauarbeiter wird demnachst bereits die Dauer von vier Wochen erreichen. Nach den zuverlässigen Mitteilungen der beiderseitigen Organe haben die verfloßenen Wochen keine wesentlichen Veränderungen in der Machtstellung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit sich gebracht. Da es sich bei dem wirtschaftlichen Kampfe nach der ausgesprochenen Meinung der maßgebenden Persönlichkeiten um eine sogenannte Machtprobe handeln soll, so wird nach den anderwärts in ähnlichen Fällen gemachten Erfahrungen das gegenseitige Solidaritätsgefühl in weitestgehender Weise erwachen und auch nur mittelbar beteiligte, große Interessententeile miteingreifen. Bei dieser Sachlage besteht die Wahrscheinlichkeit, daß sich der Kampf auf unaufhebbar Zeit hinausziehen wird und daß schließlich weder von einem Sieger noch einem Besiegten gesprochen werden kann.

Aber auch wenn ein Teil vollständig die Oberhand gewinnen sollte, so könnte dies nur auf dem Wege der Zer-tümmung oder doch wesentlichen Schwächung einer Organi-sation, sei es auf Arbeitgeber-, sei es auf Arbeitnehmerseite, geschehen. Ein derartiges Ergebnis wäre aber vom Stand-punkte des in Tarifverträge verwirklichten sozialen und wirt-schaftlichen Gemeinwohlens wünschenswert; es würde dies auch nicht im Interesse des obliegenden Teiles gelegen sein, da mangels einer mächtigen Gegenorganisation die unbedingt notwendige Garantienübernahme für die Durch-führung der Verpflichtungen seitens der einzelnen Mitglieder fehlen würde.

Abgesehen davon müßte ein auf der voll-ständigen Niederlage einer Partei beruhender Tarifvertrag den künftigen Kampf in als baldigen neuen, folgenreicheren Kämpfen in sich tragen, da die unterlegene Partei verurteilt wäre, mit allen Kräften durch eine erfolgreiche Bewegung ihr Ansehen wieder herzustellen.

Dazu kommt, daß eine Anzahl mit dem Baugewerbe zu-sammenhängender Existenzen und weiterhin das öffentliche Wohl unter den unmittelbaren Wirkungen und den Begleit-erscheinungen des Kampfes in außerordentlicher Weise in Mitleidenschaft gezogen werden.

Abgesehen von der erhöhten Mehrbelastung der öffent-lichen Armenpflege tritt durch die Ausperrung insbesondere eine sehr große Verschärfung der Wohnungsnot mit all ihren Schädigungen für die Volksgesundheit ein; letzteres scheint gerade für München nach dem Ergebnis der letzten amtlichen Erhebungen in sehr großem Umfange zuzutreffen.

Alle diese Tatsachen machen es zu einem dringenden öffentlichen Gebot, den streitenden Parteien mit allen Mitteln an die Hand zu gehen, die geeignet sind, durch Abschluß eines beiden Teilen Rechnung tragenden Tarifvertrages den Frieden im Baugewerbe baldigt wieder herzustellen. Die praktische Anerkennung und Durch-führung des Organisationsgedankens muß aus den vorhin angeführten Gründen alle Schritte, welche auf lokale Vereinbarungen und damit auf den Austritt einer Partei aus ihrer Zentralorganisation hinführen, als unzulässig erscheinen lassen.

Der einzige Weg, der zum Ziele führen kann, ist die Einleitung von zentralen Verhandlungen zwischen den Zentralorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Vertreter des Reichsamts des Innern hat bei dem un-mittelbar vor Beginn des Kampfes unternommen Einigungs-versuch erklärt, bei gegebener Zeit nochmals auf die Sache zurückkommen zu wollen. Dieser Zeitpunkt dürfte mindestens Mitte dieses Monats unbedingt gegeben sein. Der Verlauf des bisherigen Kampfes läßt mit ziemlicher Bestimmtheit ver-muten, daß sich die streitenden Teile nach Umfuss von vielleicht Monaten nicht näher gekommen sind und, der Kampf un-verändert fortgesetzt wird. Weist diese Situation bis zum Spätkommer oder bis Herbstanfang bestehen, so ist zu be-fürchten, daß das Interesse der Beteiligten an dem Zustandekommen eines Tarifvertrages für die gegenwärtige, schon jetzt sehr gefährdete Saison auf allen Seiten nur mehr sehr gering sein wird und damit die ganze Bewegung in das nächste Frühjahr hinstürze.

In Würdigung all dieser Umstände und in angemäßer Anwendung der für den Vorhaben des Einigungsamtes durch die Bestimmungen des Gewerbegerichts-gesetzes be-gründeten Verpflichtungen und Rechte gestalte ich mir, an das hohe Staatsministerium die folgende schriftliche Bitte zu richten, bei der deutschen Reichs-regierung dahin wirken zu wollen, daß das Reichsamt des Innern in kürzester Frist den beteiligten Zentralorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer seine Ver-mittlung zur Beilegung des Kampfes im Bau-gewerbe anbiete.

Es dürfte begründete Hoffnung bestehen, daß die beiden Parteien nunmehr bereit sind, nicht nur zu verhandeln, sondern auch den Kampf unter beiderseits annehmbaren Bedingungen beizulegen.

Die Tagespresse kann dazu berichten, daß die bayerische Regierung entschlossen ist, bei der Reichs-regierung in dem gewöhnlichen Sinne vorstellig zu werden. Nach neueren Mitteilungen ist damit zu rechnen, daß die von dem sächsischen Staatsminister erwähnten Vorbesprechungen schon in dieser Woche zu Verhand-lungen führen werden. Die Vorbereitungen lagen in den Händen des Dresdner Oberbürgermeisters. Auf seine Anfrage haben sich die Gewerkschaftsvorstände — wie sie das immer getan haben — bereit erklärt, mit dem Bundesvorstande der Unternehmer zu verhandeln. Sie haben dabei natürlich gleich betont, daß die Ver-handlungen unter Ausschaltung der Dresdner Beschüsse der Unternehmer geführt werden müßten. Vom Bundes-vorstand lag eine offizielle Zusage noch nicht vor, da dieser erst im Laufe dieser Woche in einer Vollziehung dazu Stellung nehmen konnte. Dem Vernehmen nach soll auch auf seine Zusage zu rechnen sein. In diesem Falle würden die Verhandlungen am 21. Mai — also am Erscheinungstage dieser Nummer des „Grundstein“ — beginnen.

Wir möchten aber gleich im Anschluß an diese Mitteilung davon abraten, an die Verhandlungen irgendwelche Erwartungen zu knüpfen. Zunächst ist es noch sehr ungewiß, ob es überhaupt zu Verhandlungen kommt; denn selbst wenn der Bundesvorstand dazu bereit ist, so ist es noch zweifelhaft, ob sein Auftraggeber, der „Kartellauschuß“ der großindustriellen Scharfmacher-

verbände, zustimmt. Gibt der Kartellauschuß die Erlaubnis, so darf der Arbeitgeberbund verhandeln, gibt er sie nicht, so wird aus den Verhandlungen eben nichts. Die Bauunternehmer müssen nun schon, nachdem sie sich den Scharfmachern verkauft haben, auf deren Weisung hören. Aber selbst wenn es zu Verhandlungen der Zentralverbände kommen sollte, so wären dadurch noch keinerlei Friedenshoffnungen gerechtfertigt. Gelten die Unternehmer für solche Verhandlungen die Dresdner Beschlüsse aufrecht, so wäre es wirklich um das Reifegeld schade, das man für die Teilnahme an den Verhandlungen ausgab. Denn wer etwa glaubt, die Arbeiterorganisationen wären durch die Ausperrung mürbe genug geworden, um ihre Gleichberechtigung preiszugeben, der irrt sich gründlich. Sie denken gar nicht daran, es jemals zu tun. Die Dresdner Beschlüsse sind, so wie sie der Arbeitgeberbund meint, heute und in aller Zukunft so unannehmbar wie vor der Ausperrung. Die Arbeiter-organisationen verharren ihnen gegenüber in uner-schütterlicher Ablehnung.

## Die Arbeitsleistung im Maurergewerbe.

Von Albert Buffon, Bautechniker, Berlin.

Dieser Artikel ging uns mit dem Ersuchen um Abdruck zu. Wir entsprechen diesem Wunsche gern und betonen ausdrücklich, daß diese Ausführungen unsere eigenen Erfahrungen vollständig befestigen. Die Redaktion.

„Ein Tropfen Maurerschweiß kostet einen Taler!“ „Maurerschweiß steht hoch im Preis.“ „Die Maurer, die Maurer, das sind die rechten Lauerer. Eine Stundemessen sie, eine Stunde essen sie“ usw., bis daß dann der ganze Tag mit allem andern, nur nicht mit Arbeit verbracht worden ist. Es gibt derartige Sprüche und Witze eine schwere Menge. Sie sind alle schon recht alt; denn wir kennen sie alle. Warum mögen sie entstanden sein? Wie kam es, daß gerade die Maurer als solch notorische Faulpelze verzeichnet waren und hin und wieder noch verzeichnet werden? Wer will das heute sagen. Vielleicht hat dazu der Umstand beigetragen, daß die Maurerarbeit im Freien, im Angesicht der Strafe verrichtet wird, so daß es jeder Vorübergehende sehen kann, wenn sich ein Geselle von dem Hartieren mit den schweren Werksteinen oder von dem nicht minder beschwerlichen Aufeinanderdrücken der Ziegel einen Augenblick verschafft. Vielleicht liegt der Ursprung der die Maurer als Faulpelze verzeichneten Sentenzen auch in der alten Sitte der mittelalterlichen Handwerkerorganisationen begründet, sich gegenseitig zu necken und zu verulken. Reste dieser Sitte finden wir ja heute noch in dem bekannten Keimwettbewerb und in manchen andern Sprüchen und Sprichwörtern, die von den betreffenden Berufen, auf die sie genützt sind, nicht gerade sehr schmeichelt haften. Auf jeden Fall darf man aus solchen Worten nicht schließen, daß ein Beruf, in diesem Falle der Maurerberuf, sich nun besonders in den ihm nachgesagten Eigenschaften hervorzugetan hätte. Völlends ungerecht ist es jedoch, in der Gegenwart diese Späßchen zu benutzen, um in einem ernstem Kampfe Stimmung gegen die Maurer zu machen.

Das aber ist die Methode des Deutschen Arbeit-geberbundes für das Baugewerbe, der zur Begründung seiner aller Parität aus Gesicht schlagenden Anträge zur Affordarbeit die allzu kühne Behauptung aufstellt, die Arbeitsleistung im Maurergewerbe sei in den letzten zehn oder zwanzig Jahren unter dem Einflusse der Gewerkschaften ständig zurückgegangen, während die Löhne gestiegen seien. Er sieht darin die Wirkung

einer angeblichen Parole der Gewerkschaften: Immer langsam!

Besonders wer die Arbeitsverhältnisse auf den Bauten kennt, und zwar nicht nur die von heute, sondern auch von früherer Zeit, sagen wir vor zwanzig Jahren, wird sich leicht über eine solche Behauptung enträsten. Aber mit der Entrüstung ist gar nichts getan. Will man wirklich etwa vorhandene Vorurteile zerstreuen, so muß man eingehend und ganz objektiv diese Behauptung prüfen.

Zunächst muß man sich darüber Rechenschaft geben, ob überhaupt eine allgemeine Tendenz in der Entwicklung der Intensität der Arbeit vorhanden ist. Da kann man nun auf einen Produktionszweig blicken, auf den man will, man wird stets die Beobachtung machen, daß sich die Ergiebigkeit der Arbeit steigert. Ob im Bergbau, ob in der Metall-, ob in der Bekleidungs- oder in der Textilindustrie, überall finden wir eine Steigerung der Produktivität, sowohl im Ganzen wie auf den einzelnen Arbeiter berechnet. Ja, wenn man sich erst in diese Materie vertieft, so wird man finden, daß diese Steigerung der Produktivität geradezu ein Gesetz aller Produktion ist. Die ganze menschliche Arbeit drängt unausgesetzt nach höheren Formen und nach schärferer Anspannung der angewandten Produktivkräfte; das nie befriedigte Mehrwertbedürfnis des Kapitals und der erfindungsreiche Menschengeist wirken hier in der gleichen Richtung. Das wird im allgemeinen auch nicht bestritten. Wer das zu bestritten wagte, der könnte leicht durch die offizielle Statistik ad absurdum geführt werden, denn diese weist zweifellos nach, daß sich die Produktivität der menschlichen Arbeit in aufsteigender Linie bewegt. Aber leider läßt sich das nicht von allen Gewerben mit Zahlen belegen, weil der technische Arbeitsvorgang in manchen Gewerben die Anwendung der statistischen Methode erschwert oder gar unmöglich macht. Und zu den Gewerben, wo dies nicht möglich ist, gehört auch die Maurerei. Versetzen wir uns in Gedanken auf einen Bau. Die Maurer arbeiten im Kellergerüst an starken Ring- und Scheidewänden, sie werden in ihrer Arbeit durch nichts gehindert und fügen emsig Stein an Stein. Dabei vollbringen sie recht respectable Leistungen, sagen wir 1200 Steine pro Mann und Tag. Jetzt ist das Kellergerüst bis zur Sockelhöhe fertig, nun werden die Träger verlegt. Wer tut es? Die Maurer. An einer Seite des Baugrundstückes lagern die Träger. Sie müssen an ihren Platz transportiert werden, oft 10, 15 oder 20 Meter weit. Eine Arbeit, die sehr anstrengend ist und vorsichtig getan werden muß, wenn keine Unfälle dabei vorkommen sollen. In dieser Zeit wird kein Ziegel verlegt. Hat man die Öffnungen für die Träger ausgespart, so müssen sie vermauert werden, eine Arbeit, bei der die Zahl der pro Tag und Mann verarbeiteten Ziegel vielleicht 200 oder 300 beträgt. Ist die erste Rüstungshöhe herausgemauert, dann kommt der Gerüstbau. Das ist wieder eine Sache der Maurer. In all dieser Zeit steht die Kelle ruhig am Kalkstein, kein

Stein wird vermauert. Nun sind vielleicht auch noch eiserne Säulen aufzustellen. Wieder müssen die Maurer heran. Berechnet jetzt ein Unternehmer die Tagesleistung des einzelnen Maurers, so wird er keine Durchschnittszahl von 1200 oder 1000 vermauerten Ziegeln, sondern vielleicht von 500 oder 600 herausrechnen. Ist er ein unverständiger Mann, oder will er seinen Gesellen etwas am Zeuge flicken, so wird er darüber schelten und die Maurer der Faulheit bezichtigen.

Solche Arbeiten kommen aber nun während des Baues sehr viele vor. Doch damit sind die Umstände, die hier berücksichtigt werden müssen, noch nicht erschöpft. Mauerarbeit und Maurerarbeit kann sehr verschieden sein. Ein Geselle, der an einem Sockelmauert, wird natürlich viel mehr Ziegel vermauern als einer, der an der Fassade Verblender vermauert. Jemand, der in der vollen Wand schafft, stellt in seinen Leistungen wieder höher als der, der Fensterpfosten mauert, Türen und Fenster überwölbt oder — wenn es sich um einen Putzbaue handelt — Gesimse mauert, wobei sehr oft jeder Stein erst zu behauen ist. Das ist alles bekannt; warum schreibe ich das? So kann man fragen. Ich denke, das muß einmal geschrieben werden, damit auch der Laie etwas davon erfährt; denn der Arbeitgeber treibt ja jetzt den unverwiesenen Unfug, in der Dessenlichkeit die Leistungen der Maurer herabzusetzen und seine Behauptungen mit den Zahlen der pro Tag und Mann vermauerten Ziegel zu stützen. Das ist der größte Unfug, den es geben kann. Man sieht doch aus dieser kurzen Schilderung der Mauerarbeit, daß man nie ein richtiges, zutreffendes Bild erhält, wenn man die Zahlen der vermauerten Ziegel als Maßstab des Fleißes oder Unfleißes verwendet. Diese Zahlen hängen vollständig vom Zufall ab.

Aber noch ein anderes: Die Zahl der zu einem Gebäude notwendigen Ziegel ist auch bei gleicher Größe der Gebäude nicht immer gleich. Das leuchtet ohne weiteres ein; denn jebermann kann es sehen, wenn er ein gewöhnliches Wohnhaus mit einem modernen Geschäftshause vergleicht. Daraus folgt für den Fachmann wiederum, daß man mit der Zahl der vermauerten Ziegel gar nichts anfangen kann, wenn man die Höhe der Leistung des einzelnen Maurers feststellen will. Ich will ein Beispiel zu Hilfe nehmen, um das zu erläutern. Wir haben zwei Gebäude von annähernd gleichen Größenverhältnissen; jedes Gebäude umfaßt rund 6000 Kubikmeter umbauten Raumes. Das eine Gebäude stellt ein Wohnhaus, das andere ein Geschäftshaus dar. Wie ein Wohnhaus gegliedert ist, weiß jeder: Zimmermaße zwischen drei und fünf Metern, gewöhnliche Türenöffnungen, Fenster, die an der Straßenseite etwa 30 bis 40 pZt. der gesamten Fassadenfläche einnehmen. Ein Geschäftshaus — ich denke an Räume für Restaurants oder Konfektionsgeschäfte — hat sehr wenig Wandfläche. Die Geschosse bestehen aus weiten Räumen, die Fenster — ja, das kann man gar nicht mehr Fenster nennen; denn wir haben ja nur wenige Pfeiler, deren Zwischenräume von Glas ausgefüllt sind. Die Pfeiler bestehen aus

einem Eisentern, der mit Beton oder gutem Klinkermauerwerk ummantelt ist. So ist es im Parterre, im ersten und vielleicht auch noch im zweiten Obergeschosse, die übrigen Geschosse sind dann gewöhnlich für Wohnungen eingerichtet. Es ist doch klar, daß zu dem Wohnhause bedeutend mehr Ziegel gebraucht werden als zu dem Geschäftshause, obwohl der umbaute Raum bei beiden gleich groß ist. Nehmen wir einmal an, zu dem ersten Gebäude seien 600000, zu dem zweiten nur 300000 Ziegel nötig; ich glaube, daß die Praxis noch größere Differenzen kennt. Aber man glaube nicht, daß bei gleicher Gesellen- und Arbeiterzahl das Geschäftshaus früher fertig würde; das Gegenteil würde eintreten, obwohl nur halb soviel Ziegel zu vermauern wären. Es ist eben eine ganz andere Arbeit; die Arbeiter am zweiten Gebäude könnten Mühe um Mühe sein, und doch würden sie manchen Tag zu Hause gehen, ohne mehr als 300 Ziegel pro Mann verarbeitet zu haben. Man sieht also, wie unfähig — ich möchte sagen unehrlich, denn die Arbeitgeber des Baugewerbes kennen doch wenigstens teilweise die Verhältnisse — es ist, mit den Zahlen der vermauerten Ziegel zu operieren.

Selbst wenn einwandfrei festgelegt werden könnte, was aber keineswegs möglich ist, daß in großstädtischen Häuserbau die Tagesleistung des einzelnen Maurers nach der Zahl der vermauerten Steine seit etwa zehn bis fünfzehn Jahren etwas zurückgegangen sei, so wäre dies eben die unausbleibliche Folge der neuen Bauweise. Kein Mensch wird es mir aber einreden können, daß sich der Fleiß der Gesellen und Arbeiter, daß sich die Produktivität ihrer Arbeit vermindert hat. Ich stehe jetzt seit 22 Jahren im praktischen Baugewerbe, ich kenne es im Süden und Westen und seit einigen Jahren auch im Norden Deutschlands und nehme darum für mich das Recht in Anspruch, über die Frage der Arbeitsleistung eine Meinung äußern zu dürfen. Aber auf Grund meiner praktischen Erfahrung sage ich: Die Arbeitsleistung im Baugewerbe hat sich mächtig nach oben entwickelt. Vor wenigen Wochen sprach ich in einer norddeutschen Mittelstadt, deren Unternehmer auch ausgespart haben, einen älteren Maurermeister, der mir erzählte, wie schwer es ihm geworden sei, sich der Aussperrung anzuschließen. „Meine guten Leute bin ich nun los. Ich habe welche davon seit fünfzehn Jahren beschäftigt. Ich glaube nicht, daß ich sie wieder bekomme“, sagte er. Da fragte ich ihn, ob er auch der Meinung wäre, daß die Arbeitsleistung zurückgegangen sei. Er sah mich nur an und sagte: „Darüber brauchen wir doch nicht zu reden! Wir wissen doch, was früher geirrt wurde und was heute geleistet wird. Aber, wissen Sie, die Unzufriedenheit der Meister ist erklärlich: wir waren es so gewohnt, daß die Arbeitsleistung fortwährend wuchs. Bei jedem Bau konnte man sehen, wie es schneller ging als beim vorhergehenden. Viele Leute denken; das müßte fortwährend so sein. Aber die menschliche Arbeitskraft hat doch auch ihre Grenzen. Ich bin mit dem zufrieden, was meine Leute leisten;

### Internationale Städtebau-Ausstellung zu Berlin.

Der Gedanke einer allgemeinen Städtebauausstellung ist aus dem von dem Berliner Magistrat ausgeschriebenen Wettbewerb zur Erlangung eines muster-gültigen einheitlichen Planes für das Groß-Berlin der Zukunft hervorgegangen. Die Idee wurde realisiert und so konnte die Ausstellung, die uns mit ihren Schönen geradezu in ein Märchenland führt, am 1. Mai eröffnet werden. Der Zweck derselben ist, die Allgemeinheit auf die heutige unermessliche kapitalistische Bauweise zu lenken, die in solch einer Ausnutzung des Grund und Bodenwertes heute gumeist alle hygienischen, sozialen und ästhetischen Momente bei ihrer Wucher- und Spekulation außer acht läßt, und so den 92 pZt. der Bevölkerung, die nach Professor Eberstadt die Kleinwohnung verlangen, nicht ein gemüßliches Heim, sondern eine Hölle bietet. Aber auch gegen die vielfach der Mutterstadt entgegenarbeitenden Vorortgemeinden, die ohne auf die spätere Auffassung durch die erstere zu achten, eigenmächtig ihre Fluchpläne, Anlagen usw. schaffen, welche dann, nachdem sie eingemeindet sind, innerhalb des Ganzen unentwirrbare Nabyrinth bilden und so das architektonische und ästhetische Gesamtbild völlig zerstören, wendet sich dieselbe. Daher ist die Ausstellung als eine Anregung für alle entwicklungs-fähigen Städte gedacht, die sich nicht die Verhältnisse über den Kopf wachsen lassen wollen, wie es Berlin ergangen ist, sondern die beizeiten auf die spätere Ausdehnung Rücksicht nehmen und ihre kommunale Politik danach einrichten. Allerdings zur Verwirklichung dieser Ideen, wie sie der ideale Wettbewerb für Groß-Berlin zeitigte, oder wie sie in der Praxis in verschiedenen Städten Amerikas bereits durchgeführt sind, bedarf es einmal ganz anderer Mittel, als sie heute in unserm Klassenstaat für die Allgemeinheit und insbesondere für die sozialen Bedürfnisse der unteren Schichten aufgewandt werden, und zum andern wird man aus engerziger bürokratischer Schablone herausgehen und erst durch eine vernünftige Gesetzgebung die widerstreitenden Interessen des Privatkapitals in den Rahmen der Allgemeinheit hineingewingen müssen. In diesem

Sinne sind alle Entwürfe für das Groß-Berlin der Zukunft gedacht.

Außer den Wettbewerbsplänen und Modellen haben viele große Städte des In- und Auslandes — selbst Amerika und Afrika sind vertreten — Zeichnungen und Modelle ihrer architektonischen Entwicklung aus gegenwärtiger und zukünftiger Zeit ausgestellt. Wollensfrager und Arbeiterhäuser, Verkehrsanlagen und Erholungsparks, alles ist vertreten, was irgendwo auf die großstädtische Entwicklung Bezug hat.

Die Ausstellung zerfällt in vierzehn Gruppen, doch sind einzelne derselben untereinander so eng verbandelt, daß wir für unsere Betrachtung das Ganze in drei Hauptgruppen fassen. Einmal die Pläne und Modelle, die für die zukünftige großstädtische Entwicklung eine völlige Reform in den Straßen- und Hausanlagen, sowie auf dem Gebiete des Verkehrs vorsehen, dann die bereits vorhandenen muster-gültigen Schöpfungen, insbesondere die Parks und Gartenstädte, und zuletzt die Arbeiterwohnungen.

Für die erste Gruppe hat hauptsächlich der Wettbewerb Groß-Berlin das wesentlichste und muster-gültigste Material geschaffen, jedoch stehen die schon vorhandenen Verkehrseinrichtungen New Yorks und zum Teil auch Londons den Berliner Entwürfen nicht um vieles nach. Bei der riesigen Ausdehnung der Großstadt ist es in erster Linie nötig, ein zentralisiertes Verkehrsnetz zu schaffen, das möglichst wenig Platz einnimmt und auch jetzt noch entsehrte Vororte mit der Hauptgemeinde wie auch untereinander verbindet. Die meisten der preisgekrönten Entwürfe lassen nun die vielen Einzelbahnlinien Berlins verschwinden und sehen nur zwei große Zentralbahnhöfe an zwei entgegengesetzten Enden der Stadt vor, die unterirdisch miteinander verbunden sind. Von diesen aus führen gerade Schnellbahnlinien nach den Vororten und verbinden auch diese untereinander. Auf diese Weise würden die Bewohner, die gezeugten sind, weitab vom Zentrum zu wohnen, eine schnelle und bequeme Verbindung mit diesem haben. Den Fernverkehr wollen die Verfasser für Berlin gänzlich unter der Erde erledigen. In der Mitte zwischen den beiden Lokalbahnhöfen soll an der genannten unterirdischen Verbindung ein riesiger Zentralbahnhof aus-

gebaut werden, der seinesgleichen bis jetzt in der ganzen Welt noch nicht besitzt. Auf diese Weise würde allerdings oben viel Platz gewonnen, und daß der Verkehr mit der Zeit mehr und mehr von der Straße verschwinden und unterirdisch erledigt werden muß, ist heute schon jedem Weitsichtigen klar. Die praktischen Amerikaner sind uns auf diesem Gebiete, wie die ausgestellten Modelle zeigen, um ein beträchtliches voraus. New York besitzt ein wohl ausgebautes Schnellbahnsystem unter der Erde, das viele parallel laufende Tunnel aufweist und bedeutend tiefer unter der Oberfläche liegt, als die Berliner Untergrundbahn. Und London hat gar Pläne ausgestellt, wo fünfmal übereinander die Schnellbahnlinien kreuz und quer laufen, also kann man sich denken, wie tief die untere Linie unter der Erdoberfläche gehen muß. Allerdings haben einzelne mittlere Städte Deutschlands Hochbahnen geschaffen, deren Säulen an den Straßenböcken stehen und so den Verkehr wenig hindern, so z. B. Oberfeld-Barmen, wo eine 18 m breite Straße 8 km weit die Hochbahn über sich entlang fahren läßt. Oder auch wie es die projektierte Berliner Schnellbahn tut, die nur eine Säulenecke in der Mitte des Gehentranges aufweist. Das, was für den Bahnbau gilt, gilt zum guten Teil auch für die Anlage der Verkehrsstraßen. Breite gradlinige Ausfallstraßen sollen vom Stadtimern aus bis an die entlegensten Vororte hinausführen, um so einmal das Stadtbild einheitlich und luftig zu gestalten und zum andern dem wachsenden Automobilverkehr gerecht zu werden. Das wichtigste aber, was alle ausgestellten Preisentwürfe verlangen, ist eine gänzliche Reform des Häuserbaues. Das heutige kapitalistische System, wo sich Einkäufer an Einkäufer reiht, und die hohen Hinterhäuser und Seitenflügel nur einen schmalen ständigen Lichthof übrig lassen, soll gänzlich verschwinden. Die einzelnen Häuserviertel werden von breiten Verkehrsstraßen umfaßt, an denen sich vierstöckige Vorderhäuser erheben, die zu Geschäfts- und Wohnzwecken dienen. Innerhalb des ganzen Komplexes aber sollen keine Wohnstraßen angelegt werden, an denen zwei- oder dreistöckige Gartenhäuser errichtet sind, deren Bewohner also durch die Vorderhäuser vor dem Lärm der Straße geschützt werden und denen auch die zwischen den Gartenhäusern liegenden Parkstreifen ein gesundes, behagliches

ich brauche sie nicht anzutreiben und weiß, daß ich gute und ein gutes Maß von Arbeit erhalte. Es mag aber auch wohl etwas an der Behandlung liegen."

Su urteilt dieser Mann, der länger als 30 Jahre im Baugewerbe tätig ist, und ich kann mich diesem Urteil nur anschließen. Eine direkte Verleumdung ist es, von einer zurückgegangenen Arbeitsleistung der Maurer zu reden. Mögen alle die Leute, die es tun, nur einmal an die achtzig Jahre oder noch weiter zurückdenken. Wer das kann, der muß, wenn er bei der Wahrheit bleiben will, sagen, daß sich die Leistungen der Maurer — ich kann auch sagen aller Bauarbeiter — sehr gehoben haben. Verleumdung ist es auch, wenn man den Gewerkschaften nachsagt, sie verleiteten die Arbeiter zur Faulheit. Für den Maurerverband wird kein Mensch imstande sein, es zu beweisen. Eher könnte man das Gegenteil behaupten. Ich habe wenigstens vor einigen Jahren, es war im rheinischen Industriegebiet, selbst gehört, wie Himmelsburg unter dem Beifall der Zuhörer sagte: "Wir halten darauf, daß jedes unserer Mitglieder seine volle Schuldigkeit auf der Arbeitsstelle tut." Aber darüber werden die Leser des "Grundstein" am besten urteilen können. Ich wollte hier nur der durchaus falschen Behauptung entgegenreten, daß die Arbeitsleistung im Baugewerbe zurückgegangen sei. Ich habe das getan, obwohl ich kein Sozialdemokrat bin; denn ich halte es für ein schweres Unrecht, und den Maurern ist, wie allen Bauarbeitern, in dieser ganzen schlimmen Aussperrung schon so viel Unrecht zugefügt worden, daß man sie mit allem Nachdruck gegen solche unwahren und ungerechten Vorwürfe schützen muß.

## Von der Aussperrung.

### Verzeichnis der von der Aussperrung betroffenen Zweigvereine.

- Gau Berlin.** Bockwih, Brandenburg, Cottbus, Gütlin, Elsterwerda, Feldberg, Filehne, Frankfurt a. d. H., Fürstberg, Guben, Jüterbog, Kehn, Kolmar i. P., Lübben, Lübbena, Ludenwalde, Marktgraspieste, Mirow, Mühlberg, Fichtenberg, Neubamm, Neufriedrich, Ortrand, Posen, Rathenow, Sallgast, Schneidemühl, Schönlanke, Schönewalde, Schwerin a. d. W., Schwiebus, Senftenberg, Sommerfeld, Trebitz, Wetzschau, Wessenberg, Wiltsnaq, Wittenberg, Wittenberge, Wöngrowitz, Wreschen, Jahna.
- Am 13. Mai war die Aussperrung erlegt in Cottbus, Frankfurt a. d. H., Kehn, Marktgraspieste und Schönewalde.
- Gau Bremen.** Ahim, Aurich, Brake, Bremerhaven, Delmenhorst, Emden, Hemelingen vom Zweigverein Bremen, Leer, Melle, Norden, Nordenham, Oldenburg i. Großh., Varel, Vegesack, Westerstede, Wittmund.

- Gau Breslau.** Breslau, Brieg, Deutsch-Bissa, Freyhan, Gommersberg, Gundsfeld, Langendielau, Latomitz, Lütmanndorf, Lissa, Märzdorf, Militzsch, Neiß, Neumarkt, Oels, Oppeln, Pleßchen, Reichenbach, Saarau, Sönigszelt, Schwitz, Schweidnitz, Ströhen, Striegau, Trebnitz, Waldenburg i. Schl., Wilzen.
- Gau Köln.** Aachen, Barmen, Elberfeld, Bonn a. Rh., Cöln a. Rh., Erfeld, Düren, Düsseldorf, Gilden, Nemscheid, Siegen, Solingen, Wermelskirchen.
- Gau Danzig.** Bromberg, Culmsee, Gersd, Danzig, Graudenz, Hohenalza, Königsberg i. Pr., Königs, Marienwerder, Memel, Osterode, Raftenburg, Stolp, Strasburg in Westpr., Thorn, Tilsit, Tuchel.
- In Sensburg wurde ein Vertrag abgeschlossen und in Marienburg sind keine Aussperrten mehr vorhanden.
- Gau Dortmund.** Bochum, Beckum, Bocholt, Borghorst, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen; Hagen, Hamm, Herne-Redlinghausen, Hörde, Lippstadt, Lüdenscheid, Mülheim, Münster, Rehda, Rheinesoest, Unna, Witten.
- In Arbeit waren am 13. Mai alle Kollegen in Beckum, Bocholt und Lippstadt.
- Gau Dresden.** Dresden, Freiberg, Großenhain, Meissen, Nossen, Pirna, Riesa, Sebnitz.
- Gau Erfurt.** Blankenburg i. Th., Camburg, Eisenach, Erfurt, Gotha, Hainrode, Jena, Jngerleben, Langensalza, Liebenstein, Meiningen, Mühlhausen i. Th., Nordhausen, Rudolstadt, Ruhla, Saalfeld, Sachsa, Salzungen, Sonneberg, Wölfershausen, Waltershausen, Wajungen, Weimar, Wölflitz (Wohngebiet Ohrdruf).
- Gau Frankfurt.** Aschaffenburg, Cassel, Darmstadt, Eschwege, Frankenberg i. H., Grandsborn, Frankfurt a. M. (mit den Wohnbezirken Friedberg, Hanau, Höchst, Homburg, Langen, Offenbach usw.), Fulda, Gumbach, Gießen, Hersfeld, Mainz, Marburg, Niedershausen, Oberfuhl, Ohrda, Weilburg, Wiesbaden, Wipshausen.
- Gau Götting.** Baunzen, Bernsdorf, Bunzlau, Cunewalde, Cunnorsdorf, Freistadt, Glogau, Goldberg, Grlitz, Grünberg i. Schl., Hayna, Kolzig, Riegnitz, Lötzen, Löwenberg, Neugersdorf, Neusalz, Neustädtel, Oberfrierdsdorf, Rennerdsdorf, Sagan, Schmiedeberg, Sprottau, Zittau.
- Gau Hamburg.** Altona, Altona, Bargteheide, Barmstedt, Bergedorf, Bevensen, Boizenburg, Bramstedt, Cuxhaven, Ebsdorf, Ederndörbe, Elmshorn, Flensburg, Geesthacht, Grabow, Heikendorf, Holtzenau, Horst, Husum, Ijehoe, Kappeln, Kellinghusen, Kiel, Lübbeken, Lüneburg, Marne, Ohi-

- stedt, Pinneberg, Preetz, Quichen, Reinbet, Rendsburg, Rosche, Schleswig, Schnellen, Schwarzenhof, Segeberg, Städe, Stelle, Tondern, Uelzen, Uetersen, Wedel, Wilster, Winsten a. d. W., Wittenburg, Zarentin.
- Gau Hannover.** Bielefeld, Braunschweig, Burgdorf, Calfeld, Celle, Delligsen, Einbeck, Fallersleben, Goslar, Göttingen, Gronau, Gr.-Hübden, Hameln a. d. W., Hannover, Hann.-Münden, Helmstedt, Herford, Hilbesheim, Holzminden, Königs-Lutter, Langelsheim, Lehrte, Meinhöfen, Minden, Nienburg a. d. W., Northeim, Osterode a. H., Peine, Salzdahlum, Schöningen, Seesen, Stadtholendorf, Winsen a. d. Aller, Wotho, Wittingen, Wolfenbüttel.
- Gau Leipzig.** Mügeln i. S., Altenburg, Borna, Chemnitz, Crostik, Grimmitzschau, Dahlen, Delitzsch, Döbeln, Düben, Eilenburg, Eilenburg, Erdborn, Flöha, Frankenberg i. S., Gera, Glauchau, Greiz, Grimma, Halle a. d. S., Hohenstein, Keuschberg, Leipzig, Lützen i. S., Lützenau, Lützen, Meerane, Merseburg, Meuselwitz, Mittweida, Mylau, Naumburg, Neuschau, Oschatz, Pegau, Plauen, Reichenbach i. B., Roswein, Röttha, Scheuditz, Teuschenthal, Waldheim, Werdau, Wurzen, Zehau, Zeitz, Zwickau.
- In Pegau arbeiten seit zwei Wochen alle Kollegen wieder bei ihren Unternehmern; die Aussperrung ist also dort beendet.
- Gau Lübeck.** Ahrensböck, Brühl, Brunschaupen, Burg a. F., Bülow, Crivitz, Dargun, Daffow, Döberan, Gütin, Fackenberg, Gadebusch, Gnoien, Goldberg, Grevesmühlten, Groß-Wockern, Klitz, Kralow, Kröpelin, Laage, Lübeck, Lübz i. M., Malchin, Mamerow, Marlow, Neubudow, Neulalen, Neustadt i. H., Neustadt i. M., Neustädter, Nossentinerhütte, Oldenburg, Parchim, Penzlin, Plau i. M., Plön, Rehna, Ribnitz, Ribbel, Rostock, Satow, Schönberg i. M., Schwane, Schwartau, Schwerin, Stavenhagen, Sternberg, Sülze, Teterow, Tessin, Travemünde, Warin, Waren, Warnemünde, Wismar.
- In Dargun wurde die Aussperrung schon in der zweiten Woche wieder aufgehoben.
- Gau Magdeburg.** Aschersleben, Barby, Bernburg, Blankenburg a. H., Burg b. M., Calbe a. d. S., Dessau, Egeln, Eisleben, Gadmersleben, Halberstadt, Hötensleben, Magdeburg, Neuhaldeleben, Quedlinburg, Salzwedel, Schönebeck, Seehausen, Oschersleben, Staßfurt, Stendal, Timmerode, Wernigerode, Zörbig.
- Gau Mannheim.** Freiburg-Lahr, Gengenbach, Heidelberg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Landau i. d. Pf., Mannheim-Ludwigshafen, Neustadt a. Haardt, Offenburg, Pforzheim, Saarbrücken, Worms.

Wohnen sichern. Dazu kommt noch, daß Gewerbebetriebe und dergleichen Anlagen innerhalb des Gartenhüferblocks nicht zulässig sind und daß die Kinder auf diesen Straßen und in den Gärten ohne Gefahr spielen können. Nach den Berechnungen des Direktors des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, Dr. Kuyanski, soll sich dabei sogar bei gleichbleibenden Mietpreisen der Ertrag des Grundstücks für die Besitzer nicht wesentlich anders gestalten. Die Industriegebiete sollen durch einen Ratierung von den Wohngebieten isoliert werden und für die City der Stadt wird eine polizeilich erlaubte Bebauung von neun Geschossen verlangt. Aber auch für den öffentlichen Gehnuz wird geforgt. Die Ufer der Berlin durchfließenden Spree, auf denen sich jetzt Industrie-Etablissements und Lagerplätze befinden, sollen verschwinden und zu beiden Seiten breite Promenaden eingerichtet werden. Für das Auge erfreuliche Anlagen sind herrliche Modelle geschaffen, die für die Stadt u. a. auch ein Forum der Kunst, in dem die Museen liegen, und ein Forum der Arbeit, in welchem sich die Bibliothek befindet, vorsehen. In weiterer Umgebung Berlins soll ein Wald- und Wiesengürtel angelegt werden, wie ihn Wien bereits besitzt und der in verschiedenen Streifen in das städtische Häusermeer hineinschneidet. Das, was hier für Berlin geplant ist, muß auch für jede andere Stadt als Vorbild gelten.

Den zweiten Teil der Ausstellung bilden die Modelle und Zeichnungen der Gartenstädte und der großen amerikanischen Parkanlagen. England ist in dieser Beziehung vorangegangen. 50 km von London entfernt hat eine gemeinnützige Aktiengesellschaft, deren Dividende auf 5 pzt. beschränkt ist, die Gartenstadt Bethnourth errichtet, die jetzt nach fünfjährigem Bestehen bereits 8000 Personen in 1200 Einfamilienhäusern beherbergt. Der Erfolg solcher Wohnens ist, daß die Sterblichkeitsziffer in den englischen Gartenstädten nur ein Viertel bis ein Drittel derjenigen der anderen Städte beträgt. Die Engländer versuchen also, die Wohnungsfrage auf diesem Gebiet zu lösen. Die Bewegung hat bekanntlich auch in Deutschland bereits zahlreiche Anhänger gefunden, insbesondere ist die Gesellschaft "Gartenstadt Hellerau" bei Dresden hervorzuheben. Auch Pläne und Modelle der hiesigen, 500 Jahre alten Gartenstadt St. Johannis bei Nürnberg sind ausgestellt.

Ein großes soziales Interesse beanspruchen auch die ausgestellten Zeichnungen und Abbildungen der amerikanischen Parkanlagen. Chicago und New York sind darin muster-gültig. Weit ausgedehnte Volksparks mit Spiel- und Turnplätzen für die Kinder, künstlichen Modelabnen, breiten, niedrigen Wasserläufen, sog. Planschwächen, in denen sich die Kinder in der Sommerhitze tummeln können, und verschiedene andere gesunde und vorbildliche Einrichtungen sind in diesem Park auf Statistiken für die Allgemeinheit errichtet. Chicago hat für 70 Millionen 22 solcher Volksparks errichtet und Boston hat für 150 Millionen einen Park- und Wiesengürtel um die Stadt gelegt. Die anscheinend so realen Amerikaner sind uns also in der sozialen Fürsorge für die Allgemeinheit weit voraus.

Zuletzt haben wir uns mit den Arbeiterwohnungen zu befassen. Ehe der Plan einer idealen Großstadt der Zukunft, die auch dem Proletariat ein menschenwürdiges Wohnen ermöglicht, bewirklich sein wird, und ehe die daraus resultierenden Gartenstädte einen großen Teil der Arbeiter in sich aufnehmen werden, hat die planmäßige Errichtung von gesunden und billigen Arbeiterwohnungen ein großes soziales Interesse. "Stiftungen" vorhanden, auch die Pläne der Arbeiterbewegung eines oberflächlichen Wertes fesseln nicht. Was man auch sagen mag, diese Ein- und Zweifamilienhäuser bieten dem Arbeiter wirklich ein gemittlches Heim — wenn nur der Herdfeuer des Sozialismus verhältnismäßig nicht dahinter stehe. Ein Teil der im Berliner Wettbewerb entstandenen Entwürfe sieht für Arbeiterwohnungen nicht die Miniaturvilla, sondern das Reihenhaus vor, das jedoch niedrig gehalten und genügend von Gartenanlagen vorn und hinten umgeben ist. Prof. Oberstadt, der Vergleich mit Deutschland und England angestellt hat, kommt zu dem Resultat, daß England in dieser Frage weit voraus ist. Die englischen Städte weisen nicht Straßen im Abstande von 200 zu 200 m auf, sondern in solchen von 40 zu 40 m. Die notwendige Folge ist das gesunde, ästhetische Einfamilienhaus. Auch durch die Gartenwohnungen hat England das Problem zum Teil gelöst. Oberstadt verlangt, daß der Staat dieselben Methoden befolge, wie sie jetzt das Kruppische Privat-

kapital befolge. Sehr interessant sind auch die ausgestellten Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg. Hier wird in langen Zahlenreihen nachgewiesen, wie gerade bei den kleinen Einkommen die Mietsquote immer höher steigt, während sie bei den größeren, trotz der fortwährenden gesteigerten Bodenpreise, von Jahr zu Jahr sinkt. Für eine ganze Reihe preußischer Städte sind hier diese Resultate verzeichnet. Im feinsten Berliner Viertel, am Bamberger Platz a. W., ist der Quadratmeter der großen Fünf- und Mehrzimmerwohnungen am billigsten. Bei dieser Gelegenheit hätten unsere Arbeiter-Genossenschaften zeigen können, was sich bereits ohne Protektion — natürlich ohne Kapitalistengewinn — im Rahmen der heutigen Verhältnisse schaffen läßt.

Außer den angeführten sind noch verschiedene bauliche Motive aus früherer und gegenwärtiger Zeit vieler Orte des In- und Auslandes vorhanden, auch für die Zukunft haben einzelne Städte bereits projektiert. Pläne von Frankfurt a. M., Stuttgart, Halle, Braunschweig, Dresden, Danzig, Breslau, Karlsruhe, Prag,airo, Wudapest, Zürich usw. sind ausgestellt. Die Stadt Wien hat sogar ein sehr umfangreiches Modell ihrer einstigen Zukunft zur Ausstellung gelangt.

Unter den heutigen Verhältnissen wird es allerdings noch eine gute Weile dauern, ehe ein Teil der hier gegebenen Anregungen wirklich in die Tat umgesetzt werden können. Und eine Anregung soll die Ausstellung auch nur sein, indem sie uns die vorhandenen Mängel und die Mittel zu ihrer Beseitigung zeigt. Neue Wege, die auf sozialem und ästhetischem Gebiet in Zukunft gegangen werden sollen, sind hier gezeichnet. Am leichtesten lassen sich allerdings die großzügigen und praktischen Ideen durch die Verstaatlichung des Grundeigentums ermöglichen, und es war ein glücklicher Zufall, daß um dieselbe Stunde, als der Berliner Oberbürgermeister Richter bei der Eröffnungsfest die soziale Pflicht der Gemeinden betonte, unsere Redner in den Waierversammlungen den gleichen Appell erließen und die Massen zum Kampf um ein besseres Dasein, unter dem nicht zuletzt das Wohnungsproblem zu verstehen ist, aufriefen.

R. Richter.

**Gau München.** Aibling, Augsburg, Garmisch, Holzkirchen, Inngolstadt, Kaufbeuren, Kempten, Landskron, Laufen, Lindau, Memmingen, Mühldorf, München, Pfarrkirchen, Passau, Reichertshausen, Rosenheim, Schliersee, Straubing, Traunstein, Wasserburg.

**Gau Nürnberg.** Altdorf, Amberg, Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Erlangen, Forchheim, Grafenwöhr, Heilsbrunn, Hersbruck, Hof an der Saale, Kissingen, Nürnberg-Fürth, Regensburg, Rothenburg a. L., Schwabach, Schwandorf, Schweinfurt, Würzburg, Weihenburg.

In Grafenwöhr und Weihenburg sind zurzeit keine Ausgesperrten mehr vorhanden.

**Gau Oberpfälzen.** Kallowitz.

**Gau Stettin.** Arnswalde, Banjin, Bernsee, Friedland i. M., Gollnow, Grimmen, Güstrow, Jahnd, Jeseritz, Kolberg, Köslin, Löcknitz, Mienten, Neubrandenburg, Neustettin, Passow, Pödebusch, Richtenberg-Franzburg, Stargard i. M., Stargard i. P., Stettin, Stralsund, Swinemünde-Banjin, Treprow a. d. R., Tribsees, Woldegk.

Erledigt ist die Aussperrung in Jeseritz, Löcknitz, Passow und Jahnd.

**Gau Straßburg.** Colmar i. Elz, Gebweiler, Lorrach, Mels, Mülhausen i. Elz, Straßburg, Trier.

**Gau Stuttgart.** Göppingen, Heidenheim, Heilsbrunn, Konstanz, Reutlingen, Schramberg, Stuttgart, Tübingen, Ulm.

In Heidenheim, Konstanz, Schramberg und Ulm sind keine Ausgesperrten Kollegen mehr vorhanden.

**Vertragsabschlüsse.**

Zum Abschluss von Verträgen kam es in der letzten Woche in Eberswalde, Fürstenberg i. Meckl., Königswusterhausen und Sommerfeld.

Der Eberswalder Vertrag sieht bei dreijähriger Dauer eine Lohnhöhung von 5 % vor. Die erste Lohnhöhung von 2 1/2 % tritt am 16. März dieses Jahres ein, die zweite um weitere 2 1/2 % am 1. April 1911 und die letzte am 1. April 1912 um 1 1/2 % pro Stunde. An den Sonnabenden wird die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt, so daß bei der täglich neuneneinhalbstündigen Arbeitszeit jetzt an den Sonnabenden anderthalb Stunden früher Feierabend ist als an anderen Arbeitstagen. Ueberstunden beginnen nach Vereinbarung der jeweiligen täglichen Arbeitszeit. Der Zuschlag dafür ist für die Gesellen von 8 % auf 10 % pro Stunde und für Bauarbeiter von 5 % auf 10 % erhöht worden. Die Bauarbeiter erhielten bisher in allen Positionen niedrigere Zuschläge, im neuen Vertrage sind sie den Gesellen gleichgestellt. Junggesellen im ersten Gesellenjahr erhalten einen Lohn nach freier Vereinbarung; wenn aber in den ersten sechs Arbeitstagen eine solche Vereinbarung nicht getroffen wird, so ist der vertragliche Gesellenlohn zu zahlen. Außerdem enthält der neue Vertrag noch einige andere Verbesserungen.

Ein weiterer Vertrag wurde mit einem Unternehmer in Fürstenberg in Mecklenburg abgeschlossen, der am Orte die größte Zahl der Maurer und Zimmerer beschäftigt. Der Vertrag ist auf zwei Jahre vorgesehen. Am 1. Juli dieses Jahres erhöht sich der Lohn um 3 % und am 1. April des nächsten Jahres um weitere 2 1/2 % pro Stunde. Die Forderungen bezüglich Geh- und Laufzeit sowie die Ansprüche an Logis, Betten usw., sind, soweit sie unsere Organisationen als notwendig erachten, bewilligt worden.

Der dritte Vertrag wurde für das Vertragsgebiet Königswusterhausen und Groß-Westen geschlossen. Hier tritt die Lohnhöhung von 5 % bei dreijähriger Vertragsdauer zu den Terminen in Kraft, wie es der Schiedsspruch für Berlin bestimmt. Die Junggesellen erhalten nur ein Jahr nach beendeter Lehrzeit einen Lohn nach freier Vereinbarung.

Diese drei Verträge sind auf Grund des im Jahre 1908 vereinbarten Vertragsmusters geschlossen, unter zeitweiliger Umgestaltung des § 11 und unter Fortfall der protokolllarischen Erklärungen.

Der Vertrag für Sommerfeld stützt sich auf die Form eines Ortsvertrages aus dem Jahre 1906. Er ist nur mit zwei Firmen geschlossen, die aber den größten Teil der vorliegenden Arbeiten besitzen. Die anderen zwei Geschäfte verharren noch in der Aussperrung. Der Vertrag hat nur bis zum 31. März 1911 Gültigkeit. Die Lohnhöhung beträgt 3 %, von denen 2 1/2 % sofort und 1 1/2 % am 1. Oktober zu zahlen ist.

Die Verträge sind für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter gemeinschaftlich abgeschlossen, nur in Fürstenberg ist für Maurer und Zimmerer je ein besonderer Vertrag zustande gekommen.

**Solidaritätskündigungen.**

Wenn wir von Solidaritätskündigungen sprechen, so meinen wir damit nicht in Versammlungen beschlossene pa-

piere Resolutionen oder Presäußerungen zugunsten der brutal auf Pfahle geworfenen Bauarbeiter, sondern die sofort nach vollzogener Aussperrung einsetzende latente werktätige Unterstützung der Ausgesperrten durch die deutsche Arbeiterchaft. Diese Betätigung der Solidarität beweist, daß die deutsche Arbeiterchaft wohl begriffen hat, was die Bauarbeiter in diesem Kampfe für die Gesamtarbeiterchaft zu verteidigen haben. Es ist natürlich nicht möglich, alle Beschlüsse der Arbeiterorganisationen über Bewilligung von Mitteln für die Ausgesperrten mitzuteilen, schon weil die Ausbringung der Mittel in verschiedener Weise bewerkstelligt wird. Zu den Arbeitern, die von allem Anfang an die Unterstützung der Bauarbeiter energisch aufgenommen haben, gehören die Buchdrucker, was wir deshalb ganz besonders hervorheben, weil man in den letzten Jahren in den Kreisen der Bauarbeiter öfter der Meinung begegnete, die Buchdrucker nähmen die Führung des Klassenkampfes nicht mehr ernst. Jetzt aber zeigen diese unter Vermeidung aller unnötigen Phrasen, daß sie unter Klassenkampf nicht unfruchtbares schellenhaftes Wortgeflingel verstehen, sondern die wortlose, aber opferfreudige Tat. Die Lothringer Buchdrucker waren die ersten, die sofort nach erfolgter Aussperrung die Erhebung eines Extrabeitragetages von 20 % pro Woche beschloß. Ihnen folgten mit den gleichen Beschlüssen die Buchdrucker in Langzig, Mainz, Münster i. W. und Hannover. Eine von 2500 Buchdruckern besuchte Versammlung in Leipzig beschloß ebenfalls einstimmig, den Ausgesperrten sofort M. 3000 zu überweisen und in Anbetracht der Situation den Gaubeitrag von 60 auf 90 % zu erhöhen. Der Vorstand des Dresdner Gaues des Buchdruckerverbandes hielt mit den Vertrauensleuten eine Sitzung ab und teilte mit, daß er beschlossen habe, den ausgesperrten Bauarbeitern sofort M. 1000 zu bewilligen und pro Woche während der Dauer des Kampfes 25 % Extrabeitrag von sämtlichen Gaummütglern zu erheben. Der Ortsverein der Buchdrucker von Hamburg-Altona unterstützt die Ausgesperrten bis Ende Mai wöchentlich mit M. 500; bis dahin soll eine Erhöhung der Unterstützung beschlossen werden. Die Essener Buchdrucker haben als erste Rate durch Sammellisten in einer Woche circa M. 230 aufgebracht. Der Vorstand des Gaues Rheinland-Westfalen hat als erste Rate M. 500 bewilligt. Wie wir erfahren, werden in andern Städten ähnliche Beschlüsse erwartet.

Die Werkstattdelegierten der Leipziger Holzarbeiter beschloßen, den Ausgesperrten vom 1. Mai an pro Woche M. 1000 aus der Lokalkasse auszuführen. In Stuttgart beschloßen die Gemeindegewerkschafter die Erhebung eines Extrabeitragetages von 20 % pro Mitglied und Woche. Die eingehenden Beträge werden voll an die Ausgesperrten abgeführt. Der Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes richtete unter Bezugnahme auf die Sympathieerklärung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses an die Mitglieder die dringende Bitte, sich an der Sammlung nach Kräften zu beteiligen. Den Verwaltungen, die zur Unterstützung der ausgesperrten Bauarbeiter Extrabeiträge erheben wollen, erteilt der Vorstand ohne vorherigen Antrag die Genehmigung dazu. Außerdem hat der Vorstand an die Verwaltungen Stellen Sammellisten gefandt. Die Mannheim-Metallarbeiter beschloßen, wöchentlich 25 % Extrabeitrag für die ausgesperrten Bauarbeiter zu zahlen. Der Gesamtausschuß der Verwaltung Münchens des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat beschloßen, aus Mitteln der M. 130 000 betragenden Lokalkasse der ausgesperrten Bauarbeitern vorerst die Summe von M. 7000 zur Verfügung zu stellen. Weiter werde der Gesamtausschuß ermächtigt, den Verhältnissen entsprechend, weitere Zuwendungen aus lokalen Mitteln zu machen. Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltung München, sind bereit, dem Beschlusse des Gewerkschaftsbereichs insoweit Rechnung zu tragen, daß sie je nach Leistungsfähigkeit wöchentlich eine 50 Pfennigmarke nehmen. Die Ortsverwaltung der Leipziger Metallarbeiter hat beschloßen, an die ausgesperrten Bauarbeiter M. 3000 aus der Lokalkasse auszuführen und die Kollegen aufzufordern, nach Kräften in die Listen zu zeichnen. Die Essener Bäcker und Konditoren beschloßen, für die ausgesperrten Bauarbeiter den Betrag von M. 50 zu zeichnen, sowie ab 1. Mai einen Sonderbeitrag von 10 % pro Woche und Mitglied einzuführen. Die Leipziger Buchbinder haben beschloßen, M. 1000 an die Ausgesperrten abzuführen und die örtliche Leitung zu ermächtigen, in Zwischenräumen von 14 Tagen je M. 1000 abzuführen. Der Verband der freien Gast- und Schankwirte in Leipzig hat seine Mitglieder verpflichtet, während der Dauer der Aussperrung der Bauarbeiter von jedem Mitglied pro Woche M. 1 Extrabeitrag zugunsten der Ausgesperrten zu erheben. Die Leipziger Handlungsgehilfen führen als erste Rate M. 900 an die Ausgesperrten ab. Das Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Leipzig beschloß, an die Ausgesperrten M. 1000 abzuführen. Die Holzarbeiter in Lübeck haben als erste Rate M. 500 bewilligt, die Schneider M. 400 und Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitragetages von 50 %. Die Steinseher in Magdeburg erheben ebenfalls 50 % Extrabeitrag. Die Tapezierer

Leipziger beschloßen, zur Unterstützung der Ausgesperrten während der Dauer der Aussperrung wöchentlich 25 % Extrabeitrag zu erheben. Als erste Rate sollen M. 100 sofort abgetiefert werden. Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat den Verbänden der Zimmerer, der Maurer und der Bauhilfsarbeiter mitgeteilt, daß von Freitag, den 18. Mai ab an die ausgesperrten Bauarbeiter, soweit sie Mitglieder der Genossenschaft sind, wöchentlich je ein großes Brot, bei starken Familien noch mehr, unentgeltlich verteilt werden soll.

Die Zahlstelle Dresden des Brauereiarbeiterverbandes beschloß in ihrer letzten Versammlung einstimmig, bis auf weiteres pro Woche und Mitglied M. 1 Extrabeitrag zu erheben, davon 50 % für die ausgesperrten Bauarbeiter und 50 % für die eigene Lohnbewegung. Auch die Zahlstellen Erfurt, Schwezin und Kiel deselben Verbandes haben beschloßen, pro Woche 50 % Extrabeiträge für die Bauarbeiter zu erheben.

Die Ortsgruppe Burg des Verbandes deutscher Buchdrucker beschloß in einer am Donnerstag abend stattgehabten außerordentlichen Mitgliederversammlung, für die Dauer der Aussperrung im Baugewerbe einen wöchentlichen Extrabeitrag von 50 % zu erheben. Bravo!

Das Kieler Gewerkschaftskartell und die Vorstände sämtlicher Gewerkschaften beschloßen in einer kombinierten Sitzung, die Einführung von Sammellisten für die Bauarbeiter abzulehnen und für die Dauer der Aussperrung von jedem organisierten Arbeiter einen Extrabeitrag von 50 % pro Woche zu erheben. Für die Unorganisierten sollen Marken zu je 50 % auszugeben werden. Die Maler- und Anstreicher in Dresden beschloßen gleichfalls, bis zur Beendigung des Kampfes 20 % Extrabeitrag für die Ausgesperrten zu zahlen. In zahlreichen Orten haben die Gewerkschaftskartelle Sammellisten herausgegeben. Außerdem haben einzelne Gewerkschaften an vielen Orten beschloßen, den Ausgesperrten aus den Lokalkassen größere Summen zur Verfügung zu stellen. Bei dieser Opferfreudigkeit werden die Unternehmer bald erkennen, daß eine Auslieferung der Bauarbeiter auch in drei Monaten nicht möglich ist.

**Bosen folgt Mainz.**

In Bosen hat die städtische Bauverwaltung mit Arbeiterorganisationen Unterhandlungen zwecks bestmöglicher Fertigstellung des neuen Stadttheaters angeknüpft. Kontraktlich hat die Firma Geilmann & Rittmann in München den fertigen Bau am 1. Oktober zu übergeben. Diese Firma sowohl wie auch ihre Unternehmer, die Firma Sichert, haben der Theaterbaukommission die Erklärung abgegeben, daß sie trotz der durchgeführten Aussperrung den Bau zu dem festgesetzten Termine unter allen Umständen fertigstellen werden. Der Baukommission und auch dem Magistrat ist es aber darum zu tun, das Stadttheater früher und zwar spätestens am 15. September vollendet zu sehen, um an diesem Zeitpunkt die Spielfaison eröffnen zu können. In einer Konferenz hat der Vertreter des Magistrats den Vertretern der Arbeiterverbände mitgeteilt, daß die Absicht bestehe, das Stadtbauamt mit der Ausführung derjenigen besonders rüstständigen Arbeiten auf Kosten der bauausführenden Firma zu betrauen. Da die Vertreter der Arbeiter ohne Zustimmung der Ausgesperrten eine Erklärung nicht abzugeben vermöchten, soll sich eine Versammlung über das Anerbieten des Magistrats schlüssig machen, worauf die Verhandlungen mit dem Stadtrat fortgesetzt werden sollen.

**Ein „Erfolg“.**

Der Maurermeister Reinhold Konrad in Halberstadt, der Vorsitzende der im Arbeiterverband organisierten Bauunternehmer, hat am 10. Mai den Konkurs angemeldet. Konrads finanzielle Schwierigkeiten, die den Konkurs unvermeidlich machten, sind infolge der Aussperrung eingetreten, die er, getreu nach dem Willen der Scharfmacher im Arbeiterbunde, auch über die bei ihm Beschäftigten Arbeiter verhängte. Von ihm wurde der Aufzugsbau ausgeführt, der noch seiner Vollendung harzt und der, seit die Aussperrung begann, stillliegt. Konrad wird ohne Zweifel nicht das einzige Opfer auf Seiten der Unternehmer bleiben, über das durch die gewalttätig herbeigerufene Aussperrung der Ruin hereinbricht.

**Wohin drängen die Scharfmacher?**

Die nachstehende Auslassung stammt aus der „Arbeiter-Zeitung für das Baugewerbe“. Man muß sie sich ganz gründlich ansehen:

Wir hatten bereits in der letzten Nummer darauf hingewiesen, daß der Kampf in der schärfsten Form geführt werden müßte, um schneller die Entscheidung herbeizuführen. Die Industrie ist in der Lage, hierzu die Rolle auszugeben. In Anbetracht der vielen Resolutionen sollten die betreffenden Instanzen zur Tat übergehen und dem Baugewerbe zeigen, daß sie auch ganz auf ihm stehen. Dann wären unsere Gegner auf einmal mattgesetzt und die Aussperrung in gewisser Hinsicht keinen Schwankungen mehr unterworfen; über die sich gewisse Kreise sichlich freuen. Dem Vorstoß, den die Arbeiterchaft unternommen hat, muß der Sieg folgen, wenn Industrie und Baugewerbe in dieser

ersten Zeit sich in der Tat die Hände im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind reichen. Die Arbeitgeber haben das Vertrauen zu ihren Verbündeten und fürchten deshalb nicht den Vorkomm der Gegner, die sich schon heute der Illusion hingeben, Sieger zu sein.

Wie ist dies zu verstehen? Das ist nichts anderes, als die beständige Aufforderung an die Industrie, den Bauunternehmern durch eine Generalausperrung der Industriebeschäftigten zu Hilfe zu kommen. Etwas anderes kann es gar nicht bedeuten. Wir glauben aber, daß dieser Wahnsinn außerhalb der Unterwelt keine Anhänger finden wird.

**Heber die Stimmung im Unternehmerlager**  
wird der „Südlichen Volkszeitung“ von „wohlinformierter Seite“ folgendes geschrieben:

„Wenn nicht in kürzester Frist eine Einlenkung durch den Arbeitgeberbund herbeigeführt wird, ist eine Spaltung im Arbeitgeberlager kaum vermeidlich. Eine tiefe Misstimung hat sich weite Arbeiterschaft bemächtigt, die mit den Maßnahmen der Bundesleitung nicht einverstanden sind. Die Ablehnung des unparteiischen Schiedsgerichts ist sehr wohl bemerkt worden. Allgemein bricht sich auch die Heberzeugung Bahn, daß die Verzögerung der Bundesleitung, in einigen wenigen Wochen würde der Kampf beendet sein, nicht haltbar ist. Es ist nicht zu übersehen, daß nur ein Drittel der organisierten Bauarbeiter der Ausperrung anheimgefallen ist und daß so ihre vorhandenen Mittel, mit den notwendigen Sonderbeiträgen, die eine beträchtliche Höhe erreichen, im Verein mit den eingeleiteten allgemeinen Sammlungen die Führung des Kampfes auf Monate hinaus ermöglichen. Die Dispersierung für Nothstandsarbeiten an einzelne Arbeitgeber führt ebenfalls auf Schwierigkeiten, da der Konkurrenzneid dadurch aufgestellt wird. Bei Verzögerung derselben geraten einzelne Unternehmer in große Schwierigkeiten und empfinden die ihnen nicht sympathische Ausperrung um so drückender. Gedrängt werden die Bauunternehmer auch von den Materiallieferanten, denen jeder Tag der Ausperrung beträchtliche Verluste einbringt, die nach den vorausgegangenen Krisenjahren um so über vermehrt werden. Zudem werden hier und da Bauherren des Wartens müde und lassen die liegen geliebten Bauten in eigener Regie vollenden. Alle diese Momente werden zu einer baldigen Abwärtung der Sperre beitragen, wodurch die Lage des Arbeitgeberverbandes keine zügelte wird. Weitere Sonderabschlüsse wie in Berlin und Hamburg stellen seine ganze Existenz in Frage. Nach Lage der Dinge wäre das zu bedauern, da eine gesunde Tarif- und Gewerbelogik nur möglich ist bei starken Organisationen sowohl auf Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeiter.“

Diese Schilderung der Verhältnisse ist, wie uns wohl bekannt ist, durchaus richtig. Insbesondere ist richtig, daß die Unternehmer in vielen kleinen Orten wegen der langen Dauer des Kampfes jetzt schon ercoht sind. Sie haben sich von den Scharfmachern nur durch einen riesigen Zahlenschein und durch die Versicherung, der Kampf werde in wenigen Wochen beendet sein, zur Ausperrung treiben lassen. Die Erzählungen von der glänzenden Einmütigkeit des Bundes und die richtigen Zahlen der angelegten Ausperrungen wecken bei ihnen die Hoffnung, der Kampf werde nur von kurzer Dauer sein. In dieser Hoffnung kamen sie den Ausperrungsorderungen der Scharfmacher nach. Jetzt beginnen sie aber einzusehen, daß sie von ihren Führern“ gröblich getäuscht worden sind, daß der Kampf nicht in einigen Wochen, ja vielleicht nicht einmal in einigen Monaten beendet ist, und deswegen ist ihre Empörung ganz verständlich. Es wäre aber trotzdem ganz verfehlt, wenn man wegen dieser Tatsachen auf eine baldige Beendigung des Kampfes rechnen wollte; denn die kleinen und friedliebenden Unternehmer haben leider auf die Beschlüsse des von den Scharfmachern und den Agenten der Industrie beherrschten Bundes so gut wie gar keinen Einfluß. Auch in den meisten Einzelorten zwingen die großen Scharfmacher den kleinen Unternehmern ihren Willen auf. Solange ihnen dies durch die bekannten terroristischen Mittel noch gelingt, ist auf eine Beendigung des Kampfes nicht zu rechnen; denn die „Leiter“ des Bundes werden anscheinend selbst dann, wenn sie die Ausföhrlichkeit ihres Vorhabens längst eingesehen haben, von einer Beendigung des Kampfes nichts wissen wollen. Für sie gilt es angeblich, ihre „Ehre“ zu wahren. In Wirklichkeit blühen sie aber den Kampf ohne die Einwilligung des Kartells der Industriellenverbände nicht abbrechen, wie dies aus der früher von uns veröffentlichten Erklärung in der „Baugewerks-Zeitung“ deutlich hervorgeht. Der Kampf wird deshalb so lange dauern, wie die Unternehmer in den einzelnen Orten den Scharfmachern in größerer Zahl Gehorsam leisten. Vorläufig ist es den Anschein, als ob das noch recht lange dauern würde. An der schließlichen Niederlage der Unternehmer ändert aber diese Tatsache zweifellos gar nichts.

**Was sich die Bundeshäuptlinge einbilden.**

In bürgerlichen Wäutern finden wir folgende, vom Vorstand des Arbeitgeberbundes stammende Notiz:

„Wie der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mittel, mehrt sich fast in allen Teilen Deutschlands die Ansicht, daß die Arbeitnehmer sich zur Annahme der Dresdner Beschlüsse der Arbeitgeber bereithalten werden.“

Beim Vorstand des Bundes ist offenbar der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Wir erklären demgegenüber mit aller Bestimmtheit, daß von einer Annahme der Dresdner Beschlüsse durch die Arbeiter heute weniger als die Rede sein kann; denn die Situation ist bei der mißglückten Ausperrung der Unternehmer und der großen Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterschaft für die Arbeiter heute glänzender, als es die kühnsten Optimisten unter ihnen vor den Berliner Verbandsrägen zu hoffen wagten. Mögen die Unternehmer, wenn sie noch an einen Erfolg glauben, den Kampf fortsetzen. Die Arbeiter sind bereit.

**Folgen der Ausperrung.**

Aus Wiesbaden schreibt man uns: Während der Ausperrung hat die Qualität der mit Hilfe von Polieren, Lehrlingen, Zeichnern, „Architekten“ und „Meistern“ hergestellten Arbeit besonders zu leiden; denn „gelübte, tüchtige“ Maurer sind es gerade nicht, die unter die oben genannten Kategorien fallen. Für den Fachmann ist es jetzt eine besondere Lust, „Meister“ und Zeichner im „Schweiße ihres Angesichts“ Hammer und Säge regieren zu sehen. Würden Maurer auch nur eine halb so schlechte Arbeit liefern, wie sie zurzeit in Wiesbaden von Leuten geleistet wird, die auf ihrem „woherwobenen“ Meistertitel pochen, sie würden erbaumungslos zum Teufel gejagt. So aber? — Nun, in der Not frist der Teufel Fliegen. Warum sollten kleine und ganz kleine Scharfmacher im Baugewerbe sich nicht in den einfachen Handgriffen ihres ehrbaren Handwerks üben? Die Betrogenen sind in solchen Fällen allerdings die Bauherren, die für ihr gutes Geld mit Pfuscharbeit vorliebnehmen müssen. Letztere haben denn auch zum erheblichen Teil die Kosten der von den Unternehmern fröbel heraufbeschworenen Ausperrung zu tragen. So haben am Neubau des Unternehmers Kopp in der Kleiststraße Meister und Zeichner in trauriger Harmonie die letzten Arbeiten fertiggestellt. Als die Giebel höfegemauert waren und die Dachdecker mit ihren Arbeiten beginnen wollten, stellte sich heraus, daß infolge Fehlens jeder Vertiefung und mangelhafter Ausführung des Mauerwerks der Giebel einzustürzen drohte. Durch nachträgliche — allerdings heute noch mangelhafte — Verankerung ist dann das Schimmliche vermieden worden. Schlimmer als beim Unternehmer Kopp verliefen die Verhältnisse gegen die anerkannten Regeln der Baukunst am Neubau der Infanteriekaserne. Außer drei Maurern sind hier noch sechs Poliere und Zeichner unter der Aufsicht des Unternehmers beschäftigt. Trotz der großen Zahl der Poliere, die unter der Aufsicht ihres Herrn und Meisters sorgsam Stein auf Stein schichteten, stürzte am Nachmittag des 11. Mai der Giebel ein, im Falle einer Teil der Vorderfront, die Balkenlage, Mittelmauern und das Treppenhäus sowie das Gerüst mit sich reißend. „Wer kann für ein Unglück?“ wird der „Meister“ Baum sagen. Die Maurer behaupten aber, der Einfurz sei auf die Eile und Gleichgültigkeit zurückzuführen, mit der hier gearbeitet wurde. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen, da zur Zeit des Einfurzes gerade Besperzeit war. Dauert die Ausperrung noch längere Zeit, dürfte das Wiesbadener Bauhandwerk durch die mauernden Meister, Zeichner und Poliere, denen zu „geübten, tüchtigen“ Maurern noch sehr viel fehlt, arg in Mitleid kommen.“

**Der Scharfmacher Hausknechte.**

Die Unternehmer tun äußerst beleidigt, wenn man auf die Tatsache hinweist, daß sie nur im Interesse, ja im Auftrage des Großkapitals ausgeperrt haben. Sie streiten dagegen und stellen uns als Lügner und Verleumder hin. Mit welchem Recht, mag folgender Bericht der „Baugewerks-Zeitung“ dartun:

Am 4. Mai tagte der Kartellausschuß des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände und der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, um über die Ausperrung im Baugewerbe zu beraten.

Es wurde zuerst im Ausschusse die Unzufriedenheit mancher Arbeitgeberkreise mit dem Verlaufe der Ausperrung vorgetragen, insbesondere mit dem Abfall des Baugewerbes in Berlin, Hamburg und Bremen von der gemeinsamen Sache der Arbeitgeber und mit der nicht immer vollständig durchgeführten Durchführung der Ausperrung in anderen Bezirken. Die anwesenden Vertreter des Baugewerbes bedauerten ebenfalls den Abfall der drei Städte, wiesen aber nach, daß trotzdem der Erfolg der Ausperrung zu den besten Hoffnungen berechtigt. Das Baugewerbe habe, als es die Ausperrung beschloß, mit nur 200.000 Ausgesperrten gerechnet, und diese Zahl würde in Kürze erreicht werden, da bis jetzt schon 187.000 Bauarbeiter ausgeperrt seien und ihre Zahl im weiteren Steigen begriffen sei. Allerdings bedürfte es hierzu in einzelnen Bezirken einer besseren Agitation als bis her. Das letztere hielten auch die übrigen Anwesenden für notwendig, und da man einstimmig der Ansicht war, daß zur Erleichterung der Agitation dem Baugewerbe Unterstützungsgelder zur Verfügung gestellt werden sollten, so bewilligte der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände in der Kartellausschussitzung sofort die hierfür nötigen Summen.

Was die Durchführung der Ausperrung anbelangt, so meinen die nicht direkt Beteiligten, daß sofort nach der Ausperrung vollständige Stille auf den Bauplätzen hätte eintreten müssen. Daran ist aber niemals in Fach-

kreisen gedacht worden, weil die Poliere und die Lehrlinge weiter arbeiten und weil die nicht zu den Zimmerern und Maurern gehörenden Bauarbeiter, als Tischler, Anstreicher, Töpfer usw., nicht ausgeperrt sind. Diese zuletzt genannten Arbeiter sollten so lange weiter arbeiten, bis sie wegen des Ausfalles der Maurer- und Zimmerarbeiten von selber zum Stillstand kämen. Es ist also auf eine vollständige Ruhe auf den Bauplätzen wegen der arbeitenden Poliere und Lehrlinge überhaupt nicht zu rechnen, und zwar geschieht deren Weiterbeschäftigung mit Rücksicht auf das bauende Publikum und die Lehrlinge. Was die Tischler, Anstreicher, Töpfer usw. anbelangt, so wurde im Kartellausschuß angeregt, diese nicht so lange arbeiten zu lassen, bis sie von selber zum Stillstand kämen, sondern lieber die Arbeiter dieser Gewerbe zu silitieren. Dem bauenden Publikum entsteht durch das einseitige Weiterarbeiten dieser Gewerbe kein Vorteil und die betreffenden Gewerbe selber haben erst recht keinen Nutzen davon, denn wegen des Ausfalles der Zimmerer- und Maurerarbeiten wird auch bei ihnen in gleichem Maße die Arbeit eingeschränkt, und es wäre für sie gleichgültig, ob sie jetzt mit den Zimmerern und Maurern feiern oder später, wenn die Ausperrung der Zimmerer und Maurer vielleicht beendet ist.

Allseitig wurde anerkannt, daß es richtig wäre, alle Aufträge, welche andern Gewerben übertragen seien, in der Ausführung zu silitieren, wie ebenfalls alle Materialtransporte, damit möglichst vollständige Arbeitsruhe im Baugewerbe selber und in allen seinen Nebenbetrieben eintrete. Es steht zu erwarten, daß diese allgemeine Silitierung aller im Auftrag gegebenen Lieferungen, Arbeiten und Dienstleistungen in Wäde zur Ausführung kommt. Es wird so auf die gewerliche Seite in derselben Weise ein Druck ausgeübt, wie im großen und ganzen gelingene Materialsperrung es jetzt schon getan hat.“

Wir stellen also fest: Der Arbeitgeberbund war vor den Kartellausschuß geladen worden, um Rechenschaft über die Ausperrung zu geben. Ihm wurde aufgetragen, für die Ausbreitung der Ausperrung energischer tätig zu sein und zu diesem Zweck wurden ihm von den Vertretern der Großindustriellen die nötigen Summen bewilligt. Auf Antrag der Großindustriellen wird er jetzt die Silitierung der Tischler-, Töpfer- und Malerarbeiten in die Wege leiten. Wer regiert nun? Der Bund oder der Kartellausschuß? Die Bauunternehmer oder die Großindustriellen?

Dann aber noch eine Bemerkung: Der Bundesvorstand hat seinen Mitgliedern erklärt, er verfüge über 50 Millionen Mark. Davon hätte er zehn Millionen in seiner Verwalterung, 40 Millionen seien für ihn bereitgestellt. Mit diesem Käufchen beschwichtigt er nämlich die zweifelnden Unternehmen. Wenn solch ungeheure Summen nur so zum Zugute kommen, warum mußte der Kartellausschuß dann die paar tausend Mark für die Ausperrungsposten des Bundes bewilligen? Man sieht auch hieran wieder, wie unerschämte die Unternehmer von ihrer Leitung hinter das Licht geführt werden.

**Sie schreien!**

Die Hebe, die wir der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ für das Baugewerbe“ in einigen Nummern des „Grundstein“ für ihre Lügen und Cassenjugenmanieren verabsolgt haben, haben das Blatt so empfindlich getroffen, daß es freudig aufschreit. Natürliche ist es aber auch nach der wiederholten Züchtigung noch viel zu unanständig, als daß es die ihm nachgewiesenen Klagen offen zugeben könnte. Kein Wort findet das Blatt, z. B. als Antwort auf unsere Feststellung, daß die von ihm verbreitete Behauptung von der veränderten Stellungnahme Bömelburgs zu den Arbeitsnachweiser der Unternehmer eine niederträchtige Fälschung ist. Dagegen schlägt es wie wahnwütig um sich, weil wir auf Grund der in der „Baugewerkszeitung“ abgedruckten Beschlüsse der „Hauptstelle“ und des „Bereins deutscher Arbeitgeberverbände“ und der dazu gehörigen Auslassungen der „Baugewerks-Zeitung“ festgestellt haben, daß der gegenwärtige Kampf in erster Linie mit im Interesse der Großindustrie geführt wird. Das Blatt will uns weismachen, die Bauunternehmer kämpften um ihre Existenz und die Existenz ihres Gewerbes. Zweifellos glauben daran auch viele Unternehmer, denen man das vorgeordnet hat und die sich sonst an der Ausperrung nicht beteiligt hätten. Wir aber wissen, daß diese Behauptung eine elende Fiktion ist. Nicht weil die Existenz der Bauunternehmer und des Gewerbes bedroht ist, sondern weil die Arbeiterorganisationen getnebelt werden sollen, in erster Linie — das betonen wir nochmal — im Interesse der Industrie getnebelt werden sollen, deshalb ist dieser Gewaltstakt entfestelt worden. Die „Baugewerks-Zeitung“ schrieb dazu:

„Beide Zentrals (Hauptstelle und Verein deutscher Arbeitgeberverbände. D. M.) geben zur Unterstützung des Baugewerbes im gegenwärtigen Tarifkampf Hand in Hand, weil die gesamte deutsche Industrie ein großes Interesse daran nimmt, daß wir nicht unterliegen. Unsere Niedertage würde die deutsche Arbeit in allen Gewerben hart treffen. ... Der Kartellausschuß, welcher aus Vertretern der beiden Arbeitgeberzentralverbände, der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände besteht, soll mit Zustimmung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe vor Beendigung des Kampfes gehrt werden, damit bei Feststellung der neuen Arbeitsbedingungen für das Baugewerbe auch die Interessen der Industrie und der übrigen Gewerbe nach Möglichkeit gewahrt werden.“

Diese Auslassung in der „Baugewerks-Zeitung“ sagt ohne Umschreibung klar und deutlich: Die beiden großen Unternehmerräte unterstützen die deutschen Bauunternehmer in ihrem Kampf gegen die Arbeiter, weil die Niederwerfung und Knechtung der Bauarbeiterorganisationen im Interesse der ganzen deutschen Industrie liegt. Und die Interessen der „Industrie“ (soll heißen der Kartellisten) nach Möglichkeit zu wahren, hat sich der Kartellschutz der beiden Unternehmerräte für sein Geld das Recht gesichert, bei der Beendigung des Kampfes und der Feststellung der Arbeitsbedingungen mitzubestimmen. Wir denken, daß durch das obige Zitat aus der „Baugewerks-Zeitung“ unsere Behauptung vollumfänglich bewiesen ist. Schließlich sei aber auch noch daran erinnert, daß die Unternehmer in zahlreichen ihrer Flugblätter, „Aufstärkungen“ und sonstigen Bekanntmachungen in der Presse selbst angeben, daß sie ihren Kampf gleichzeitig im Interesse der Industrie und des Handwerks führen. Zu allem Überflus ist auch noch in der vorletzten Nummer der „Deutschen Arbeitgeberzeitung für das Baugewerbe“ eine offizielle Bekanntmachung des Bundesvorstandes enthalten, in der es heißt:

„Der Deutsche Arbeitgeberbund begrüßt die Sympathie und angebotene Unterstützung der beiden großen industriellen Arbeitgeberzentralen und wird nur einen, den gemeinsamen Interessen von Industrie und Baugewerbe Rechnung tragenden Frieden, schließen.“

Will das Gesetzmäßige Unternehmertum noch mehr? Wir können ihm wohl dienen, müssen aber gestehen, daß es uns keineswegs Vergnügen macht, uns mit dem unangenehmsten aller Blätter herumschlagen. Wenn aber wieder eine Züchtigung notwendig ist, werden wir uns unserer Pflicht nicht entziehen. Besseres ist es uns auch einmal möglich, einwandfrei festzustellen, daß einflussreiche Leute im Unternehmerrund schon vor der Aussperrung zur Vertretung der Interessen der „Industrie“ gekauft worden sind.

**Praktismen.**

Die „Soziale Praxis“ schreibt:

Es muß wohl in der Sache selbst liegen, wenn die öffentliche Meinung auf den eifrig angebotenen Köder der Arbeitgeberpresse, als handele es sich hier um die Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung gegenüber sozialdemokratischen Wadelschneidern, nicht anbeugen und die Teilhabensverdrängung, als die dieser Arbeitskampf den Arbeitgebern von der Arbeiterschaft als eine bittere Notwendigkeit aufgezwungen worden, nicht glauben will. Die Dinge selbst, die Heiligkeit der Aussperrung und die Friedensschlüsse maßgebender Parteien, wie Hamburg, Bremen, Berlin, dem sich jetzt zahlreiche Städte der Mark bis Frankfurt a. d. E., ferner Teinold angeschlossen haben, reden eine andere Sprache. Auch in verschiedenen Eingaben aus Bauarbeiterkreisen, die das Reichsamt des Innern wieder um Friedensvermittlung angehen, weisen die Arbeitgeber auf die Möglichkeit der Verständigung mit den Bauarbeitern hin, ohne auf die Treue der Preissteine sich zu verlassen.

Das schwerste Hindernis des Friedens liegt nicht in der Sache, sondern in der andenkend schwergebundenen Haltung des Hauptverbandes des Bauarbeiterbundes. Wenn das noch eines Beweises bedürfte, so wäre er durch die sich ständig wiederholenden Befundungen der örtlichen Bauarbeiterverbände geliefert, die, von amtlichen Stellen zu Einigungsverhandlungen eingeladen, erklärten, ohne die Einwilligung der Zentralfstelle des Bundes könnten sie sich auf örtliche Verhandlungen nicht einlassen; ja, selbst erfolgreiche Einigungsverhandlungen einzelner Klänge sind im letzten Augenblick an dieser mangelnden Zustimmung der Bundeshauptstelle gescheitert. Magdeburg, Jena, Plessan, Kosen, Herford, Frankfurt a. M. und München bieten lehrreiche Beispiele für das Gesagte. Da in dieser Sachlage die örtlichen Vermittlungsversuche nur bei den Gauerbänden, die sich unabhängig genug fühlen, um der Zentrale gegenüber ihre Überzeugung zu vertreten, Aussicht auf Erfolg bietet, so ist es nunmehr bringende Pflicht des Reichsamts des Innern, von zentraler Stelle aus mit den Zentralorganisationen des Arbeitgeber- und Arbeiterlagers neue Friedensverhandlungen einzuleiten. In ein Weisbluten einer Partei, ohne daß die glatte Unterwerfung unter die Forderungen der anderen ausgleichlos ist, ist nach dem bisherigen Verlauf des Kampfes noch weniger als bei seinem Beginn zu denken. Wenn aber ein Kompromiß auf alle Fälle den Abschluß bilden muß, dann besser sofort als erst nach weiteren unnützen Opfern!

**Aus der Gewerkschaftspresse.**

Der „Korrespondent“, das Organ der Buchdrucker, schreibt zu unserm Kampfe:

„Der Kampf im Baugewerbe ist ein Schulbeispiel für die gekennzeichnete Konstellation im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben des gegenwärtigen Deutschlands. Dieser gewaltige Zusammenstoß zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen im Baugewerbe hebt sich weit über den Rahmen eines großen Interessentoffensives hinaus. Es ist ein Kampf um die Macht, geboren aus der Entwicklung und aus den Verhältnissen.“

Die prinzipielle Bedeutung der Bauarbeiteraussperrung ist in dem nicht mehr anzuzweifelnden Umstande zu erblicken, daß die scharfmacherische, tarifgegnerische Kerntruppe mit ihren bis in den ersten Binanz- und höchsten Gesellschaftskreisen zu findenden Hintermännern, daß die rheinisch-westfälische Groß- und Montanindustrie die eigentliche Kaserne im Streit ist. Daß die Unternehmerverbandszentrale mit diesen gewerkschaftsfeindlichen, wenn auch selbst so organisationsfeindlichen Mächten konform geht, bekräftigt seiner näheren Beweisführung. Die stark ausgebreitete, straffe Organisation der Arbeiter in dem numerisch an erster Stelle

stehenden Baugewerbe, die wenigstens in den größeren Orten relativ hohen Löhne und kurzen Arbeitszeiten, die günstige Aufnahme der Tarifverträge in den damit dicht überzogenen Bauberufen, die fast gänzliche Befreiung des Arbeiterlohnes, das Bestehen und Fortdauern paritätischer Arbeitsnachweise — das alles war den Scharfmachern gegenüber, Veranlassung genug, auf diesem Terrain dem gewerkschaftlichen Vorwärtsdrängen ein Paroli zu bieten. Und da das Großunternehmertum im Baugewerbe seit einigen Jahren bodenständig geworden, der enge Zusammenhang zwischen den großen Baufirmen, Terrangengesellschaften und den Großbanken kaum noch zu erkennen ist, so läßt sich erklären, warum dieser Kampf um die Macht überhaupt entbrennen konnte. Es kommt aber noch ein anderes Moment in Frage: neben der Probe aufs Exempel gegen die Arbeiter die Waffentestung des Kleinunternehmertums, die großkapitalistische Sucht, den Baunarkt souverän zu beherrschen. Die Macher sitzen also weit vom Schusse. Die in Berlin, Hamburg usw. unternehmerisch gezeigte Friedensliebe scheint auch nicht allzu echt zu sein, vielmehr der Abneigung zu entspringen, für die unpersonlichen Großfirmen und die blindwütigen großindustriellen Scharfmacher die Kaskaden aus der Feuer zu holen.

Die Situation für die Bauarbeiter ist nicht weniger denn ungünstig. Und das aus dem weiteren Grunde nicht, als die deutsche Arbeiterschaft ihnen jegliche ideelle wie materielle Sympathie zuteil werden läßt. Es ist das allgemeine Empfinden, daß sich auf diesen Kampfgebieten nicht nur die Bauherren und Bauarbeiter gegenüberstehen, sondern daß es sich hier zum erstenmal um ein großes Treffen handelt, das ziel und zweckbewußt von dem wahren Scharfmacherturne heraufbeschoren ist. Die Generalkommission der freien Gewerkschaften wie auch der christliche Gesamtverband haben sich mit zündenden Aufrufen an die Millionen und Hunderttausende ihrer Anhänger gemeldet, eine jede Verbandsleitung gibt sie mit anfeuernden Worten weiter, und schon geht allenthalben nicht etwa eine Züfession in gewöhnlichen Sinn ein, sondern mit dieser aus unendlich vielen Kanälen fließenden Munition treten die Gewerkschaften in eine Action directe ein, wie man sie wirksamer nicht denken kann, und woran die -französischen Arbeiter einmal gründlich die wahre Bedeutung eines von ihnen fast noch immer falsch angewendeten Kampfmittels lernen könnten. Von den Hirsch-Dünckersehen Gewerbevereinen ist uns ein solcher Appell noch nicht zu Gesicht gekommen, nur Sympathieäußerungen im allgemeinen. Das Zusammenstehen und verständige Zusammengehen der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen ist in diesem bedeutungsvollen Kampfe, wo so viel auf dem Spiele steht, gewiß ein ganz wertvolles Moment.“

**Der Terror hilft.**

In München haben nun auch viele dem Unternehmerrund nicht angehörende Unternehmer ausgesperrt, wodurch sich die Zahl der Ausgesperrten um etwa 400 erhöhte. Die Nachzügler sind meistens Kleinmeister, die von den Scharfmachern vorher systematisch bearbeitet wurden. Als man ihnen mit allem möglichen Terrorismus gedroht und schließlich für jeden Tag der Aussperrung A 20 in Aussicht gestellt hatte, zeigten sie sich dem Willen der Terroristen zugänglich. Wegen die Unternehmer, die trotz dieses verlockenden Angebots nicht aussperrten wollten, versucht man die Hungerpeinliche in Anwendung zu bringen. Die Kapitalisten entzogen ihnen das Bautapital und die Eisen- und Holzhändler weigern sich, die bestellten Träger, Schienen und das Bauholz zu liefern. Die „Münchener Post“ bemerkt dazu: „Als seinerzeit Wilhelm II. den Satz aussprach: Die schwerste Strafe dem, der einen andern an freiwilliger Arbeit hindert“, da brüllte die ganze deutsche Scharfmacherpresse Beifall. Und jetzt? Kein Staatsanwalt scheint in der brutalen Auslieferungstatist der Unternehmer etwas Unrechtes zu finden. Dafür leben wir in einem Rechtsstaate.“

**Fellermeier in Berlin.**

Einer Meldung der „Münchener Post“ zufolge befindet sich der Oberscharfmacher Fellermeier, der frühere Sekretär der Münchner Unternehmer, seit einigen Tagen in Berlin, wo er im Bureau des Deutschen Arbeitgeberbundes beschäftigt werden soll. Fellermeier, der bekanntlich um seine Pensionierung nachgesucht hat, hat ein Ruhegehalt von Mk. 6000 zu fordern. Das ist den Unternehmern offenbar zu viel, weshalb sie ihn vorläufig noch im Hauptbureau des Bundes beschäftigen. Später soll er beim Bunde der Metallindustriellen untergebracht werden, wenn — diese ihn überhaupt haben wollen. Zu diesen Scharfmachern würde er übrigens ganz gut passen.

**Abgeblitzt.**

Nachdem der Kampf einige Wochen gedauert hat, wird manchen Unternehmern die Geschäfte etwas ungenügend und langweilig. Es ist doch ein gar zu trostloser Anblick, wenn die Bauten öde und verlassen stehen, und es ist auch kein erhebendes Gefühl, wenn das Portemonnaie leerer und leerer wird und vorläufig gar keine Aussicht vorhanden ist, es wieder zu füllen. Schließlich muß man doch sehen, daß man wieder Leute bekommt, die einem etwas verdienen; denn auf die Dauer fällt die Ruhe der stärkste Mann nicht aus. Vernünftige Unternehmer heben deshalb die Aussperrung auf und stellen ihre bewährten Arbeitskräfte wieder ein; andere, die noch keine schlechten Erfahrungen gemacht haben, schicken Agenten auf den Streikbrecherfang ins Ausland; und wieder andere versuchen, sich im Kampf gegen die Arbeiter der Techniker zu bedienen. Ihnen mutet man zu, den brutal Ausgesperrten in den Rücken zu fallen. Glücklicherweise haben aber auch die Techniker heute soviel Standesbewußtsein, daß sie die Zumutungen der Bauterroristen entrüstet zurückweisen.

Wurden da kürzlich in der „Baugewerks-Zeitung“, wie so häufig, zwei Techniker gesucht, und zwar sollten solche bevorzugt werden, die schon praktisch als Maurer gearbeitet hatten. Einem Techniker, der sich um die vakante Stellung in der Erwartung bewarb, als praktischer Bauleiter Verwendung zu finden, ging das nachfolgende Schreiben zu:

Boizenburg a. d. E., den 22. April 1910.

Richard Ziegert  
Zimmermeister, Baugeschäft.

An Herrn A. N.  
Sie können sofort eintreten. Gehalt M. 100 bis 120. Sie müssen jedoch praktisch mitarbeiten, da ich infolge der Aussperrung außer einigen Technikern, welche auch mit praktisch arbeiten, nur Lehrlinge habe. Ich will Ihnen während Sie bei mir sind und nach der Aussperrung nach Kräfte zur Erlangung einer passenden Stelle behilflich sein. Größere Eisenbauten habe ich auch auszuführen. Weiteres über Lebensunterhalt. Sie werden jedoch als Techniker behandelt, und es wäre mir lieb, wenn Sie recht bald antreten würden.

Hochachtungsges. R. Ziegert.

Die „Deutsche Techniker-Zeitung“, die diesen stillvollen Brief enthielt, bemerkt dazu unter anderem:

Wir wollen hoffen, daß kein Verbandskollege sich durch dieses „verlockende“ Angebot bewegen läßt, Herrn Ziegert und andern, die es vielleicht wünschen möchten, nach der Seite hin zu Weilen zu sein. Der Geist, der aus dieser Zumutung spricht, ist gefährlich und beleidigend zugleich. Erst werden die einheimischen Bauarbeiter ausgesperrt, weil sie nicht bereit sind, sich einseitig von isolierten Unternehmern, die Vertragsbedingungen diktieren zu lassen, und dann in der höchsten Not, wenn den kleineren mitgeschleppten Bauunternehmern das Feuer aus den Mägeln brennt, hofft man, aus dem Stande der Techniker genügend Arbeitswillige hervorholen zu können. Darin müssen sich die Herren vom Arbeitgeberbund getäuscht sehen. Nicht nur, daß die allgemeine Arbeitnehmer-Solidarität daran hindert, in diesem gewaltigen Kampfe, über dessen Berechtigung das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, den Arbeitern in den Rücken zu fallen, auch schon der Einschüchterung wegen, die sich Herr Ziegert einem Techniker gegenüber erlaubt, müssen wir gegen das in dem Schreiben gestellte Unsinns auf schärfste protestieren. Kein organisierter Techniker, vorab kein Verbandskollege, dem das Ansehen des Technikerstandes noch von einigem Wert ist, darf an die Stelle der ausgesperrten Arbeiter treten. Mögen die Mitglieder des Arbeitgeberbundes ihren Kampf, der, wie das Beispiel Hamburg und Berlin zeigt, bei einigermaßen gutem Willen zum Wohle der Allgemeinheit hätte vermieden werden können, allein aussetzen.“

Diese Erwiderung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und wir können nur wünschen, daß sich die Techniker allgemein im Sinne dieser Abweisung verhalten.

In Magdeburg machen die Unternehmer jetzt ebenfalls Anstrengungen, Leute zu gewinnen, um ihre notwendigen Arbeiten fertigstellen zu lassen; da sie nach ihrem Beschluß nur Nichtorganisierte einstellen dürfen, so versuchen sie alles, um nützliche Elemente zu finden. Da die Bauarbeiter Magdeburgs eine gute Organisation haben und sich deshalb nicht von den Unternehmern ködern lassen, so suchen diese alle Winkel (Herbergen usw.) ab. Finden sie einen Gefellen und läßt sich dieser mündlich nicht überreden, so versuchen sie es schriftlich durch folgendes Schreiben:

An den Maurer  
Krommelsberg 2 (Herberge zur Heimat).

Sie können bei tüchtiger Leistung bei mir als Maurer sofort antreten, melden wollen Sie sich morgen, Sonnabend mittags, zwischen 1 Uhr und 12 Uhr, im Bauverein Königgräber Straße 21, Hof pl. links. Hochachtung A. B., jun.

Glück haben die Bauherren damit noch nicht gehabt; Denn die Arbeiterschaft Magdeburgs ist vollkommen solidarisch.

**Sie sehen es selbst ein.**

Mehr und mehr kommt man in Unternehmerrreisen doch zu der Überzeugung, daß die Aussperrung völlig verfehlt ist. So schreibt die „Deutsche Zimmermeister-Zeitung“:  
„Dieses Berliner Abkommen ist ein schwerer Schlag für die Sache der Unternehmer. Die Befristung liegt nahe, daß andere Städte folgen. Warum soll ihnen nicht recht sein, was Berlin billig ist! Die Mißstimmung ist daher auch in den Unternehmerrreisen sehr stark, namentlich in Süddeutschland... Heute kann bei der ganzen Aussperrung für die Unternehmer nichts mehr herauskommen, was den weiteren Kampf lohnend erscheinen lassen kann. Nach dem Beispiele von Berlin wird heute schon überall versucht, Sonderabkommen zu treffen, und in jeder Form wird die Aussperrung durch Strommänner durchbrochen.“

Ja, ja! Es ist eben viel leichter, mit großen und drohenden Worten um sich zu werfen, als diese Worte in Taten umzusetzen. Wir wußten von Anfang an, daß dem aus einem unbegreiflichen Machtvoller geborenen Tumult der Unternehmer das Gerüststücken folgen mußte. Daß dies schon nach vierwöchigem Kampfe der Fall sein werde, haben wir allerdings nicht zu hoffen gewagt. Die größten Scharfmacher scheinen allerdings noch nicht so weit zu sein; aber auch bei ihnen wird die Gerüststücken kommen, je später, desto gründlicher!

**Der Bund der Landwirte muß helfen.**

Die Angst der Unternehmer vor der Konturierung der Ausgesperrten läßt erstere auch Anschluß beim Bund der Landwirte suchen. Er soll verhindern, daß den Ausgesperrten auf dem Lande Arbeit übertragen wird. Diese Anregung wurde in den letzten Wochen von verschiedenen Unternehmern gegeben, unter anderem auch auf der außer-

bedentlichen Generalversammlung des Nordwestdeutschen Bauernvereins...

...daß die ausgesperrten Arbeiter von den Landwirten aufgenommen und zur Ausführung von Reparaturen benutzt werden...

Die Leitung des Bundes der Landwirte ist natürlich gern bereit, im Sinne dieser Wünsche zu wirken. Der Vorsitzende des Provinzialvereins des Bundes der Landwirte in Schleswig-Holstein...

Nachdem vorstehendes bereits geschrieben war, erhielten wir die Mitteilung, daß auch der Bundesvorstand selbst eine große Aktion unternommen hat...

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe G. B. Geschäftsamt: Berlin W 9, Linstr. 32, I. Berlin, den 10. Mai 1910.

An die Landes-, Bezirks- und Ortsverbände des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Wir haben an die Vertretungen der Landwirtschaft das in Abschrift beifolgende Rundschreiben versendet...

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. B. Felsch, D. Enke, C. Wehrns.

Das Rundschreiben an die "Vertretungen der deutschen Landwirtschaft" oder, wie es die Unterverbände betiteln, "An die Herren Landwirte" hat folgenden Wortlaut:

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. (Eingetragener Verein.) Geschäftsamt: Berlin W 9, Linstr. 32, I. Berlin, im Mai 1910.

An die Vertretungen der deutschen Landwirtschaft. Das deutsche Baugewerbe befindet sich im Kampf mit den Arbeitgeberorganisationen und hat zur Ausperrung aller den Organisationen angehöriger Arbeiter schreiten müssen...

Die Landwirtschaft hat wohl das allergrößte Interesse daran, daß die Löhne nicht zu gering werden. Was würde wohl ein Landwirt dazu sagen, wenn mitten in der Ernte seine Arbeiter die Arbeit verweigern, höhere Löhne fordern...

Wir bitten, auf Ihre Mitglieder noch nachdrücklich und schnellstens einzuwirken, daß keine ausgesperrten Bauarbeiter irgendwie von den Landwirten beschäftigt werden.

des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Aus diesem Rundschreiben ist zunächst ersichtlich, daß den Unternehmern mit dem Bundesvorstand an der Spitze die Konkurrenz der Ausgesperrten riesig im Magen liegt.

mit zwei Gegenschritten beantwortet werden. Um das zu erreichen, müssen alle Kräfte angepannt, alle irgendwie Erfolg versprechenden Mittel versucht werden.

Ausperrungsberichte.

In Baden verlautet aller Voraussicht nach die Ausperrung für die Unternehmer erfolglos. Der kürzlich auf dem Delegiertentag in Offenburg gefasste Beschluß, am 7. Mai alle noch beschäftigten unorganisierten Bauarbeiter auszusperrn...

Gau Bremen. Die Ausperrung im Gau Bremen zeitigte bis zum 10. Mai folgendes Resultat: Es wurden in 16 Zweigvereinen mit 3955 Mitgliedern 1301 Mitglieder ausgesperrt.

Die mit Fragezeichen vermerkten Rubriken konnten nicht ausgefüllt werden, weil die betreffenden Zweigvereinsleitungen trotz wiederholter Aufforderung bis zum 14. Mai noch nicht berichtet hatten.

Heute denkt wohl auch in München längst kein Unternehmer mehr daran, daß die Gewerkschaften das famose Vertragsmuster annehmen werden. Zur Kontrolle meldeten sich am 14. Mai 956 ausgesperrte Kollegen...

Gau Magdeburg. Daß die großspurig aufgefingende Ausperrung auch im Gau Magdeburg bei weitem den Umfang angenommen hat, wie sie von den Schachtmachern gewünscht wurde...

Table with columns: Ortsname, Die Ausperrung erfolgte am, Es haben Unternehmer nicht mit der Ausperrung eingeleitet, Zur Kontrolle meldeten sich, In Arbeit waren am 12. Mai. Rows include: Aischersleben, Barch, Barmburg, Blantenburg, Burg, Dessau, Egeln, Giesleben, Gademersleben, Halberstadt, Hötensleben, Kalbe a. d. S., Magdeburg, Neuhaldensleben, Oschersleben, Quedlinburg, Salzwehde, Seehausen, Stappfurt, Stenaf, Thale, Wernigerode, Zörbig.

Die mit Fragezeichen vermerkten Rubriken konnten nicht ausgefüllt werden, weil die betreffenden Zweigvereinsleitungen trotz wiederholter Aufforderung bis zum 14. Mai noch nicht berichtet hatten.

Gau Stettin. Im Gau Stettin wird der "große Krieg" von unsern Gegnern mit recht kleinen Mitteln geführt. Im Kreise Arnswalde setzte sich der Landrat v. Meyer ausgerechnet am 15. April 1910 mit seiner im "Grundstein" veröffentlichten Bekanntmachung...

wollte man die Leute ködern. So niedrig schätzten die Unternehmer ihre Vertrauensleute ein. Sie mußten denn auch einige recht unangenehme Wahrheiten einflößen und blühten trotz der Lockung mit Monatsgehalt ab. — In G ü l t h o u mußte wegen Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen zum Streik geschritten werden. — Für den Bezirk G o l b e r g boten die Unternehmer in einer am 14. April stattgefundenen Sitzung für dieses Jahr nichts, für 1911 1/2 % und für 1912 1/4 % mit einer Vertragsdauer bis 1. April 1913. Das Angebot wurde abgelehnt, und am 19. April erfolgte prompt die Aussperrung. Nach einigen Tagen hob die Firma Beller & Maas die Aussperrung auf und schloß einen dreijährigen Vertrag mit uns, der 5/8 % Lohnerhöhung vorsieht. Am 14. April hatten sich auf die Einladung der Meister die Poliere zwecks Gründung eines Polierverbandes versammelt. Selbstverständlich machten wir hierbei mit, und es kam zu sehr interessanten Auseinandersetzungen zwischen dem Gewerkschaften und den Unternehmern Moritz und Josephson. Der Erfolg war, daß die 16 Poliere eine Woche lang mit ihren Kollegen gemeinsame Sache machten, dann aber lockten Monatsgehalt usw., und heute stehen sie wieder bei ihren Meistern. — In G e l l i n boten die Unternehmer in den am 18. und 22. April stattgefundenen Verhandlungen für 1910 nichts, für 1911 1/4 %, für 1912 1/4 % mit Gültigkeit des Vertrages bis zum 1. April 1913. Dieses grobartige Angebot wurde abgelehnt, und am 25. April erfolgte die Aussperrung. Fünf Unternehmer bewilligten sofort 2/3 % Lohnerhöhung und beteiligten sich nicht an der Aussperrung. Trotz Lokaltreue stehen die Göttinger in gewohnter Weise. — In K e u s t e t t i n wurde geschlossen ausgesperrt. Bei einer am 19. April auf Antrag der Unternehmer stattgefundenen Verhandlung zeigten diese, daß sie gar nicht wußten, warum sie ausgesperrt haben. — In M e u b a n d e n b u r g sind die Unternehmer so tapfer, daß sie 20 Maurer — teils organisiert — in Arbeit behalten haben, um die dringendsten Arbeiten fertigzustellen. — In M e i s t e r s d o r f wurde nach dreitägiger Aussperrung unter Zugbilligung von 2/3 % Lohnerhöhung der bisherige Vertrag bis zum 1. April 1911 verlängert und sämtliche Leute wieder eingestellt. Ohne die Aussperrung hätten wir einen so schnellen Erfolg nicht erreicht. — In S t a r g a r d i. M i d l b g. ist 20 Kollegen das Herz in die Hosen gerutscht, sie folgten den braven Amtmeistern, so daß nur ein Teil der Kollegen ausgesperrt ist. In die Arbeit gelassenen Maurer feierten am 6. Mai in altgeohnter Weise Quartal mit Meisterständen usw. Dies müßte alle Hinstürker erlebte haben, solcher Lumperei waren die nicht fähig. — In S t a r g a r d i. P o m. zeigen sich verdamte Erscheinungen. Unsere Mitglieder sind ausgesperrt, während sich die Mitglieder des Fachvereins mit einem Lohn von 40 % bis 48 % einverstanden erklären und in Arbeit blieben. — Die Stettiner Pücker legen zugunsten der ausgesperrten Maurer die Arbeit nieder. Am 6. Mai fand auf Veranlassung des Gewerbevereins eine Einleitung von Verhandlungen statt. Die Unternehmer Sperling und Sandmann erklärten, daß vor dem Zustandekommen eines Vertragsnunters keine öffentliche Verhandlung möglich sei. Die Vertreter der drei Arbeiterorganisationen, Schauer, Richter, Michaelis, erklärten sich zu öffentlichen Verhandlungen unter Ausschaltung jedes Meisters bereit. Der zweite Arbeitgeberverband wollte im trüben fischen. Er bot vom 1. Juli 1910 an 2/3 % Lohnerhöhung bei dreijähriger Vertragsdauer. Das zweite Angebot lautete: vom 1. Juli d. J. an 3/4 %, vom 1. Juli 1911 an weitere 2/4 %, mit einer Vertragsdauer bis 1. April 1913. Unser Ersuchen um weitere Verhandlung ist am 9. Mai mit der Aussperrung beantwortet worden. — In S t r a l s u n d ist auch nur „ehrenhalber“ ausgesperrt worden. Die Mehrzahl der Kollegen arbeitet zu einem Stundenlohn von 50 % unter einem im Herbst 1909 abgeschlossenen Vertrag. — In S w e i n e m i n d e. P a n i n lehnten die Unternehmer die Vermittlung des Bürgermeisters ab. Seit dem 1. April besteht dort der Kampf. Am Kurhausbau haben die Meister eine Entsetzungsrang angefangen. — W o l g a t hat, wie schon gemeldet, einen dreijährigen Vertrag mit 3/4 % Lohnerhöhung. — In W o l d e g i t ist die Aussperrung geschlossen erfolgt. Seit zehn Jahren hat man sich dort ohne ArbeitsEinstellung verständigt, jetzt erfolgt „ehrenhalber“ die Aussperrung.

Aus B r e s l a u teilt man uns mit: Die Aussperrung ist für die Unternehmer des Baugewerbes auch hier verloren, das fangen die Unternehmer jetzt sachte an einzusehen. Die Zahlen des Herrn Wolfram ändern daran nicht das geringste. Wie es damit bestellt ist, das zeigen einige Beispiele. Wolfram gibt in einer seiner letzten Aufstellungen für Breslau 4000 ausgesperrte an, die beteiligten Organisationen bekommen aber beim besten Willen keine 2000 heraus; wo mag nun Wolfram die anderen 2000 verreckt haben? Für Waldenburg sind 637 angegeben, nach unsern Aufstellungen über 300 zuviel! In Reize sollen 310 ausgesperrt sein, in Wahrheit ist es beim Zentralverband der Maurer 57, beim Christlichen Verband 86, bei den Zimmerern 9, zusammen also 102; denn die Bauarbeiter sind nicht organisiert und auch nicht ausgesperrt. So geht es mit Reize weiter und man kann über Wolframs Zahlen nur lachen. Uns kann es ja nur recht sein, wenn man sich im Unternehmerlager selbst günstiger Zahlen vorzuzieht als sie in Wahrheit sind. Aber auch diese Mäuschen verlangen nicht mehr und können es nicht hindern, daß die Matten bezogen, das stinkende Schiff zu verlassen. Außer Herrn Haule dem zweiten Vorsitzenden des Breslauer Verbandes, der in Breslau stammend ausgesperrt, in Salzbrenn aber ruhig mit Organisierten weiter arbeiten ließ, kommt jetzt auch Baumeister Freitag, der Vorsitzende seiner Organisation für Breslau-Land hinzu. Herr F. hat eine Menge organisierte Maurer und Zimmerer beschäftigt. Einer seiner Poliere fordert unsere Leute auf, an die Arbeit zu kommen, und auf die Entgegnung, daß sie doch organisiert seien, meinte er: „Was geht denn das mich und andere Leute an? Das brauchen doch wir nicht zu wissen.“ Die Firma Preuß & Podubitz-Breslau schreibt an ihre organisierten Leute Karten, sie möchten in Arbeit kommen. Auch bei Herrn Haule haben Organisierte wieder angefangen, trotzdem Haule wissen muß, daß die Leute organisiert sind; denn keiner verleugnet seine Organisation. Wir könnten die Liste auch noch beliebig verlängern. Was soll denn da erst nach den Feiertagen werden? Ja, ja, heute noch auf stolzen Massen, morgen . . .

Im G r ü n l i c h e r Zweigereinsgebiet haben sich 14 Baugesellschaften überhaupt nicht an der Aussperrung beteiligt. In diesen Gesellschaften stehen in Arbeit: 8 Poliere, 119 Maurer und 80 Bauhilfsarbeiter. 10 Unternehmer haben ausgesperrt. Bei diesen fünf beschäftigt: 22 Poliere, 48 Maurer, 26 Lehrlinge und 80 Bauhilfsarbeiter. Unter den 48 Maurern, die als Arbeitslose anzupreisen sind, befinden sich nur 7, die vorher der Organisation angehört haben und abtrünnig geworden sind. Die übrigen „Arbeitswilligen“ haben keiner Organisation angehört. Von den ausgesperrten Maurern sind nur noch 50 außer Arbeit. Die übrigen sind teils in Götting, teils außerhalb bei Unternehmern beschäftigt, die sich nicht an der Aussperrung beteiligen. Das Resultat zeigt, daß der von der Unternehmerorganisation vom Jahre gebrochene Kampf auch hier nicht den Umfang angenommen hat, den er nach den Ankündigungen der Scharfmacher haben sollte. Der größte Teil der Unternehmer, die den Scharfmachern gefolgt sind, wird mitsamt, weil er sozusagen seine Haut zu Markte tragen muß, während die mehr geschäftstüchtigen Unternehmer ihre Arbeiten weiter fördern. Die Anstrengungen der Führer der Unternehmerorganisation, immer mehr Unternehmer zur Aussperrung zu bewegen, haben nur wenig Erfolg. Für die Arbeiterorganisationen ist also die Situation günstig. Von einem Kleinritt ist bei den Arbeitern nichts zu spüren. Sie sind der Auffassung, daß die Arbeiterschaft den ihr aufgegebenen Kampf — selbst wenn er noch monatelang dauert — mit aller Schärfe weiterführen muß, bis die Unternehmer bereit sind, einen ehrlichen Frieden zu schließen.

Die Aussperrung im G e l b e r f e l d e r Zweigereinsgebiet entspricht, wie überall, den Wünschen der Scharfmacher nicht. Zwar waren in den beiden Wupperstädten und in Schwelm anfänglich etwa 70 pSt. der Stellen ausgesperrt; aber die ländlichen Gebiete verlagten fast vollständig, und in den Orten B e l b e r t, W e i g e s, R a n g e n b e r g, G r u i t e n, W o l f r a t h, M e t t m a n n und G r o r e n b e r g wurde überhaupt nicht ausgesperrt. In R o n s d o r f nur nur wenige ansässige Maurer sind, reifen fast alle der vor der Aussperrung dort beschäftigten Maurer in ihre Heimat, so daß in diesem Ort zurzeit nur zwei ausgesperrte sind. In S c h w i n k e l arbeitet zurzeit über die Hälfte unserer Kollegen bei nichtorganisierten und organisierten Unternehmern weiter. Die Plattenunternehmer haben sich in der ersten Woche nur zum Teil an der Aussperrung beteiligt. Erst in der zweiten Woche gingen zwei dieser Firmen dazu über, ihre Betriebe gänzlich stillzulegen, während sich zwei Firmen an der Aussperrung überhaupt nicht beteiligten. Die beiden aussperrenden Firmen haben jedoch am 11. Mai die Aussperrung durch eine unserer Organisationsleitung gegebene offizielle Erklärung aufgehoben. Wie wir hören, soll die Materialsperrung jetzt in anderer Form weitergeführt werden. Baumaterialien sollen nämlich nur gegen Nachnahme geliefert werden. Wäre die Konjunktur, die ja in den beiden Städten immer erst in den Nachsommer fällt, in vollem Gange, so wäre nach unserer Ansicht heute von der Aussperrung wohl nichts mehr zu spüren, trotz Notstandskommission und wie die übrigen Kommissionen des Schutzverbandes alle heißen. Die Konjunktur ist aber noch sehr jung, weil die überjährigen Bauten fast alle fertiggestellt sind und neue Bauten unter den gegebenen Verhältnissen, soweit die Aussperrungsfrage kommen, nicht angefangen werden. Der hiesige Schutzverband der Unternehmer arbeitet in der hiesigen Presse mit genau denselben verlogenen Mitteln wie überall. Trotzdem sind unsere Kollegen alle vom besten Geiste befeuert und hoffen, wenn auch nicht auf einen baldigen, so doch auf einen vollständigen Sieg auf der ganzen Linie.

### Rechte und Pflichten im menschlichen Zusammenleben.

Seit Jahrtausenden bemüht sich die Menschheit um die Aufgabe, das menschliche Zusammenleben derartig zu regeln, daß es den Anforderungen der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Moral entspricht. Das große Ziel, ein Zusammenleben zu schaffen, in dem das größtmögliche Glück für die größtmögliche Anzahl von Menschen gewährleistet wird, ist, obwohl der ringenden Menschheit in mehr oder minder hellem Lichte vor, und die führenden Geister aller Zeiten und aller Völker haben ihre Kräfte in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Das, was wir Sozialismus in landläufigen Sinne nennen, ist ja weiter nichts als das bewußte und planmäßige Streben der Menschheit nach einer höheren Stufe der Entwicklung zu haben und dadurch für eine Neuordnung ihres Zusammenlebens zu sorgen zu machen. Dieses Höherstreben, man könnte sagen, dieses mühselige Emporklimmen der Massen, muß sich natürlich auf allen Gebieten vollziehen, auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem, rechtlichem, geistigem und moralischem Gebiete, weil alle diese Faktoren das menschliche Zusammenleben beeinflussen. Grundlegend sind allerdings die wirtschaftlichen Faktoren, weil von der wirtschaftlichen Struktur eines Volkes die anderen Zusammenhänge bedingt werden, weshalb denn auch der moderne Sozialismus von der gründlichen Umgestaltung des Wirtschaftslebens aus an die Lösung der anderen Probleme herantritt.

Was einem denkenden Beobachter des menschlichen Zusammenlebens am ehesten auffällt und was einen fühlenden Menschen am schmerzlichsten berührt, das ist die Ungerechtigkeit, die sich überall bemerkbar macht. Die Frage über das schreiende Unrecht, das dem einen Menschen von dem andern, der einen Gruppe von der andern angetan wird, hallt laut durch die Jahrtausende; sie ertönt in den Schriften der griechischen Sozialphilosophen und in den Predigten der jüdischen Propheten, sie macht sich vernehmbar in den Flugbüchern der mittelalterlichen Reher und sie zieht sich wie ein Leitmotiv durch die Reden der modernen Vaganten. „Es gibt keine Gerechtigkeit mehr in der Welt!“ so schallt es uns überall entgegen, und sehnsüchtig richtet sich der Blick des Menschenfreundes in die Zukunft, die uns das Reich der Gerechtigkeit und der Liebe bringen soll.

Der altgriechische Philosoph Aristoteles hat drei Grundprinzipien des menschlichen Zusammenlebens aufgestellt und dadurch der Menschheit den Weg gewiesen, den

sie zu gehen hat. Das erste und niedrigste Prinzip ist das Prinzip der Heberverteilung, der Ausbeutung der Ungerechtigkeit, des Kampfes aller gegen alle. Jeder Mensch sucht seinen Nebenmenschen zu seinen egoistischen Zwecken zu mißbrauchen, um möglichst viel Vorteil aus ihm herauszuquetschen; er freizeit bezugs und rücksichtslos über fremdes Lebensglück dahin, um sein eigenes Glück zu wahren. Homo homini lupus — der Mensch ist ein Wolf für den andern Mensch; dieser Spruch verleiht diesem Zustande Ausdruck, oder wie sich ein alter Bauer einmal dröhnend ausdrückte: „Es gibt keinen Deibel, aber der eine Mensch ist dem andern sein Deibel.“ Das zweite, höhere Prinzip ist das Prinzip der Gerechtigkeit, jene sittliche Bestimmung, die das eigene Interesse mit dem Interesse der andern nach Möglichkeit auszugleichen sucht. Im Gegensatz zu jener antijohannalen Auffassung, die nur das Recht der Stärkeren kennt, soll der von dem Prinzip der Sozialgerechtigkeit erfüllte Mensch überall, wo er mit andern Menschen zusammentritt, wo es sich um die Zuteilung von Vorteilen und Nachteilen handelt, die verhältnismäßige Gleichheit walten lassen, indem er weder von den Vorteilen sich selbst zu viel und dem Mitmenschen zu wenig, noch von den Nachteilen sich selbst zu wenig und dem andern zu viel auneuert, sondern sich ehrlich um das richtige Mittel bemüht. Das dritte und höchste Prinzip ist das Prinzip der Menschensliebe, das darin besteht, daß man seinem Nebenmenschen, nicht nur Dienst im Gegendienst erweist, sondern daß man ihm mit Liebeserweisungen zuborunmt und daß man ihm Wohlwollen erzeigt, ohne auf Belohnungen zu hoffen.

Wie öftert wir von dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit auch heute noch entfernt sind, von dem Prinzip der allumfassenden Menschensliebe ganz zu schweigen, ist allgemein bekannt. Auch heute noch herrscht das Prinzip der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, und die Ungerechtigkeit drückt all unsern Zuständen ihren Stempel an. Aber immer von neuem wieder macht die Menschheit Vorläufe, durch materielle Sebung und geistige Berechtigung der Massen das menschliche Zusammenleben auf eine neue Basis zu stellen. Überall spritzen die Keime eines neuen Menschtums hervor, und wenn es auch unglückliche Mühe und Arbeit kostet, diese Keime zu Blüten und Früchten zu entwickeln, so darf man doch wohl ohne Uebertreibung sagen, daß in diesem Kulturkampf ganz bedeutende Erfolge erzielt worden sind.

Die große Schwierigkeit der Neugestaltung des menschlichen Zusammenlebens hat zunächst ihre Ursache darin, daß der lebensvolle Organismus, den wir Menschheit nennen, so außerordentlich verwickelt und vielfeitig ist, daß er sich nicht nach einem beliebigen Schema regeln und modeln läßt. Jeder gibt es auf sozialem Gebiete, fast mehr noch als auf mechanischem Gebiete, zahllose Quasialber und Wunderoffen, die ein Universalmittel anpreisen, mit dem sie alle Schäden der Menschheit von einem Punkte aus radikal kurieren wollen. Man lese nur die Traktatien dieser Pflücker, in denen sie unter Aufbietung einer großen Rhetorik ihre alleinigmachende Methode der staunenden Mitwelt empfehlen und sich erheben, die soziale Frage im Sandumdröhen zu lösen. Und dabei bedeutet die Lösung der sozialen Frage nicht mehr und nicht minder als die Regelung des menschlichen Zusammenlebens nach den Prinzipien der Vernunft, der Gerechtigkeit und des Sozialismus. Daher ist denn auch die soziale Frage so ungeheuer kompliziert, und jedem, der an sie herantritt, zeigt sie ein anderes, wechselndes Gesicht.

Natürlich ist die soziale Frage in erster Linie eine materielle Frage, eine Wagenfrage, die man sie treffend genannt hat. Nach dieser Richtung hin bedeutet also die Lösung der sozialen Frage eine Neuregelung des Wirtschaftslebens in technischer und moralischer Beziehung; eine planmäßige Produktionsweise, die mit den vollkommensten Mitteln der Wissenschaft und Technik arbeitet und deshalb den höchstmöglichen Arbeitsertrag gewährleistet, und eine gerechte Verteilungsweise, die jedem das gibt, was ihm zukommt. In einer solchen Wirtschaftsweise wird jede Kräftevergeudung und Kräfteverschwendung geschwinden und eine Möglichkeit, andere Menschen auszuwenden, wird es nicht mehr geben. Dieser Teil der sozialen Frage schließt verschiedene Einzelfragen in sich: die Wohnungsfrage und die künstlerische Ausgestaltung der Wohnung; die Ernährungsfrage und die Frage nach einer gesunden Lebensweise; die Arbeitsfrage, die sich mit der Länge der Arbeitszeit und dem Grade der Intensität beschäftigt; die Frage nach einer Abwechslung zwischen geistiger und mechanischer Arbeit usw. Alle diese Fragen deuten auf die materiellen Bedürfnisse des Menschen hin und suchen sein körperliches Wohlbefinden zu heben. Darneben drängen sich auch Fragen geistiger respektive sozialgeistiger Art auf. In diesem Sinne ist die soziale Frage eine Bildungs- und Erziehungfrage, eine Schulfrage und eine wissenschaftliche, künstlerische und moralische Frage. Und endlich taucht im Hintergrunde die sexuelle Frage in all ihrer gewaltigen Wichtigkeit auf: die schwerwiegende, die tiefsten Tiefen des inneren Menschen aufwühlende Frage, wie sich die geschlechtlichen Beziehungen der Menschen untereinander gestalten sollen.

### Von der Lebenshaltung der Metallarbeiter.

In den Nummern 9 und 10 des „Grundstein“ brachten wir eine Besprechung der vom Statistischen Amt des Deutschen Reiches vorgenommenen Erhebungen von Wirtschaftserhebungen größerer Bevölkerungsteile, wobei die Lebenshaltung der Maurer besonders berücksichtigt war. Die Zahl der Maurer, die sich an den Erhebungen beteiligten hatten, betrug allerdings nur 41, von denen obenreine alle bis auf zwei in Großstädten wohnten, so daß die von ihnen vorkommenden Zahlen ein Bild

von der eigentümlich mit in richtiger noch in weite; faulstaben den in den untere überer Dant zu den fonderb was am groß nicht bi objektiv gewinn haltung Jahr in gegeben fall) Familien stand) von- der hebung den ein Die e heitlich D auf M. 989 haltung ab, w M. 67, den in die Gründ Höhe einem ab, be M. 120 schmitt des J. D. aus B. Verbie M. 55, gefam haltung des M arbeit Einmal quellen D. Faust absolu — au Lebens herbor Gk in Die tr samta Wale schau M. 106 Wiltun Schull M. 24, die W. gegeb Wohn die dr für a Bon ausge Auf s lundh Wiltun in be für B. Magr M. 19, M. 87, M. 23, M. 25, M. 26, M. 27, M. 28, M. 29, M. 30, M. 31, M. 32, M. 33, M. 34, M. 35, M. 36, M. 37, M. 38, M. 39, M. 40, M. 41, M. 42, M. 43, M. 44, M. 45, M. 46, M. 47, M. 48, M. 49, M. 50, M. 51, M. 52, M. 53, M. 54, M. 55, M. 56, M. 57, M. 58, M. 59, M. 60, M. 61, M. 62, M. 63, M. 64, M. 65, M. 66, M. 67, M. 68, M. 69, M. 70, M. 71, M. 72, M. 73, M. 74, M. 75, M. 76, M. 77, M. 78, M. 79, M. 80, M. 81, M. 82, M. 83, M. 84, M. 85, M. 86, M. 87, M. 88, M. 89, M. 90, M. 91, M. 92, M. 93, M. 94, M. 95, M. 96, M. 97, M. 98, M. 99, M. 100.

von der Durchschnittslebenshaltung der Maurer nicht geben. Will man ein solches Bild erhalten, so muß man die Lebenshaltung der Maurer sowohl in den Großstädten als in den Mittel- und Kleinstädten und auf dem Lande berücksichtigen. Eine Statistik, die das tut, liegt bis heute aber noch nicht vor, obwohl dies zweifellos sehr wünschenswert wäre; denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß fortwährende detaillierte Aufzeichnungen der Einnahmen und Ausgaben größerer Arbeiterkreise ein vorzügliches Mittel sind, um den Unterschied zwischen der Bewegung des Lohnverhältnisses und der der Lebensmittelpreise usw. festzustellen. Sie gewähren außerdem einen guten Einblick in den Umfang und die Art des Güterverbrauchs und die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Familien.

Die Statistik des Arbeiterstandes gehört also nicht nur zu den wichtigsten Aufgaben einer guten Wirtschaftspolitik, sondern auch die Arbeiterorganisationen haben an ihrer Pflege das größte Interesse. Deshalb ist es nur zu begrüßen, daß zunächst der Vorstand des Metallarbeiterverbandes in der Mühe und die Kosten seiner, um ein einigermaßen objektives Bild von der Lebenshaltung der Metallarbeiter zu gewinnen. In einer Broschüre gab er vor einiger Zeit 320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern bekannt, die je ein volles Jahr ihre Aufzeichnungen gemacht haben.

Bei den 320 Haushaltungen, deren Rechnungen wiedergegeben sind, stand an der Spitze (mit Ausnahme von einem Fall) ein Ehepaar, und im Durchschnitt kommen auf jede Familie 2,77 Kinder. Die Kopfstärke der Haushaltungen ist etwas höher als der Reichsdurchschnitt. Arbeitslosigkeit und Krankheit sind bei den Proletariats-fähigen Gassen und auch von den 320 Haushaltungsrechnungen sind im Laufe des Rechnungsjahres 125 krank und 133 arbeitslos gewesen. Auf den einzelnen entfallen 27 Krankheits- und 33 Arbeitslosentage. Diese Werte fallen auf das Haushaltungsbudget von erheblichem Einfluß.

Die Gesamteinnahme sämtlicher Haushaltungen belief sich auf M. 593 882,99, während die Gesamtausgabe M. 584 090,59 betrug. Es war also ein budmässiger Ueberschuß von M. 9922,40 vorhanden. In Wirklichkeit stiehehen 228 Haushaltungen mit einem Ueberschuß von durchschnittlich M. 70,45 ab, während 91 Haushaltungen in durchschnittlicher Höhe von M. 67,58 aufwießen. Die Höchstziffer sind in erster Linie bei den niedrigen Einkommen und bei den Städten zu beobachten, die gebürde Höhe haben, und in denen aus irgendwelchen Gründen die sonstigen Einnahmen der Familien eine gewisse Höhe nicht erreichen konnten. Von den 12 Haushaltungen mit einem Einkommen von M. 1200 stiehehen 8 mit Höchstbeträgen ab, von den 80 Haushaltungen mit einem Einkommen von M. 1200 bis M. 1800 haben 28 Höchstbeträge, während der durchschnittliche Ueberschuß in dieser Einkommensstufe am Schluß des Jahres nur M. 4,57 beträgt.

Die durchschnittliche Einnahme eines Haushaltes beträgt aus dem Arbeitsverdienste des Mannes M. 1486,04, aus dem Verdienst-Familienangehöriger M. 178,96, aus Unterhaltungen M. 55,74 und aus sonstigen Einnahmen M. 136,45 oder insgesamt M. 1856,19 pro Jahr. Nur einige wenige Haushaltungen haben ihre Ausgaben voll aus dem Arbeitsverdienste des Mannes bestreiten können, die Mehrzahl war auf die Mitharbeit der Familienangehörigen, auf Unterhaltungen und andere Einnahmen angewiesen und hätte ohne diese Nebenverdienquellen absolut nicht auskommen können.

Die durchschnittliche Gesamtausgabe betrug M. 1825,28 pro Haushalt. Rund 85 pZt. dieser Summe mußten für die absolute Lebenshaltung — für Nahrung, Kleidung und Wohnung — aufgewendet werden, und zwar für eine sehr kümmerliche Lebenshaltung, das geht deutlich aus dem gewonnenen Material hervor. Die Gehaltung der Ausgaben ergibt folgendes Bild: Es wurden im Durchschnitt pro Haushalt verausgabt: für die in Klammern gesetzten Zahlen bedeutet der Prozent der Gesamtausgabe) Nahrungs- und Genussmittel M. 975,42 (53,44), Miete und Steuern M. 264,09 (14,47), Kleidung, Neuanfertigung, Reparaturen M. 235,11 (12,88), Not- und Hilfsorge M. 109,79 (6,01), Heizung und Beleuchtung M. 77,73 (4,28), Bildung und Unterhaltung M. 37,79 (2,07), Fahrgehalte und Schulbedarf M. 29,90 (1,64), Gesundheits- und Körperpflege M. 24,19 (1,33) und für Sonstiges M. 71,26 (3,90). Mehr als die Hälfte des Einkommens mußte also für Nahrung ausgegeben werden, ein Fünftel des Einkommens verfliegen bei den Wohnungsmieten und die Heizung, rund 13 pZt. wurden für die dringlichsten Neuanfertigungen und Reparaturen gebraucht, für alle übrigen Zwecke blieben schließlich nur noch 15 pZt. Von diesem Betrag wurden 6 pZt. für Verfertigungszwecke ausgegeben (Sterbe-, Unfall-, Lebens-, Kinder-Verfertigungen). Auf Fahrgehalte und Schulbedarf kommen 1,64 pZt., auf Gesundheitspflege 1,33 pZt. und nur 2,07 pZt. entfallen auf Bildung und Unterhaltung.

Eine Zergliederung der Ausgaben und eine Betrachtung in bezug auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit ist nur für die Nahrungsmittel möglich. Die Durchschnittsausgabe für Nahrungsmittel betrug pro Haushalt: für Brot und Mehl M. 194,39, Kartoffeln M. 34,32, Milch- und Süßwaren M. 87,76, Kaffee, Tee und Kakao M. 32,58, Eier M. 28,91, Gemüse, Hülsenfrüchte, Suppe M. 40,51, Gewürze und Zucker M. 32,28, Obst und Eingemachtes M. 22,27, Fleisch, Würst, Fische M. 254,49 und für Butter, Käse, Fett usw. M. 132,22. Bei Betrachtung der einzelnen Posten ist zu beachten, daß es sich um den Verbrauch von Familien handelt, die sich im Durchschnitt aus 4,87 Köpfen zusammensetzen. Wenn die Beträge auf den Wochen- oder Tagesverbrauch umgerechnet werden, ergeben sich ganz minimale Summen.

Aber erst eine Betrachtung der Ausgaben nach Einkommensstufen gibt ein richtiges Bild von der Dirlichkeit der Lebenshaltung der Mehrzahl der Familien. Von den Budgets betragen sich 181 = 57 pZt. unter der Durchschnittseinnahme von M. 1856,19, während 131 = 43 pZt. über diesem Durchschnitt stehen. Die jährlichen Gesamteinnahmen betragen bei 12 Familien weniger als M. 1200, bei 80 weniger als M. 1200 bis 1600, bei 116 weniger als M. 1600 bis 2000, bei 91 weniger als M. 2000 bis 2500 und bei 21 mehr als M. 2500.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der Verdienst der Familienangehörigen einen wesentlichen Beitrag zum Einkommen liefern muß. Die Notwendigkeit dieses Aufschusses resultiert aus dem Umstande, daß das Verdienstverhältnis des Mannes bei der Mehrzahl der Haushaltungen äußerst niedrig war. Dasselbe betrug bei 64 Budgets weniger als M. 1200,

bei 145 Budgets M. 1200 bis M. 1600 und bei 76 Budgets M. 1600 bis M. 2000, nur 85 erreichten einen Verdienst von mehr als M. 2000. Wird das ermittelte Durchschnittseinkommen als notwendiges Minimum für die Bestreitung der Lebenshaltung einer dierdöpfigen Familie angenommen, dann würden 90 pZt. der Familien außerstande gewesen sein, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, wenn sie nicht außer dem Lohn des Familienoberhauptes noch andere Einnahmen gehabt hätten. Es ist klar, daß mit der Steigerung des Einkommens auch die Ausgaben wachsen, aber das geschieht nicht gleichmäßig. Bei den vorliegenden Haushaltungsrechnungen beträgt die durchschnittliche Ausgabe in der Einkommensstufe von unter M. 1200 M. 1145,98, bei M. 1200 bis 1600 M. 1440,69, bei M. 1600 bis 2000 M. 1759,02, bei M. 2000 bis 2500 M. 2148,56 und bei über M. 2500 M. 2643,95.

Die Steigerung in den Ausgaben von der niedrigsten zur höchsten Einkommensstufe beträgt rund 131 pZt., die Ausgaben für Nahrungsmittel steigen aber nur um 117 pZt., die für Heizung und Beleuchtung um 84 pZt., die für Verfertigungszwecke um 91 pZt., dagegen hat sich die Wohnungsausgabe um 154 pZt. erhöht; die Ausgaben für sonstige Zwecke steigen um 157 pZt. und die für Kleidung und Neuanfertigung um 168 pZt. Bemerkenswert ist namentlich, daß die Nahrungsmittelausgabe sich nicht steigert wie die Gesamtausgabe. Ein Beweis dafür, daß die höheren Einkommen für Nahrung infolge ihrer größeren Kopfzahl relativ nicht dieselben Aufwendungen machen können wie die Haushaltungen mit geringeren Einkommen.

Genaue Schlüsse auf die Lebenshaltung sind nur möglich, wenn die Ausgaben auf den Kopf der Beteiligten umgerechnet werden. Die Haushaltungen stellen Verbrauchsgemeinschaften dar, die in bezug auf Zahl, Alter und Geschlecht ihrer Mitglieder wesentliche Abweichungen aufweisen. Um eine genaue Vergleichen der Haushaltungsrechnungen zu ermöglichen, ist es notwendig, einen einheitlichen Ausdruck für die Verbrauchstärke der Familien zu gewinnen. Das früher übliche Verfahren, um zu einer solchen Konjunktionsziffer zu gelangen, bestand darin, den Verbrauch zweier Kinder dem eines Erwachsenen gleichzustellen. Der letzten Anforderungen genügt dieses Verfahren längst nicht mehr. Auf Grund physiologischer und anthropometrischer Merkmale sind bestimmte Reduktionsziffern aufgestellt worden. Es bestehen folgende verschiedener Art. Der Metallarbeiterverband hat die diesen Reduktionsziffern benutzt wie das Kaiserlich Statistische Amt und für erwachsene männliche Personen die Zahl 100 als Einheit angenommen, für Frauen die Zahl 80 und für Kinder je nach dem Alter die Zahlen 10 bis 70. Auch diese Methode bietet Anlaß zu Zweifeln, aber ein ganz sicherer Gradmesser zur Erfassung der Verbrauchstärke einer größeren Zahl von Haushaltungen besteht eben nicht und man muß sich daher damit begnügen, daß die Erforschung einer größeren Anzahl von Haushaltungen auf Grund einer Einheit ziemlich genaue Annäherungswerte ergibt.

Bei den Erhebungen kommt auf eine Haushaltung eine Einheitspersonenzahl von 8,84, während die wirkliche Zahl der Familienangehörigen 4,87 beträgt. Die Umrechnung auf die Einheit ergibt eine Einnahme von M. 483,58 pro Kopf im Durchschnitt aller Haushaltungen, während die Ausgabe M. 475,53 beträgt. Von dieser Summe entfallen auf Nahrungsmittel M. 223,98, auf Genussmittel M. 13,14, auf Wohnung M. 68,80, auf Heizung und Beleuchtung M. 20,25, auf Verfertigungen M. 28,60, auf Kleidung M. 61,25 und auf sonstige Zwecke M. 42,51 pro Jahr. Die Summe für sonstige Zwecke enthält alle Ausgaben für Waschmittel, Friseurgehalt, Arzt, Apotheker, Gesundheitspflege, Bildung usw. Bei einer Vergleichen der Summe finden wir, daß für Nahrungsmittel und Fahrgehalte M. 5,55 für Schulbedarf M. 2,24, für Gesundheitspflege M. 6,30 und für Bildung und Unterhaltung M. 9,85 verausgabt worden sind. Man beachte, daß es sich bei diesen Summen um den Verbrauch eines hohen Mannes und um erwachsene Personen handelt. Noch nicht einmal M. 10 im ganzen Jahr haben also die Beteiligten für Bildung und Unterhaltung ausgeben können, und da wären Schloßkarone und Junker von der Vergnügungssucht der Arbeiter.

Die Nahrungsmittelausgabe auf den Kopf der Beteiligten weist an deutlichsten nach, in welchem Verhältnis die Haushaltungen gelebt haben. Der durchschnittliche wöchentliche Nahrungsaufwand pro Kopf betrug M. 4,31. Mit dieser Summe mußte eine erwachsene Person jeden Tage lang ihre Ausgaben für Nahrung bestreiten, der tägliche Verbrauch dürfte also nur 62 pZt. betragen. Im einzelnen betrug der tägliche Verbrauch pro Kopf: für Brot und Mehl 1,39 pZt., für Kartoffeln 2,5 pZt., für Milch 6,3 pZt., für Fleisch und Würst 1,83 pZt., für Eier 2,1 pZt., für Butter, Käse, Delc, Fett 9,6 pZt., für Gemüse und Hülsenfrüchte 2,3 pZt., für Zucker und Gewürze 4 pZt. und für Kaffee, Tee usw. 2,3 pZt. Bei den niedrigen Einkommen ist der Kartoffelverbrauch höher, der Brot- und Fleischverbrauch geringer. Namentlich beim Fleisch-, Butter- und Eierverbrauch zeigen die niedrigen Einkommen eine weit geringere Ausgabe; dabei reicht nicht einmal die angegebene Durchschnittsausgabe zur Deckung des physiologischen Bedarfs.

Der Metallarbeiterverband hat auf Grund der angegebenen Detailpreise eine Berechnung des Mengenverbrauchs der wichtigsten Nahrungsmittel vorgenommen, aus der hervorgeht, daß im Durchschnitt einer Woche verbraucht wurden an: (Die in Klammern gesetzten Zahlen sind pro Person zu verstehen) Fleisch 1,85 (0,483) kg, Butter 0,47 (0,123) kg, Mehl 0,99 (0,260) kg, Brot 11,81 (3,078) kg, Zucker 0,98 (0,243) kg, Milch 8,5 (2,1) kg, Kartoffeln 9,52 (2,480) kg, Eiern 7,68 (2) Stück. Das entspricht einem täglichen Konsum von 68,8 g Fleisch, 17,5 g Butter, 37 g Mehl, 438,5 g Brot, 34,6 g Zucker, 0,31 l Milch, 333,3 g Kartoffeln und 0,28 Eier. Brot und Kartoffeln sind die Hauptnahrung, und der verhältnismäßig große Verbrauch an Zucker zeigt, daß dazu ziemlich viel Kaffee getrunken wurde. Der Verbrauch der einzelnen Nahrungsmittel bleibt hinter dem auf den Kopf der Bevölkerung berechneten Konsum weit zurück und entspricht natürlich auch bei weitem nicht dem Bedarf, den die Gelehrten auf Grund ihrer wissenschaftlichen Untersuchungen als notwendig für die Ernährung eines Erwachsenen verlangen. Die Ernährung der besterzeugten Arbeiterfamilien, die von der Unternehmung erfährt worden sind, ist zwar etwas besser als die der schlechtestgestellten, aber auch bei ihnen fällt der überaus geringe Fleischkonsum, das Fehlen einer schlechten Lebenshaltung, auf. Selbst die Familien mit den höchsten Einnahmen kommen auf knapp 29 kg pro Kopf und Jahr, die schlechtestgestellten nur auf 21,6 kg. Eier und Milch spielen in den niedrigeren Haushaltungen der Armen eine große Rolle; und gerade Milch und Eier be-

steuert die agrarische Wirtschaftspolitik in einer Weise, daß es unmöglich ist, sie zu kaufen. Rund der fünfte Teil aller Nahrungsausgaben geht für Brot darauf, in unendlichen Familien noch mehr. Und mit jedem Wissen wird den Agrariern ihr Tribut entrichtet.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Die Abschwächung auf dem Kohlenmarkt. — Amerikanisches und deutsches Eisengewerbe. — Aussperrung und Bautätigkeit.

Die Abschwächung auf dem internationalen Kohlen- und Eisenmarkt bildet augenblicklich ein beliebtes Thema, um daran Besprechungen wegen der weiteren Gestaltung der Konjunktur zu knüpfen. Soweit der Kohlenmarkt in Frage kommt, ist Deutschland an der Abschwächung nicht beteiligt. Denn die Förderung im März ist nicht nur bei Steinkohle, sondern auch bei Braunkohle hinter der entsprechenden Menge des Vorjahres zurückgeblieben. Bis Ende Februar war noch ein Plus gegen 1909 vorhanden. Es betrug die Förderung von Stein- und Braunkohle zusammen in den beiden ersten Monaten dieses Jahres 35 013 378 t gegen 34 454 313 t im Vorjahre. Im März 1910 wurden aber nur 17 504 907 t gefördert gegen 18 889 477 t im März 1909. Der Ausfall ist so groß, daß die Gesamtförderung des ersten Quartals mit einem Minus schließt. Denn die Quartalförderung stellte sich für dieses Jahr nur auf 52 512 287 t gegen 53 293 700 t im Vorjahre. Die geringere Förderung im März dieses Jahres ist zu einem Teil auf den Umstand zurückzuführen, daß wegen des frühzeitigen Osterfestes der diesjährige März 14 Arbeitstage weniger hat als der März 1909. Aber wenn man auch diesen Umstand berücksichtigt, so bleibt trotzdem ein Minus gegenüber dem Vorjahre, da die arbeitsmäßige Förderleistung sich dieses Jahr nur auf 700 190 t stellte gegen 717 094 im letzten Jahre. Man braucht aber wegen dieses Rückganges der Förderung, die zwar für den Eisenmarkt im Kohlenbergbau sehr bedauerlich ist, die gewerbliche Lage nicht gleich als ungünstig zu charakterisieren, indem man aus dem Rückgang auf einen geringeren Kohlenverbrauch der Industrie schließt. Die Notwendigkeit, die Förderung zu vermindern, ergibt sich vielmehr sehr natürlich aus der Einwirkung des milden Winters auf den Verbrauch von Hausbrandkohle. Das Quantum Kohle, das für Hausbrandzwecke benötigt wird, ist ganz erheblich und wird in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum verfeuert. Man kann den Verbrauch an Kohle, der zur Heizung der Wohnungen dient, auf mindestens 32 bis 35 Millionen Tonnen schätzen, die in der Zeit von November bis März verbraucht werden. Im Durchschnitt kommen auf einen Monat 6 bis 7 Millionen Tonnen. Das macht für drei Monate winter 20 Millionen Tonnen. Wenn nun in einem Winter infolge warmer Witterung nur 10 pZt. weniger verbraucht werden, so entfällt ein Ausfall von rund 2 Millionen Tonnen, der sich auf dem Kohlenmarkt recht sichtbar äußern muß. Die gegenwärtige Abschwächung am deutschen Kohlenmarkt ist daher eine Erscheinung, die keinen Schluß auf den allgemeinen gewerblichen Geschäftsgang gestattet.

Verfäheben von der Lage des Kohlenmarktes ist das Bild, das die Eisenindustrie zurzeit bietet. Als im Vorjahre in den Vereinigten Staaten von Amerika die Rohiseneingewinnung ebenso stark forciert wurde, wie sie bei dem gewerblichen Rückgang in Jahre 1907 ganz plötzlich eingeschränkt wurde, als in Amerika die Preise auf dem Eisenmarkt eine ganz ungewöhnliche Höhe erreichten, da konnte man sehr bald erkennen, daß der starke Aufstiege nicht in einem richtigen Verhältnis zu dem Grade der wirtschaftlichen Erholung stand. Die europäischen Eisenmärkte konnten sich dem amerikanischen Einflusse nicht ganz entziehen, namentlich soweit die Preisbewegung in Frage kam. Aber glücklicherweise dehnten sie ihre Rohiseneingewinnung in weit mäßigerem Grade aus und hielten besser Schritt mit der Erholung auf den übrigen Gebieten des Wirtschaftslebens. Neuerdings ist nun in Amerika der zu erwartende Rückschlag eingetreten und macht sich auf dem Weltmarkt schon empfindlich sichtbar. Es leidet namentlich auch der Export der europäischen eisenerzeugenden Länder. Die Preise in den Vereinigten Staaten sind im Weichen, die Rohiseneingewinnung muß eine kräftige Verminderung erfahren. Es ist nicht anzunehmen, daß der Rückschlag in Amerika die Position des deutschen Eisengewerbes ernstlich bedroht. Die Rohiseneingewinnung Deutschlands hat einen starken Vorprung gegenüber dem Vorjahre: sie stellte sich im März dieses Jahres auf 1 250 184 t gegen 1 073 116 t im Vorjahre. Im ganzen ersten Viertel dieses Jahres beträgt das Plus der Rohiseneingewinnung noch nicht 500 000 t, so daß bei der zweifellos besseren Marktlage eine Steigerung wie in Amerika gänzlich ausgeschlossen ist. Däß doch auch der Bestand des Stahlwerkverbandes auf eine Verlebung der Nachfrage in den weiterverarbeitenden Industriezweigen schließen. Der Bestand von Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen stellte sich im März auf zusammen 898 338 t gegen 520 811 t im Vorjahre, der Bestand von Stabeisen, Waden, Walzdraht, Guß- und Schmiedstücken sowie von Nudeln auf 480 238 gegen 439 902. Auch die Preise haben sich bis jetzt im großen und ganzen am deutschen Markt behauptet; ja sogar der Export von Rohisen schloß im März für Deutschland noch äußerst günstig ab. Es ist also die Gesamtlage in Deutschland nach wie vor dem Grade der Erholung entsprechend, so daß zwar wohl eine Beeinträchtigung des Exportes und zum Teil auch des Preisniveaus durch den amerikanischen Rückschlag erfolgen kann, aber keineswegs eine Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahre, namentlich auch keine Notlage, die zu einer Einschränkung der Rohiseneingewinnung führen müßte. Selbst die Sorge, die vom Trägermarkt ausgeht, ist nicht beängstigend.

Es wird nämlich gesagt, daß durch die Aussperrung im Baugewerbe die Nachfrage nach Formeisen, hauptsächlich nach Trägern, schon nachgelassen habe. Das mag ja in einzelnen Fällen zutreffen, aber bei dem Umfang der Aussperrung kann der Grad dieser Abschwächung nicht sehr stark sein. Es werden überhaupt über die derzeitige Bautätigkeit Berichte verbreitet, die weniger auf einer objektiven Darstellung der Wirklichkeit beruhen, als vielmehr von der Absicht diktiert sind, die Geschäftslage recht ungünstig darzustellen. Es muß aber doch im Auge be-

halten werden, daß die Zahl der Plätze, an denen die Aus-  
spernung die Bauaktivität lähmte, hat, im Verhältnis  
zum gesamten Arbeitsmarkt im Baugewerbe nicht allzu  
schwer ins Gewicht fällt, daß weiter auch die Arbeitslosig-  
keit im vorigen Jahre um diese Zeit noch größer war, als  
es jetzt trotz der Aussperrung im bisherigen Umfang der  
Fall ist. Die ziffermäßige Ausweise über den Arbeits-  
markt im Monat April liegen noch nicht vor, und was aus  
einzelnen Beobachtungen geschlossen wird, das ist für den  
Reichsdurchschnitt noch lange nicht maßgebend. Das Be-  
streben, die Lage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe gerade  
augenblicklich möglichst düster zu schildern, sieht auffallend  
von den Stimmungsberichten ab, die man in gewissen  
Organen vor dem Beginn der Aussperrung lesen konnte.  
Damals wurde die Situation so einseitig günstig ge-  
zeichnet, daß es nötig war, einem übertriebenen Optimis-  
mus entgegenzutreten. Es ist ja gewiß berechtigt, wenn  
kämpfende Parteien verjüngen, die Konjunktur möglichst  
so darzustellen, daß der Gegner davon Schaden hat. Gerade  
deswegen ist es aber von höchstem Wert, eine Berichts-  
erstattung zu pflegen, die unbeeinflusst von irgendwelchen  
Rücksichten die Marktlage so zeichnet, wie sie sich tatsächlich  
darstellt. Diese Berichterstattung liegt zuletzt auch immer  
im Interesse der kämpfenden Parteien selbst, besonders  
wenn sie gelernt haben, sie sie sich zum Kampf einzulassen,  
das Terrain, auf dem sie zu kämpfen haben, genau und  
sorgfältig zu sondieren.  
Berlin, am 8. Mai 1910. Rich. Galtner.

**Politische Umschau.**

**Auskehr im Reichstage. — Das Kaiserliche. — Vertagung bis  
zum Herbst. — Um's preussische Wahlrecht. — Eine Ver-  
fassung des preussischen Kreisministers. — Berufsvereins-  
schaftstag. — Rosenfeldtauber in Deutschland. — Die Wahlen  
in Frankreich und in Spanien.**

Abermals ist ein merkwürdiger Tagungsabschnitt des  
Reichstages zu Ende. Seit dem 23. November 1909  
erfolgten Beginn der zweiten Session der zwölften Legis-  
laturperiode war das Haus andauernd von einer Kassen-  
jammerstimmung beherzt, wie wohl noch nie zuvor.  
Diese Stimmung findet ihre Erklärung in folgenden Um-  
ständen: Der von Bülow geschaffene Vloed war beim  
Ablauf der vorherigen Session, im Sommer 1909 bei der  
„Reichsfinanzreform“ flüchtig zusammengebrochen. Mit ihm  
war es auch um seinen Herrn und Meister, den Fürsten  
Bülow in seiner Eigenschaft als Reichszentraler geschehen.  
Ein neuer Vloed, die Koalition des Zentrums, der  
Konserwativen, Polen und Antijemiten machte entgegen  
dem Programme Bülow's die Finanzreform unter Mit-  
wirkung des Herrn v. Bethmann-Hollweg, der dann  
alsbald Bülow's Nachfolger im Amte wurde. Die neue  
Mehrheit hatte mit der Schaffung neuer indirekter Steuern  
das Volk geradezu empört und diese Empörung fand ihren  
greifbarsten und bedeutendsten Ausdruck in den Resultaten  
der Reichstagsnachwahlen, der Landtags-  
neuwahlen in mehreren Bundesstaaten sowie der  
Kommunalwahlen, die im Laufe des Sommers bis  
hoch in den Herbst hinein stattfanden. Diese Resultate  
zeigten ein außerordentlich starkes, siegreiches Vor-  
dringen der Sozialdemokratie. Die bürger-  
lichen Parteien und die Regierungen bekamen ihre Leistung  
für ihre gemeingefährliche Politik. Daß das nicht ohne  
Einfluß auf die Stimmung dieser Faktoren bleiben konnte,  
ist klar. Hinzu kam der preussische Wahlrechts-  
kampf mit seiner gewaltigen Erregung der weitesten Volksschichten,  
die der philosophische neue Reichszentraler mit seinem Be-  
kenntnis zum Reaktionsprogramm noch erheblich vermehrte.  
Freiinnige und Nationalliberale mußten sich  
ausgeschiedet; die Liberalen und die Junker  
bildeten die neue Regierungsbank.

Schon gleich bei Beginn der neuen Session zeigte es sich,  
daß es auf allen bürgerlichen Parteien wie ein Alp lastete.  
Offensichtlich waren sie bemüht, gründlichen Erörterungen  
der innerpolitischen Situation möglichst aus dem Wege zu  
gehen, aber die Sozialdemokraten bereiteten dies  
Bemühen, indem sie zunächst den Reichszentraler wegen  
seiner Haltung zur Wahlrechtsfrage zur Rechenschaft zogen  
und überhaupt von den Reaktionsgegnern und Parteien  
scharf ins Gericht gingen. Herr v. Bethmann-Hollweg zog  
es vor, den Reichstagsverhandlungen fernzubleiben, nur  
selten ließ er auf kurze Zeit sich sehen; zu seiner „Ver-  
teidigung“ hatte er ja Stellvertreter.  
Von vornherein bestand bei den Mehrheitsparteien  
die Absicht, die Session möglichst abzuliegen, sie keinesfalls  
bis über Pfingsten auszuweiden. Die Debatte, selbst die  
wichtigsten, erfuhren eine unerhörte Zusammendrängung;  
bis Opiern wurde der umfangreiche Etat durchgepeitscht,  
und das Durchgepeitschte würde noch schneller erfolgt sein,  
wenn nicht die Sozialdemokraten durch ihr energisches Ein-  
greifen in die Debatte das Recht und die Pflicht der  
Recht so ausgiebig wie möglich geübt hätten. Beim Durch-  
peitschen der Regierungsvorlagen und anderer Materien ist  
es geliehen bis zum Schluß des Tagungsabschnittes.

In der vorletzten Sitzung wurde noch eine Reihe von  
Petitionen erledigt, darunter solche der Zündwaren-  
arbeiter, welche Entschädigung für die Ar-  
beitslosigkeit fordern, die für sie durch das Zünd-  
warenfeuergesetz herbeigeführt worden ist. Abhaft traten  
die sozialdemokratischen Abgeordneten Drey und Sachse  
unter Schilderung der Notlage dieser Arbeiter für die  
Erfüllung der Forderung ein; auch der nationalliberale  
Abgeordnete Ojan erklärte, es sei Ehrenpflicht, diesen  
Leuten zu helfen. Einstimmig wurde denn auch nach dem  
Vorschlage der Kommission beschlossen, die Petition dem  
Reichszentraler zur Berücksichtigung zu überweisen.  
Am 10. Mai wurde dann in ununterbrochener eifriger  
Sitzung die zweite und dritte Beratung des Kai-  
sergesetzes, über dessen Inhalt und Bedeutung wir uns  
schon früher ausgesprochen haben, erledigt. Daß die Sozial-  
demokraten mit ihrem Vorschlag, die Kaiserliche zu ver-  
staatlichen, allein bleiben würden, war vorauszusetzen. Um  
so energischer hielten sie an denjenigen ihrer Vorschläge  
fest, die sich darauf richteten, bei der Montanentzierung der  
Produktion den Arbeitern möglichst Schutz gegen

bermehrte Ausbeutung, Lohndruck usw. zu schaffen  
und ihnen das Koalitionsrecht zu sichern. Es  
gelang wenigstens, Bestimmungen zur Annahme zu  
bringen, wodurch den Arbeitern eine gewisse Sicherheit  
gegen Lohnberaubung gewährt wird.

Mit der Durchpeitschung dieses Gesetzes schlossen die  
Beratungen. Zuvor hatte der Reichstag dem Antrag der  
verbündeten Regierungen, den Reichstag bis zum 8. Novem-  
ber d. J. zu vertagen, debattellos zugestimmt. Unerledigt  
geblieben sind das Arbeitsamtergesetz, das Hausarbeits-  
gesetz, die Novelle zum Strafgesetzbuch, das Zuwachsteuer-  
gesetz. Die neue Strafprozessordnung und die neue Reichs-  
versicherungsordnung befinden sich noch in den Kommissio-  
nen, und diese Kommissionen werden bis in den Sommer  
hinein arbeiten; um die Vorbereitung der Entwürfe bis zum  
Wiederzusammentritt des Reichstages zu erlebigen. Es  
wird dann wohl die letzte Session der Legislaturperiode  
sein. In parlamentarischen und Regierungskreisen trägt  
man sich mit dem Gedanken, einer Auflösung des  
Reichstages, die im Frühommer des nächsten Jahres  
zu erfolgen hätte, damit die Neuwahlen wieder im Herbst  
stattfinden, eine Regel, die durch die kurz vor Weihnachten  
1906 erfolgte Auflösung durchbrochen worden ist. Ohne  
Zweifel haben alle Parteien ein Interesse daran, daß die  
Neuwahlen nicht im Winter stattfinden. Jedenfalls muß  
die Arbeiterpartei schon jetzt ihre Vorbereitungen für den  
neuen Wahlkampf treffen. Die nächsten Neuwahlen müssen  
der Reichstag der Reaktionsparteien im Reichstage ein  
Ende machen, der Sozialdemokratie einen gewaltigen Sieg  
bringen.

Auch das preussische Dreiklassenparlament ist  
in die Ferien gegangen, die bis zum 24. Mai dauern wer-  
den. Am 27. Mai soll die neue Beratung der  
Wahlrechtsvorlage beginnen. Da wird sich das an-  
stehende Volk Preußens wohl noch einmal recht energisch  
vernehmen lassen, unbefürchtet um die Reaktionsgegnern,  
die es an der Befestigung seines Willens so gerne verhängen  
müßten. Immer noch haben die Rechte sich mit Massen-  
und Einzelprojekten gegen Wahlrechtsdemokratie  
zu beschäftigen. In Magdeburg wurden am 10. Mai  
gleich 26 Demonstranten auf einmal abgeurteilt; sie sollten  
durch Prüfteufe auf das Dreiklassenwahlrecht und durch  
Vohrsteufe auf das freie Wahlrecht „groben Unfug“ verübt  
haben; deshalb wurden denn auch 23 von ihnen mit Geld-  
strafen belegt. Despaß ist und bleibt das bestehende preu-  
ssische Wahlrecht doch ein elendes und erbärmliches.

Die Berichterlegungen, die das Herrenhaus, an der  
Wahlrechtsvorlage verübt hat, sind selbst dem Hansa-  
bunde, der gewiß nicht auf dem Boden eines entschiedenen  
Liberalismus, geschweige denn des Demokratismus steht, zu  
arg. Er hat eine Erklärung erlassen, in der er die Über-  
zeugung ausdrückt, daß der vorliegende Entwurf verstoßt  
gegen die wirtschaftlichen Interessen von Gewerbe, Han-  
del und Industrie, welche mehr als zwei Drittel der Staats-  
lasten tragen.“

Den Ungerechtigkeiten der heutigen Wahlrechts-  
teilung müsse ein Ende gemacht werden, jedenfalls sei keine  
Reform denkbar ohne die direkte Wahl. Das mögen  
sich die Nationalliberalen merken für den Fall, daß sie ge-  
neigt sind, unzulässig. Letztens ist offenbar schon wieder  
ein Aufstand zwischen Zentrum und Konserwativen im  
Gange, der den Zweck hat, die Reform unzulässig unter  
Ausschluss der Nationalliberalen zu machen. Aus national-  
liberalen Kreisen mehren sich jetzt wieder die Mahnungen  
an die preussische Landtagsfraktion, sich nicht zum Unfug  
verleiten zu lassen. Aber es werden auch andere Stimmen  
laut, die den Unfug nicht anerkennen. So ist die ganze Wahl-  
reform schließlich nichts anderes als Schachergerüst parti-  
kularer Erwägungen, wobei die Volksschicht natürlich nicht  
in Betracht kommen. Wenn das Volk sich nicht selbst sein  
gutes Recht erringt, die herrschenden Parteien werden es  
ihm nicht geben.

Der preussische Kriegsminister hat eine be-  
achtenswerte Verordnung erlassen. Den Unteroffizieren und  
Mannschaften der Armee wird verboten, Zivispersonen oder  
den Handwerksmeistern der Kruppen und der militärischen  
Anstalten zur Ausübung ihres Gewerbe-  
betriebes Beispiele zu leisten. In der Verordnung  
ist weiter vorgeschrieben, daß die Mannschaften von jeder  
an sie ergehenden derartigen Aufforderung ihrem Vor-  
gesetzten Meldung zu machen haben.

Ein solches Verbot hat die Sozialdemokratie und mit  
ihm die ganze organisierte Arbeiterpartei schon oft gefordert.  
Es ist unerhört, daß Soldaten auf Befehl oder Zusage  
ihrer Vorgesetzten ihren um Verbesserung ihrer Lebens-  
haltung kämpfenden Arbeitsbrüden als Streifbrecher  
in den Rücken fallen, wie wir das selbst im Bauwesen  
schon öfter erlebt haben. Hoffentlich macht die ministerielle  
Verfügung diesem Unwesen ein Ende. Allerdings müßte  
das Verbot auch dahin gehen, Soldaten für Land-  
arbeiten zu verwenden. Davon ist leider nicht die  
Rede und doch ist auch ein solches Verbot notwendig.

In Berlin hat der 24. Deutsche Berufs-  
genossenschaftstag stattgefunden und Stellung zur  
Reichsversicherungsordnung genommen. Diese Stellung-  
nahme entspricht natürlich durchaus dem bekann-  
ten Sonderinteressenstandpunkt des Unternehmertums. Die  
Berufsgenossenschaften wollen sich keinen Bestimmungen  
unterwerfen, welche gegen diese Interessen gehen. Dar-  
über ließ insbesondere der Baurat Felisch-Berlin kei-  
nen Zweifel. Wenn Arbeiterorganisationen  
tagten, so ist das Reichsamt des Innern bekanntlich nie-  
mals in der Lage, sich vertreten zu lassen. Anders, wenn  
das Unternehmertum seine Tagungen abhält; da  
findet sich immer einer der Herren vom Regiment ein.  
So auch hier. Der Staatssekretär des Innern v. Del-  
brück in höchst eigener Person begrüßte die Versammlung  
und bogte es, die Reichsversicherungsordnung höchst schüt-  
tern gegen die Angriffe der Unternehmer zu verteidigen.  
Dabei leistete er sich u. a. folgenden Ausspruch: „Der  
Gesetzgeber darf nie die Dienerschaft bestim-  
mter Interessengruppen sein, sondern er muß  
über ihnen stehen und das Gesetz lediglich im Interesse  
des Allgemeinwohls ausgestalten bestrebt sein.“ Das ist  
eine ganz richtige Theorie, der aber die Regierung immer  
noch dem Sonderinteresse der Unternehmer, ihren Anschau-  
ungen und Wünschen, jowelt irgend angängig, Rechnung

getragen. Das hat einer der Vorgänger des Herrn Del-  
brück, Herr v. Boetticher, einmal recht drastisch zum  
Ausdruck gebracht, indem er in einer Unternehmerversam-  
lung sagte: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für sie!“  
Auch in der Reichsversicherungsordnung hat die Regie-  
rung die Unternehmerinteressen in ungebührlicher Weise  
berücksichtigt. Aber trotzdem sind die Herren nicht zu  
frieden; sie wollen das Gesetz vordrängen; das Gesetz  
soll nur enthalten, was ihnen paßt. Das durchaus unzu-  
billigen, vermag allerdings selbst eine durchaus unter-  
nehmerfreundliche Regierung nicht.

Für die Masse des „gutgesinnten“ deutschen Bürger-  
tums sind in der letzten Woche die innerpolitischen Fragen  
einigermaßen zurückgetreten hinter einem großen  
Ereignis“ ganz eigener Art. Der frühere Präsident der  
Bereinigten Staaten, Herr Roosevelt, hat die Reichshaupt-  
stadt mit seinem Besuche beehrt. Nachdem er der Regie-  
rungsorgane ledig geworden, zog er nach Afrika, um seinen  
Auf als großer Nimrod zu bewahren. Da hat er Elefan-  
ten, Flussherde und sonstiges wildes Viehzeug gepflegt und  
dann hat er in europäischen Lande eine Wölle gepfeilt,  
die in vielen Stücken komisch amnetet. Der Expeditions-  
gefährt sich darin, sich als Allererwähltester zu gerieren. Er  
weih alles und redet auch über alles. Der deutsche  
Kaiser hat den ehemaligen Leiter eines großen republika-  
nischen Staatswesens seinen „guten Freund“ ge-  
nannt. In Anwesenheit des Kaisers, der Kaiserin und son-  
stiger höchster Herrschaften hat er in der Berliner Universi-  
tät einen Vortrag über die „Kulturbewegung der Welt“  
gehalten. Darin hat er ja allerdings manches Richtige  
gesagt, so insbesondere, daß die Entwicklung zu einer  
Völkerföderation führen muß. Aber in diesem Zusammenhang  
hat er nicht das geringste Neue gesagt. Die Idee der  
Völkerföderation wird von der Sozialdemokratie seit Jahre-  
zehnten in viel gründlicherer und konsequenterer Weise  
propagiert, als Herr Roosevelt oder irgendein anderer  
bürgerlicher Idealist es vermag. Es gibt Tausende von  
„gewöhnlichen“ Menschen, Arbeitern, welche die Kultur-  
bewegung der Welt besser verstehen und darzustellen ver-  
mögen als Herr Roosevelt. Diese Arbeiter, wie über-  
haupt die dem Internationalismus huldbigende Sozial-  
demokratie, stemmelt blinder Haß und Fanatismus der so-  
genannten staatsbehaltenden Elemente zu „Rebellen wider  
die Ordnung“, zu „Unzufriedenen“, die nach einem bekann-  
ten Worte nicht wert sind, „den Namen Deutsche zu tragen“.  
Aber Herr Roosevelt ist der Freund des deutschen Kaisers;  
er wird mit Ehrungen überhäuft; der Defan der philoso-  
phischen Fakultät, Professor Niels, feiert ihn als einen  
„Demokraten vom reinsten Wasser“; die Fakultät ernenn-  
t ihn zum Ehrendoktor, weil er in seinem Vaterlande  
stets ein „mutiger Kämpfer für die Schwachen“ gewesen.  
Wichtig ist, daß Herr Roosevelt als Präsident Stellung  
gegen das Krutunwesen genommen und des öftern die  
Gerechtigkeit des Mammontismus scharf beurteilt hat. Aber  
das ist doch wirklich nichts Außerordentliches. Fragen wir  
uns, welchen Motiven die demonstrative Rooseveltbekehrung  
in Wirklichkeit entspringt, so finden wir nur eine Ant-  
wort: sie entspringt im Grunde wesentlich durchaus  
materiellen wirtschaftspolitischen Erwägungen. Herr  
Roosevelt wünscht gute wirtschaftspolitische Beziehungen  
zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland. Er  
kann wieder zum Präsidenten der Republik gewählt wer-  
den, und das erscheint unsen maßgebenden Politikern als  
ein Vorteil.

Die Stichwahlen in Frankreich, die am  
8. Mai stattfanden, haben der geeinigten sozial-  
demokratischen Partei noch einen großen Erfolg  
gebracht. Es wurden 47 ihrer Kandidaten gewählt. Die  
sozialdemokratische Fraktion, die in der alten Kammer  
55 Mitglieder zählte, wird in der neuen 76 haben. In  
der „Humanität“ werden diese Deputierten nach Verufen  
aufgezählt, woraus sich ergibt, daß 30 Abgeordnete Arbeiter  
oder Angestellte sind; 7 sind Kleinbauern, Bädler oder  
Winger; 3 sind Lehrer; 5 sind Kaufleute und Industrielle,  
und 1 ist Bureaubeamter. Ferner werden 7 Journalisten  
aufgeführt. Akademiker sind in der Gruppe 6 Ärzte und  
Apotheker, 8 Professoren und Oberlehrer, 7 Advokaten und  
1 Ingenieur und 1 Chemiker.

Es muß als erfreulich bezeichnet werden, daß entgegen  
dem früheren Verhältnis bei diesen Wahlen das Arbeiter-  
element in die boderen Reihen gekommen ist. Das Gesamt-  
ergebnis der Wahlen ist ein Sieg der oppositionellen  
Parteien.

Auch die Wahlen in Spanien haben den für  
die Sozialisten aller Länder erfreulichen Erfolg gehabt,  
daß Alejandro, der Führer der Partei, in die Kammer  
eingewählt. Die Stimmen der Liberalen und Republikaner  
sind fast angegraben, die Reaktionsparteien haben eine  
empfindliche Niederlage erlitten. Es ist von großer Be-  
deutung, daß in der spanischen Kammer jetzt ein Sozial-  
demokrat mitreden hat. Das spanische Volk wird er-  
fennen, welchen Wert solch eine Vertretung hat. Nach  
einer letzten Mitteilung sollen übrigens zwei Sozialisten  
gewählt sein. Wir wünschen, daß diese Mitteilung ihre  
Bestätigung findet.

**Maurerbewegung.**

**Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.**

Zuzug von Maurern und Bauarbeiters  
ist fernzuhalten:

- Norwegen:**  
Christiania (Streik).
- Oesterreich:**  
Bruck a. d. M., Friedland, Grussbach, Hohenelbe,  
Jaroslau, Przemysl, Taus, Znaim.
- Schweiz:**  
Winterthur (Streik).

Bekanntmachung des Vorstandes.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer F. Kiefer, Hamburg 1, Rosenbüchhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

Zu der Zeit vom 10. bis 14. Mai 1910 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Anklam M. 321,10, Nürich 155,70, Augsburg 800, Mähm 190, Bitterfeld 1000, Brunsbüttelkoog 685, Bergen auf Rügen 600, Bocholtz 60, Wansin 178,12, Bredstedt 70, Bock 60, Bremen 4000, Bernau 970, Berlin 9199,05, Cöpenick 350, Gennitz 800, Gochstedt 150, Böhlen 200, Donauerschlingen 50, Frankfurt a. d. O. 500, Friedrichshafen 100, Freiwald 800, Gütrow 209,70, Goldberg i. Medis. 150, Grafenwöhr 40, Gießen 714,42, Geyer 24,55, Hamburg 47 046,60, Hork 117, Hofschagen 46,20, Jüßerburg 400, Jüngerleben 150, Jülich 200, Jüterich 75, Kärbelin 200, Keiba (durch Gastwirt Scholz) 10, Landsberg a. d. W. 400, Rangenjala 100, Limm 12,86, Ludwigslust 84,85, Lüneburg 48,15, Mittelland 100, Marienburg 100, Münsau 120, Magdeburg 1841,98, Neuhaus a. d. Elbe 175, Neuhardenberg 100, Neustädt 5,55, Ostflecht 150, Orlow 150, Dierhaußen 1000, Ostbarnitz 5,55, Ostflecht 157,30, Potsdam 1600, Scherwin i. Medis. 400, Seidenhagen 197,50, Schwärzenitz 157,53, Speyer 800, Sandau 119,20, Seehausen i. d. Altmark 174,82, Schweinfurt 100, Seesen 273,59, Tals 200, Trier 250, Verden 280, Wolbenberg 69,34, Wittenberg 800, Wriezen 400, Wülffs 310, Ziesmar 180, Zwenkau 100, Zwönitz 10, Boffen 250, Zerbst 221,10.

b) Für Kalender. Landesbist. M. 3,50.

c) Für Futterale. Gütrow M. 2, Stadenhagen 2,50, Seehausen i. d. Altm. -20, Wolbenberg 2.-

d) Grundstein-Einband und Decken. Magdeburg M. 9, Schwerte 3,50.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher bezugl. Karten der Kollegen: Jol. Pelleri-Torgau (Verb.-Nr. 37 289), Aug. Wittenberg-Gannover (38 667), W. Hüne-Gannover (33 425), Adam Keim-Biesbaden (48 054), W. Babude-Giegnitz (33 294), G. Quellhorst-Mienzen a. d. Wejer (91 247), R. Bornelssere G.-Hegenort (166 414), W. Mohr-Weizig (169 932), W. Bierig-Ort (170 554), A. Eichhorn-Meißen (218 006), Joh. Windbeutel-Mienzenhain (239 405), W. Anders-Dresden (255 356), W. Schaaf II-Frankfurt a. M. (205 746), W. Müller-Saarbrücken (308 884), M. Haupt-Schöbenau (339 403), Herrn. Weislich-Görlitz (357 141), Aug. Zimmerhaus-Bielefeld (378 819), Otto Pfeifer-Mannheim (382 005), G. Schumann-Gumbinnen (405 127), Jol. Frey-Derslein (431 304), R. Sommer-Frankfurt a. M. (21 841), G. Bogtman-Göln (118 134), W. Fischer-Coburg (124 721), Jol. Harger-Gimmernsbach (260 874), W. Spitzer-Landesbist. (415 011), G. Dienlof-Mannheim (198 956), Mar. Thienau-Großschm. (416 769), Jol. Kranzschabel-München (400 877), Karl Strüber-Sandburg (384 466), G. Suckert-Berlin (3470), S. Köhler-Waldenburg i. Schleifen (19 100), Jol. Günther-Cassel (53 710), Jol. Orloff-Cassel (120 116), Ernst. Kammal-Milbiza (117 006), S. Schmidt-München (158 576), W. Hofmann-Sonneberg (166 689), G. Schmidt-Frankfurt a. M. (192 349), G. Feuerlein-Milbiza (22 068), S. Kederger-München (240 520), Ernst Aug-Jol (325 089), Aug. Danm-Göln (346 918), Karl Stania-Katowitz (443 619), Alois Fischer-München (476 725), außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen: St. Buchala-Maitorb (020 798), Emil Peller-Milbiza (055 072), Otto Wauer-Gentlin (07 285), Jol. Stelless-Bremen (1732), Wils. Söbel-Coburg (193 324), Jol. Wiant-Libensfeld (4718), Mar. Wiltig-Dresden (03 858), Helm. Wloog-Milbort (026 670), Paul Schäfer-Romanes (036 182), S. Wiedert-Göttingen (036 583), W. Wader-Cassel (046 654), Herrn. Wiedert-Berlin (054 351), Franz Wied-Negensburg (082 031), S. Grögen-Göln (040 422).

Berichte.

Keine Mitteilungen aus den Zweigvereinen. München. (Erläuterung.) Nachdem sich die von mir über Herrn Sängler aufgestellte Behauptung, er habe seine Arbeiter widerrechtlich benachteiligt, als unbegründet erwiesen hat, nehme ich den Herrn Sängler gemachten Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Michael Neßger.

Internationale Maurerbewegung. Schweiz.

Im Maurerkampf in Winterthur ist immer noch kein Ende abzusehen. In den letzten Wochen hat sich die Regierung des Kantons Zürich zwar wieder einmal bemüht, eine Einigung anzubahnen. Es kamen aber nicht einmal Unterhandlungen zustande; die Baumeister fühlen sich stark genug, den Kampf weiterzuführen. Die Ausprägung in Deutschland hat ihnen ja einige „Arbeitswillige“ zugeführt, meistens solche Leute, die anderwärts durch tüchtige organisierte Arbeitskräfte ersetzt worden sind; trotzdem verfügen sie noch bei weitem nicht über die nötige Zahl von Arbeitern. Die Streikenden haben noch alle Aussicht auf einen Sieg. In nächster Zeit ist freilich nicht darauf zu rechnen, es ist sogar möglich, daß der Kampf erst in der nächsten Kaufaison entschieden wird. Die kampfes- und opferfreudige Schar, die den Maurerkampf führt, besitzt Ausdauer genug, um den Starrsinn und Prozedurismus der Baumeister zu brechen. Im letzten Teil fanden häufige Zusammenkünfte mit „Arbeitswilligen“ statt; denn die Erörterung der Winterthurer Arbeiterfrage ist sehr groß. Am 9. Mai wurde eine Parade der Arbeitswilligen eröffnet und dieselben mitten in der Nacht in die Flucht geschlagen. Angesichts dieser Situation warnen wir dringend vor Zugang von Bauarbeitern nach Winterthur.

Zentralfrankenasse. („Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 8. bis 14. Mai sind folgende Beiträge eingegangen: Von der brüderlichen Verwallung in Hamburg M. 300, Halle a. d. S. 300, Schwedt 200, Neuzelle 150, Heuchheim 100, Worms 100, Richtenrade 60. Summa M. 1410. Zuschüsse erhielten: Rudolstadt M. 200, Chemnitz 200, Faulbach 180, Hammob.-Münden 100, Reizig-Cohls 100, Gughagen 100, Alvensleben 60. Summa M. 980. Altona, 14. Mai 1910. Karl Neß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Buditz. (Hinterpommersche Baukunst.) Auf dem Gute Gohndorn (Kreis Buditz) wird ein circa 60 m langer und 10 m breiter Stall gebaut. Zu den ganzen Fundamentarbeiten wurden insgesamt etwa 1 1/2 cbm gelöschter Kalk verarbeitet. Das Fundament ist etwa 1,30 m hoch und 0,60 m breit. Als der Stall hochgeführt war, stürzte er (teilweise zweimal) ein. Bauausführender war der Unternehmer Krüger in Buditz. — Auf Budizger Albau mußten die Maurer einen noch nicht ganz fertigen Stall regelrecht absteifen, um ihn vor dem Einsturz zu bewahren. Diese Arbeit wird von dem Unternehmer Krause-Buditz ausgeführt, der, um Arbeiten zu erhalten, seinen Mitbewerbern eine wachstümliche Konkurrenz macht, indem er beispielsweise den Kubikmeter Mauerwerk für M. 1,90 bis M. 2,50 übernimmt. Daß bei solchen Preisen keine vernünftige Arbeit hergestellt werden kann, versteht sich am Rande.

Essen a. d. R. Am 12. Mai stürzte am Neubau Klein in der Liebigstraße ein Giebel in Höhe von 3 m zusammen. Sechs Maurer wurden von den herabstürzenden Steinmassen getroffen, zwei wurden erheblich am Kopf verletzt und vier erhielten Abschürfungen an Armen und Beinen. Ein Balken wurde zweimal durchschlagen. Schuld an dem Unglück trug die unpraktische Ausführung des einstiegnigen Giebels, indem man die Mauer freistehend 3 m hochführte und in der Mitte noch eine Öffnung von 1 m ließ. Auch die Ausführung mit schlechtem Material sowie die gesamte Bauweise läßt zu wünschen übrig. So haben z. B. in der Vorderfront die Eisen nicht entsprechende Auflage. Die Unterlegsteine entsprechen nicht der Vorschrift. Das Treppenhauk war sehr schlecht abgedeckt. Die einfallende Masse hätte leicht das obere Gerüst durchschlagen können. Ein Schutzgerüst war nicht vorhanden, obwohl sich der Bau in der dritten Etage befindet. Der Bauarbeiterschutzkommission wurde seinerzeit das Betreten der Baustelle von dem Unternehmer Klein energig verboten. Die Baupolizei läßt aber die Mißstände ruhig bestehen. Es wird endlich an der Zeit, daß aus den Arbeitervereinen Baukontrolleure polizeilich beauftragt werden.

Reinick. Auf der Gewerkschafts-Immendorfer bei Weßensleben ereignete sich am 11. Mai ein bedauerlicher Unfall, indem beim Rumbilden von Kappen durch den Festtritt eines Lehrlings die Keerrappe ins kippen kam, wobei der Polier und zwei Lehrlinge circa 5 m abstürzten. Der Polier Wiese und der Lehrling Rogmann erlitten einen Knöchel- resp. Schenkelbruch, während der Lehrling Werner mit anscheinend leichteren Verletzungen davon kam.

Uktenwalde. Als der Mauerpolier Engler am 7. Mai auf dem Stadt gehörigen Abruach an der Ecke der Freundlichenerstraße mit einem Lehrling die Dachsparren entfernte, stürzte ein freistehender Schornstein um und begrub Engler. Schwer verletzt wurde er nach seiner Wohnung gebracht, wo er am andern Tage starb. Während ausgeperrte Bauarbeiter, die Arbeiten in eigener Regie ausführen, von solchen Unfällen betroffen werden, so würde die Berufsgenossenschaft die Schuld sicherlich auf die Unzuverlässigkeit der Bauarbeiter schieben. Zu bemerken ist noch, daß am dem Abruach der Baugang fest, so daß die Straßensparren gefahrlos sind. Unternehmer ist Franz Lehmann.

Zwönitz. Am 13. Mai brach auf dem Arnoldschen Fabrikanbau ein 4 m hohes Gerüst zusammen. Sechs Maurer wurden mit hinabgerissen, wobei einer durch einen nachfallenden Ziegel am Kopfe leichte Verletzungen davontrug. Die andern kamen mit dem Schrecken davon. Die Ursache des Unfalls war ein etwas verflochter Netzregel.

Gewerkschaftliches.

\* Der Lohnkampf der Stukkateure. In den Lohnkämpfen des Baugewerbes ist auch der Zentralverband der Stukkateure, Gipser und verwandter Berufsgenossen sehr stark beteiligt. Zwei Unternehmerorganisationen, die, wenn man ihren Erklärungen Glauben schenken würde, vollständig selbständig und unabhängig vom Arbeitgeberbund des Baugewerbes sind, versuchen hier, den Arbeiterorganisationen ihren Willen aufzuzwingen. Die eine dieser Unternehmerorganisationen, mit dem Sitz in Karlsruhe, hat ihren Wirkungskreis hauptsächlich in Süddeutschland; sie umfaßt Baden, Württemberg, Elsaß-Lothringen, die Pfalz und das Saargebiet, während sich die andere, Sitz Frankfurt a. M., über das übrige Deutschland erstreckt. An der Spitze der süddeutschen Unternehmer steht einer der größten Stuckarmacher, der auch bei den Tarifabschlüssen im Jahre 1908 einige Verschlechterungen in die Verträge hineinbrachte, die in diesem Jahre allgemein eingeführt werden sollten. In diesem Jahre sollte vollstündige Arbeit gemacht und durch ein Tarifmuster, das in manchen Punkten noch rigorosere als das Muster der Bauarbeiter ist, die Organisation vollständig herbeigeführt werden. Es kommt es, daß in dem Bereiche dieser Unternehmerorganisation nicht weniger als 1400 organisierte Gipser und Stukkateure im Kampfe stehen, die sich auf die Städte: Kolmar, Freiburg, Heidelberg, Weiden, Kaiserlautern, Karlsruhe, Bahr, Sandau, Brrach, Ludwigshafen, Mannheim, Mülhausen, Neustadt a. d. S., Wismars, Schopfheim, Straßburg, Stuttgart verteilen. Im Süden sind außerdem noch die Stukkateure Würzburg, 750 an der Zahl, in den Streik getrieben worden, weil die Unternehmer die organisierten Hilfsarbeiter entließen und verlangten, daß die

Stukkateure mit unorganisierten arbeiten sollten. Der Frankfurter Unternehmerbund hat hauptsächlich im Ruhrgebiet den Kampf entfacht. Hier bestand seit 1908 ein Bezirksrat, der für zwei Tarifgebiete, Bochum und Dortmund, eine neuneinhalbstündige Arbeitszeit festlegte, während in Essen, Gelsenkirchen, Sagen, Herne und Wanne die zehnstündige Arbeitszeit Geltung hatte. Die Stukkateure forderten für sämtliche im Betradt kommenden 121 Orte den neuneinhalbstündigen Arbeitstag. Dieser wurde auch nach mehreren Verhandlungen zugestanden, nur die Lohnfrage führte noch zu Differenzen. Statt 67 %, die die Unternehmer pro Stunde boten, verlangten die Arbeiter 69 %, um keinen Lohnausfall durch die Verkürzung der Arbeitszeit zu erleiden. Da nun in Essen einige der Hauptstuckarmacher des Baugewerbes sigen, postete das nicht in deren Programm, und so wurden die Stukkateure- und Bildhauermeister trotz ihrer selbständigen Organisation veranlaßt, die Zugeständnisse zurückzugeben und den Arbeitern das Ultimatum zu stellen, die jetzige Arbeitszeit beizubehalten und einen Pfennig Lohnerhöhung in diesem Jahre und einen weiteren im nächsten Jahre zu akzeptieren. Im Falle der Ablehnung sollte am 28. April auf der ganzen Linie ausgeperrt werden. Schon im Voraus wußten die bürgerlichen Blätter zu berichten, daß am 28. April 2500 Stukkateure im Ruhrrevier ausgeperrt würden. Dabei ist die Zahl der im ganzen Bezirk in Arbeit stehenden überhaupt nicht mehr als höchstens 1200. Die Gehilfen lehnten das Ultimatum ab und es erfolgte die Ausperrung, die wohl niemanden mehr enttäuscht hat als die Unternehmer, denn bis zum 7. Mai waren insgesamt 380 Arbeiter ausgeperrt. Allerdings wird sich diese Zahl wohl noch erhöhen, aber an dem Fiasco selbst ändert das nichts. Daß der Unternehmerbund frampft bemüht ist, die Zahl der Ausgesperrten zu vermehren, zeigt sich daraus, daß der Sekretär der süddeutschen Gipsermeister alles aufbot, um den Tarif in Hamburg zum Scheitern zu bringen. Diese Absicht wies jedoch der Arbeitergebund des Baugewerbes in Hamburg, unter dessen Leitung die Tarifverhandlungen stattgefunden und zum Abschluß gebracht waren, zurück. Verhandlungen fanden im Ruhrrevier weiter noch nicht statt, in Karlsruhe dagegen verliefen sie resultatlos, da die Unternehmer die unbedingte Anerkennung ihres Tarifmusters verlangten. Das Organ der Gipsermeister rechnet damit, daß die Kräfte der Gehilfenorganisation bald erschöpft sein müßten, da sie circa 5500 Mann zu unterstützen hätte. Ausgesperrt sind ja nur etwa 3000, inklusive der durch die Ausperrung der Maurer Betroffenen. Dies ist bei einer gesamten Mitgliederzahl von 7600 im Stukkateurebund immerhin noch eine sehr beträchtliche Zahl, aber die in Arbeit stehenden Gehilfen sorgen durch Zahlung von Extrabeiträgen, deren Höhe je nach dem Verdienste schwankt, von M. 1,80 bis M. 4,20 pro Woche dafür, daß die Ausgesperrten nicht wegen Mangel an Mitteln zu Kreuze kriechen müssen. In einzelnen Orten sind die Unternehmer schon des Kampfes müde geworden. So konnten in Sandau, Neustadt und Langbrück Tarifverträge abgeschlossen werden, die eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 % brachten. Der Tarifabschluß in Hamburg brachte den Gehilfen eine Lohnerhöhung von 5 % pro Stunde, bis zum Jahre 1913. In Göln wurde der Lohn bei achtenthalbstündiger Arbeitszeit um täglich 25 % erhöht, in Weiden wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich und eine Erhöhung des Stundenlohnes von 48 % auf 58 % erreicht.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908.

Etwas zeitiger als in den Vorjahren konnte der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentrale, Emose Begien, seinen letzten Bericht, der das Jahr 1908 umfaßt, herausgeben. Die vielfach geäußerten Wünsche, den Bericht noch wesentlich zeitiger erscheinen zu lassen, da er ja an Aktualität einbüßt, können nicht erfüllt werden; Ende März dieses Jahres ist erit der letzte Bericht beim Sekretär eingegangen, und trotz der Vorzüge einer sofortigen Uebersetzung bedarf die Fertigstellung dieses 16 Druckseiten umfassenden Berichtes doch auch einige Wochen Zeit. Der Bericht repräsentiert sich uns in vollkommener Form. Alle 19, dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder haben diesmal Berichte eingekandt. In dieser internationalen Gewerkschaftsübersicht fehlen nur noch die Angaben von Rumänien, Rußland, Argentinien, Brasilien, Australien und Japan; Länder, in denen mehr oder weniger entwickelte gewerkschaftliche Bewegungen vorhanden sind. Nicht nur Deutschland, sondern auch viele andere industrielle Länder hatten unter der Krise des Jahres 1908 zu leiden. Demzufolge weisen die meisten Länder einen Mitgliederertrag auf. Eine neunenswerte Zunahme an Mitgliedern ist nur in England zu verzeichnen. Ungarn hatte einen beträchtlichen Rückgang der Mitgliederzahl, der zum großen Teil auf die Landarbeiterorganisation entfällt, deren Mitgliederstand von 11888 auf 3563 sank; zudem kommt ein Verlust von 31700 Mitgliedern, den die Gewerkschaften der Industriearbeiter hatten. Die absoluten Mitgliederzahlen sind nicht als Maßstab für die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation eines Landes zu nehmen, sondern das Prozentverhältnis der organisierten zu den beschäftigten Arbeitern kann nur hierfür bestimmend sein. Zuverlässige Angaben sind hierfür jedoch nicht zu machen. Dänemark mit 48 und Schweden mit 40 pht. Organisierten dürften darin an der Spitze der internationalen Gewerkschaften stehen. Die dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder rangieren nach der Mitgliederzahl in folgender Reihe: England 2 406 742 (1907: 2 106 288), Deutschland 2 382 401 (2 446 480), Vereinigte Staaten 1 588 000 (1 588 885), Italien 646 650 (887 884), Desterreich 432 279 (501 094), Frankreich 294 918 (715 576), Schweden 219 000 (239 000), Belgien 147 058 (181 015), Niederlande 128 845 (128 845), Dänemark 120 850 (109 914), Schweiz 118 800 (135 377), Ungarn 102 054 (142 030), Norwegen 48 157 (48 215), Spanien 44 912 (32 612), Finnland 24 009 (22 000), Bulgarien 12 933 (10 000), Kroaaten 4520 (8700), Bosnien 897 (—) und Serbien 3238 (5434). Bei Frankreich war für 1907 die Mitgliederzahl nach dem amtlichen Bericht für 1904 angegeben, während die Zahl für 1908 nur die der Mitglieder der Gewerkschaften ist, welche der Landeszentrale angeschloßen sind. Die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften die Zahl von 1904 ein und rechnen wie im hier wiederum die Zahl von Österreich und Neuseeland 218 136 Gewerkschaftsmitglieder, so ergäbe sich in diesen 20 Ländern eine Gesamtmitgliederzahl von 9 808 157. Im Vorjahre war diese auf 9 029 980 berechnet.

Von den Einzelberichten der Länder hat der aus England besonders Interesse. In ihm werden in recht anschaulicher knapper Form die politischen Wirren sowie die sozialpolitischen Maßnahmen besprochen. Besonders ist auf die hochgehende Bewegung des englischen Volkes auch der starke Zustrom zu den Gewerkschaften zurückzuführen, der in den letzten drei Jahren 500 000 Mitglieder betrug. Das Finanzreformgesetz, das auf dem Prinzip des Freihandels basiert, vermeidet alle Erhöhungen auf die Verbrauchsartikel, des täglichen Bedarfs, auf Werkzeuge für Industrie, wie auch auf den Handel und Verkehr. Von 13 Mill. Pf. neuen Einnahmen, die das Gesetz vorschlägt und von denen 9 Mill. Pf. für Alterspensionen verwendet werden sollen, sollen 80 pZt. von den Begünstigten aufgebracht werden. Kulturelle Verwendung sollten diese Mehreinnahmen finden für die Förderung der Arbeitsschäfte, Verbesserung der Kanäle, Schiffsfahrwege, Häfen und der Straßen. Ein Gesetz über die Lohnämter lag vor, durch das für bestimmte Gewerbe Minimallöhne geschaffen wurden. 190 paritätische Arbeitsböden oder Nachweise wurden errichtet, für die die Regierung zwei Millionen Pf. bewilligte. Die obligatorische Speisung der Schulkiner wurde auf Antrag der Arbeiterpartei eingerichtet. Mit Verweigerung der Generalstreik der englischen Gewerkschaftszentrale Appleton die Verträge der konservativen Daily Mail und des Sozialisten Matford zurück, Deutschland und England in den Krieg zu ziehen. Im Bericht sagt er u. a.: ... doch empfand man die entsetzliche Angst der Mail und Matford als eine Schwachheit, denn die Engländer teilen sie nicht. Tiefe Enttäuschung erfüllte sie ferner, ob der neuen Verträge, soziale Reformen in beiden Ländern dadurch zu verhindern, daß man den Krieg an die Wand malt. Mühsam sich deshalb der gesunde Menschverstand in Deutschland wie in England gegen solche lärmende Unwissenheit und Selbsttäuschung erheben, die sonst das merkwürdigste Verbrechen des ganzen Jahrhunderts zur Folge haben könnten. Der Krieg hält jeden Fortschritt auf; er zerstört alle Hoffnungen (mit Ausnahme derjenigen der Selbstverleugner und der Militärkastei); er entwürdigt die Völker zur Sklaverei.

Von Frankreich wird über eine starke Fortentwicklung der Organisationen und lebhaftes Agitation berichtet. Belgien zeigt in detaillierten Berichten der einzelnen Gewerbe genaue Einblicke über den organisatorischen und finanziellen Stand der Gewerkschaften. Die soziale Gesetzgebung stagniert vollständig.

In den Niederlanden entsaltete Partei und Gewerkschaft eine Agitation für den gescheiterten Zehnhunderttag. Eine große Demonstration in Amsterdam leitete seine Aktion dafür ein. Die Kammer lehnte zwar mit 49 gegen 28 Stimmen die gesetzliche Einführung des Zehnhunderttages ab, es wurde aber der Regierung anheimgegeben, eine Einschränkung der Arbeitsdauer für alle erwachsenen Arbeiter auf zehn Stunden anzutreiben. Bisher ist von der Regierung noch nichts geschehen. Auch für die Erbringung des allgemeinen Wahlrechts wurde vereint gewirkt. Wertvoll ist, daß die Organisation der Staats- und Gemeindebeamten und Arbeiter ziemlich umfangreich ist, auch ein Verband der Lehrer existiert.

In Dänemark richteten die Gewerkschaften einen größeren Teil ihrer Tätigkeit auf Förderung der durch die Krise verursachten großen Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit erreichte einen nie dagewesenen hohen Grad, 20,35 Prozent der Mitglieder waren zeitweise arbeitslos. Trotzdem nahmen die Verbände noch um rund 6 000 Mitglieder zu. Schweden hatte ein Jahr der Kämpfe zu verzeichnen, in denen die Arbeiter, meist in die Defensive gedrängt, die von den Unternehmern verhängten Lohnreduktionen zurückzuweisen suchten. Schon zeigten sich die ersten Vorbereitungen für den großen Kampf, der im folgenden Jahre von den Arbeitern mit Erfolg geführt wurde. 293 Arbeitsvereinigungen, an denen nahezu 40 000 Arbeiter beteiligt sind, bestanden für die schwedischen Organisationen im Jahre vor der großen Ansparung eine große Kraftanstrengung. In Norwegen dauerte die Fortschritte, die die Bewegung in den letzten Jahren machte, an. Eine besondere Agitation wurde unter den Seeleuten und den Arbeitern betrieben. Die soziale Gesetzgebung erfuhr besonders Interesse. Ein Gesetz über das Invalidenrecht, die Unfallversicherung für Fischer, ein Krankenversicherungsgesetz und ein Änderungsantrag bezüglich der Gewerbesteuer.

Aus Finnland wird berichtet, daß der kleine Mitgliedsüberschuß nicht allein auf die letzten industriellen Verhältnisse, sondern auch auf das Wanken der politischen Reaktion zurückzuführen ist. Größere Kämpfe wurden in der Metall- und Papierindustrie geführt.

Den Bericht aus Deutschland können wir wohl übergeben, da in ausführlicher Weise vor Jahresfrist schon in der deutschen Presse darüber berichtet wurde.

Im Nachbarn Deutschland, das auch arg von der Krise betroffen wurde, verloren die Gewerkschaften 19 000 Mitglieder, doch verstanden diese ihren Niedergang auch die tschechoslawischen Genossen, die fleißig daran arbeiten, um die bestehenden Zentralverbände in nationale Vereine zu spalten. Und da neben dem Nationalitätenkampf auch Völkertum fast alle Spielarten deutscher Gewerkschaftsrichtungen hat, bleibt die Zerstückelung nicht aus. Ein gut ausgebautes Unterstützungsweesen und eine gesunde Finanzgebarung zeigen übrigens den festen Grundboden der Organisationen. Unter dem ewigen nationalen Kräfteleiden auch die Arbeit des Parlamentes und damit die Sozialpolitik.

Bosnien und Herzegowina berichten zum ersten Male: Eine schlechte Schulbildung des Volkes (80 pZt. Analphabeten), reaktionäre Maßnahmen der Behörden, Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums, schlechter Geschäftsgang und Spaltungen der Organisationen in nationale z. Gewerkschaften erschweren zwar die Entwicklung der Zentralorganisationen, können deren Fortschritt aber nicht hindern. Seit 1909 erscheint ein Arbeitsblatt für die gewerkschaftliche und politische Bewegung.

Aus Ungarn hören wir von noch schärferen reaktionären Maßnahmen als in den Vorjahren. Die Regierung ist nicht nur einzelne Sektionen auf, sondern läßt nun auch die Zentralen nicht mehr unbehelligt. Als Gegenwehr griffen die Arbeiter zur Waffe des Generalstreiks. Mit ungeheurer Kraft kämpften trotzdem die Arbeiter, wenn ihre Mitgliederreihen auch gelichtet wurden.

Roatien-Slavonien, Serbien und Bulgarien zeigen noch das Bild unvollkommener, doch stark in aufsteigender Entwicklung begriffener Gewerkschaften.

Die Schweiz, mit ihrer großen Exportindustrie mußte naturgemäß unter der allgemeinen Krise leiden. Die Differenz in der Gesamtumsatzleistung betrug im Jahre 1908 gegenüber dem Vorjahre 114,5 Millionen Fr., bei 1038,4 Millionen Fr. Vorderhaupt. Die Mitteloberzahl und die Anzahl der Kämpfe laut dementsprechend etwas. Die Wundrunder konnten das fünfzigjährige Bestehen ihrer Organisation feiern.

Italien zeigt einen Aufschwung der Arbeiterbewegung, die Zentralisation macht erfreuliche Fortschritte. Einen großen Streik führten die Landarbeiter in der Provinz Parma, an dem sich 30 000 Arbeiter beteiligten. Nach zweimonatigem heroischen Kampf, erzielte der Kampf ohne nennenswerten Erfolg für die Arbeiter. 50 Genossen wurden vor das Schwurgericht geschleppt, jedoch freigesprochen. Im 1880 Streiks waren beinahe 300 000 Arbeiter beteiligt. Die soziale Gesetzgebung stagniert.

In Spanien hat die Entwicklung der Zentralverbände immer noch unter der quarantänischen Strömung zu leiden. Trotzdem ist die Mitgliederzahl rapid gewachsen. 1899 erst 26 000 Mitglieder, zählte die Zentrale 1908 schon über 39 000 Mitglieder. Um die Streikbewegung zu vernichten, begann die Regierung mit der Verhaftung der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Parteiführer. Nur die Abgereisten entgingen dem Kerker. Alle sozialistischen Zeitungen wurden unterdrückt, alle Arbeiterlokale und Bureaus geschlossen. Besonders in den größeren Städten waren alle Gefängnisse halb überfüllt. Allein in Madrid zählte man über 400 Verhaftungen. Die tyrannischen und grausamen Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeiterklasse, besonders in Katalonien, haben die größte Erbitterung im Volke wachgerufen, die sich noch steigerte durch die nachfolgenden Hilfslieferungen. Die Landeszentrale und die sozialistische Partei verlangten mit Macht die Abberufung des Kabinetts Maura. Mithilfe der Protestbewegung gegen den Krieg wurden nicht weniger als sieben Anträge gegen den Vorstehenden der Landeszentrale erhoben; außerdem zwei gegen den zweiten Vorstehenden, eine gegen den Sekretär, während ein Vorstandmitglied durch ein Kriegsgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Den Schluss bildet der Bericht von den Vereinigten Staaten von Amerika. Er beschäftigt sich zunächst mit dem Kongress zu Toronto und dem dort gefassten Beschluß, den Anschluss an die Zentrale zu vollziehen. Die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter Nordamerikas wird auf 3 Millionen geschätzt. Der Bericht stützt in einer Verbrüderungsumgebung aller internationalen Gewerkschaften aus, was gewiß auch der Wunsch aller Arbeiter ist.

**Eingegangene Schriften.**

Die Abendbrot, der preisgekrönte Roman von Bruno Wille, welcher gegenwärtig in der illustrierten Wochenchrift *„In Freien Stunden“* abgedruckt wird, findet fortgesetzt das lebhafteste Interesse der Leser dieser Zeitschrift. Neben dem Roman gelangen in jedem Heft noch Novellen, Skizzen, Humoresken usw. zum Abdruck. *„In Freien Stunden“* erscheint wöchentlich und ist zum Preise von 10  $\frac{1}{2}$  pro Heft durch alle Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen. Probeheft liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, kostenfrei.

*„Kommunale Praxis“*, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Die Heft 17 und 18 sind uns zugegangen. Der in Nr. 18 erscheinende Leitartikel *„Die Reichsorganisationsfrage“* wird mit Interesse gelesen werden, da die Erörterung dieser Gesetzesvorlage von größter finanzieller Bedeutung für die Gemeinden ist. Die *„Kommunale Praxis“* erscheint wöchentlich und kostet pro Quartal M. 3. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Zeitungsvermittlungen entgegen. Probeummern gratis vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

**Deutsche Geschichte von Ausgange des Mittelalters.** Ein Leitband für Lehrende und Lernende von Franz Mehring. Preis M. 1,25. Die beiden in der Reihe der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68 erscheinende Schrift ist aus den Vorträgen über deutsche Geschichte entstanden, die der Verfasser seit vier Jahren an der sozialdemokratischen Vortragschule gehalten hat. Es sind nicht bloße Daten und Namen, es ist auch nicht nur eine epigrammatisch knappe Kennzeichnung historischer Ereignisse, sondern der Verfasser zeigt in allgemeinen Grundzügen die historische Entwicklung nach ihren inneren Zusammenhängen mit der deutschen Arbeiterbewegung. Den biographischen Gesichtspunkten ist trotzdem alles Recht eingeräumt, das sie im Rahmen der allgemeinen historischen Darstellung nur irgend beanspruchen können. Der vorliegende erste Teil schließt mit der Schilderung der Folgen, welche die französische Revolution in Deutschland zeitigte. Der zweite Teil erscheint im Herbst dieses Jahres.

**Biblische Geschichten.** Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion von Max Maurenbrocher. Heft 9 führt den Titel *„Bekehrungsgeschichten“* und hat folgenden Inhalt: *„Meliere Ueberlieferungen“*. Jesus, Josephs Sohn aus Nazareth. Gestalt mit dem heiligen Geist. Auferstehung, Taufe, Geburt Matthäus und Lukas. Entsprungen aus Davids Stamm, geboren in Davids Stadt. Geboren zur Zeit des Königs Herodes. — *„Geburtsgeschichten des Matthäus“*. Der König Herodes. Die erfüllte Christus-Dogma. Der Stammbaum des Joseph. Die jungfräuliche Geburt. Der Stern und die Magier. — *„Geburtsgeschichten des Lukas“*. Uebersticht. Heimat und Entstehungszeit. Beziehungen zur Biblisch-Legende. Verknüpfung Jesus mit dem Kaiser Johannes. Johannes-Jünger. Die Johannes-Jesus-Legende. — *„Empfangen vom Heiligen Geist“*. Religiöngeschichtliche Parallelen. Außerirdischer Ursprung des Heiligen Geistes. Das babylonische Urbild des Heiligen Geistes. Die Jungfrau Maria. — *„Anhang: Letzte I. Der Anfang des Mattheus-Evangeliums. 2. Der Anfang des Lukas-Evangeliums.“* — *Literatur.* Jedes Heft ist für die Hälfte abgeschlossen und zum Preise von M. 1 — Volkswirtschaft 40  $\frac{1}{2}$  — durch alle Buchhandlungen, Zeitungsvermittlungen und Kolportage zu beziehen. Ausführliche Probehefte kostenfrei vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

**Briefkasten.**

(Auffragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet wie nicht, ebenso erliegen wir für eventuelle Druckfehler, auch nicht, wenn die Redaktion beigelast ist.)

**Schreibst.** Berichterstattungsberichte, die nicht ganz besonders Interesse verdienen, drücken wir nicht ab. **Samm i. W.** *„Miesenerlager“*. Unter dem Bericht über den Stempel. Wir können ihn so nicht veröffentlichen, nur so wenig, da er ja polemischen Inhalts ist.

**R. M. in Duisburg.** Daß die Generalversammlung des Zweigvereins aus Delegierten zusammengesetzt ist, macht untern Brachten die Veröffentlichung eines Berichtes im *„Grundstein“* noch nicht notwendig. Die Delegierten aus den einzelnen Zahlstellen können doch den Bericht mündlich viel ausführlicher erläutern, als dies im *„Grundstein“* möglich ist. Der *„Grundstein“* nimmt nur noch Berichte auf, die auch für die Kollegen anderer Orte von Wichtigkeit sind.

**M. B. S. 1.** Auf Schadenersatz kannst Du nicht klagen, denn der Nachbar hat ja den oberirdischen Rechtsweg eingeschlagen und zu solchen Einreden ist er berechtigt. Eine Pflicht zum Ersatz des Schadens ergibt sich daraus nicht. 2. So etwas braucht nun natürlich nicht. Laß den Mann doch von seinem Baum absteigen, wenn er solche Sachen zu erledigen hat.

**M. B. in B.** Ich ja sehr gut gemeint, aber wir können nichts damit anfangen. **Veranstaltungsaussch.** Veranlassungsaussch. kann einige Stunden zu spät.

**Anzeigen.**

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsstellen- oder Sektionsvorstände sind ausgeschrieben.

**Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 10  $\frac{1}{2}$ .)

- Abschieden.** Am 12. Mai starb plötzlich und unerwartet unser Kollege **Otto Thieme** in faun vollendetem 35 Lebensjahre an Herzschlag.
- Berlin.** Am 6. Mai starb unser Mitglied **August Schulz** im Alter von 71 Jahren an Gehirnverhärtung. — Am 9. Mai starb unser Mitglied **Otto Klitscher** im Alter von 37 Jahren an Gehirnarterienverhärtung.
- Bielefeld.** Am 6. Mai starb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege, der frühere Vorsitzende **Adolf Meier** im Alter von 32 Jahren.
- Bogum.** Am 12. Mai starb unser Mitglied **Hugo Weiss** im Alter von 58 Jahren an Lungenüberblutungen.
- Kiel.** Am 6. Mai starb unser Mitglied **Friedrich Bräusch**, 57 Jahre alt, an Herzlähmung.
- Moorburg.** Am 7. Mai starb unser treuer Kollege **Wilhelm Reimers** im Alter von 26 Jahren an Lungenleiden.
- Mühlberg.** Am 5. Mai verchied unser treuer Kollege **Alois Kettl** im Alter von 42 Jahren isyfolge Lohschlag.
- München. (Neuhäuser.)** Am 28. April starb nach längerem Leiden unser Verbandskollege **Josef Schnellbögl** im Alter von 49 Jahren. — (Bezirk Ost.) Am 10. Mai starb unser Kollege **Georg Hebersberger** im Alter von 50 Jahren an der Prostataerkrankheit.
- Neuhäuserleben.** Am 14. Mai starb unser langjähriger Mitglied **Gottlieb Hoppe** aus Neuhäuser im Alter von 61 Jahren an Lungenentzündung.
- Nürnberg-Gürth.** Am 8. Mai starb unser treuer Kollege **Joh. Staudt** im Alter von 55 Jahren an Lungenleiden. — Am 11. Mai schied unser treuer Kollege, der Kassierer der Zahlstelle Buch, **Georg Kunz** im Alter von 38 Jahren freiwillig aus dem Leben.
- Wiesbaden. (3. höchste Frauenheim.)** Am 12. Mai starb unser Kollege **Johann Haas** im Alter von 47 Jahren an Infarkta und Lungenarterie. Ehre ihrem Andenken!

**Emil Mölle** aus Sötenleben wird gesucht. Nachricht richten über seinen Aufenthaltsort wolle man an **Wilhelm Mölle**, Maurer in Sötenleben, Mühlentweg, gelangen lassen. [S. 120]

**Adressenveränderungen.**

Freienwalde a. d. O. K. Wilt. Masthse, Briegenerstr. 8.

**Veranlassungs-Anzeiger.**

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranlassungen zu besuchen.

**Verbandsversammlungen der Maurer.**

- Sonntag, den 22. Mai.**
- Buxtehude.** Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.
- Granssee.** Nachm. 4 Uhr im Krantschen Hofe. Wichtige Tagesordnung. Referent kommt.
- Luckenwalde.** Nachm. 3 1/2 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Referent auswesend.
- Sonntag, den 29. Mai.**
- Düchelsdorf.** Nachm. 3 Uhr bei Dahme.